

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 15. Februar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Das Recht auf die Straße.

Die gewaltige politische Kundgebung, die am Sonntag nicht nur in den Industrie- und Handelszentren, sondern selbst in vielen kleineren Ortschaften Preußens das Volk in großen Massen auf die Straße führte, hat ihren Eindruck nicht verfehlt. Die Blätter aller Parteien berichten darüber; und in jener Presse, die ernsthaft für die Aenderung des schmachtliden Dreiklassenwahlrechts kämpft, wird bewundernd anerkannt, daß die Arbeiterklasse Preußens durch ihre gestrige Riesendemonstration den Beweis einer politischen Reife, einer Selbstbeherrschung und eines politischen Verantwortlichkeitsbewußtseins erbracht hat, das der in Preußen regierenden Junkerkaste, wie die letzten Äußerungen ihrer Presse aufs neue beweisen, größtenteils fehlt. Obgleich in Berlin und anderen preussischen Großstädten die einzelnen Umzüge Zehntausende von Wahlrechtsdemonstranten umfaßten, ist dort, wo sich die Polizei zurückhielt und Provokationen vermied, nirgends die Ordnung selbst nicht der sich in den Hauptstraßen einer Großstadt am Sonntagnachmittag abspielende starke Verkehr gestört worden. Meist hielten sich die für ihr Volks- und Bürgerrecht Demonstrierenden auf einer Seite des Straßendamms und ließen die andere Seite für den Wagenverkehr frei. Willig wichen sie aus, wenn die Wagen der elektrischen Straßenbahnen einander folgten, und hielten unter sich selbst strenge Ordnung, so daß auch der, der große Umzüge in englischen und holländischen Großstädten erlebt hat, gestehen muß, eine derartige ruhige Entschlossenheit und Selbstbeherrschung gewaltiger, sich selbst überlassener Menschenmassen noch nicht gesehen zu haben.

Die Arbeiterklasse Preußens hat damit bewiesen, daß sie sich selbst zur vollen Mündigkeit und Selbständigkeit erzogen hat und sich in der jetzigen politischen Lage genau ihrer Verantwortlichkeit als des Hauptträgers der Wahlrechtsbewegung bewußt ist. Wenn es trotz dieser Besonnenheit der Volksmassen nicht nur an zwei Stellen in Berlin, sondern auch in einigen anderen großen Städten, vornehmlich in Halle, Frankfurt a. M., Königsberg und Duisburg zu blutigen Zusammenstößen gekommen ist und der Wahlrechtskampf neue Blutopfer gefordert hat, so erklärt sich das daraus, daß der preussischen Polizei jene Erziehung zur Ruhebewahrung, jenes Verantwortlichkeitsgefühl noch zu einem großen Teil fehlt, das die sozialdemokratische Arbeiterklasse sich in ständigen Kämpfen erworben hat. Noch immer kann, wie die ganze preussische Verwaltung, so auch die preussische Polizei nicht von dem traditionellen System der kleinlichen Bevormundung und Reglementierung lassen, noch immer betrachtet sie den erwachsenen reifen Staatsbürger als ein der ständigen Leitung bedürftiges Kind und trifft in dieser Annahme die weitesten Vorkehrungen und Anordnungen, die sich dann hinterher so oft als total verkehrt herausstellen.

Und wenn der Staatsbürger sich diesen willkürlichen Maßnahmen und Verfügungen nicht resigniert unterwirft — oft deshalb nicht, weil er nicht kann —, dann sucht die Polizei mit Gewalt, mit dem Säbel und dem Revolver in der Faust, die „Nachachtung“, wie es so schön im Polizeijargon heißt, ihrer Anordnungen zu erzwingen. Und bei Volksansammlungen und Aufzügen ist es immer wieder dieselbe schon so oft bloßgestellte verfehlte Methode, nach der die sogenannte „Zerstreuung“ vorgenommen wird. Anstatt der Masse den Abzug nach verschiedenen Richtungen zu ermöglichen, wird sie von verschiedenen Seiten durch Polizeibataillone zusammengetrieben, eingekesselt, und wenn sie dann der Aufforderung, auseinanderzugehen, nicht folgt, wird wegen sogenannter „Widersehlichkeit“ gegen die Staatsgewalt“ in sie hineingeritten und mit dem Säbel wütend in sie hineingehauen.

Auch bei den blutigen Zusammenstößen in Berlin, Halle, Frankfurt scheint nach den bisher eingelaufenen Berichten wieder nach dieser Methode verfahren zu sein. Da den Verhaftungen wahrscheinlich Anklagen und Strafprozesse folgen, wird das voraussichtlich von neuem festgestellt. Weit mehr als das Publikum der Beaufsichtigung durch die Polizei benötigt, bedarf in Preußen die Polizei der Erziehung durch das Publikum.

Und zu diesem preussischen Bevormundungssystem tritt in letzter Zeit eine seltsame Polizeierbösheit — vielleicht weil, wie die Regierungsbureaokratie, so auch die Spitzen der Polizei dem Kreise des Junkertums entnommen werden und sich in politischer Hinsicht mit dem in seinen alten Privilegien bedroht sehenden ostelbischen Adel solidarisch fühlen. Ein deutliches Beispiel dieser Erbösheit bietet das in der Sonnabendnacht an alle Anschlagssäulen geklebte große rote Plakat des Herrn v. Jagow.

Was hat sich der Herr Polizeipräsident von Berlin von dieser in schönsten lapidarischen Polizeibefehlsstil gehaltenen Bekanntmachung versprochen. Glaubte er durch diese Maßnahme das Berliner Volk vom Versammlungsbesuch zurück-

halten zu können? Dann dürfte ihn die Tatsache, daß die roten Plakate schon vielfach am Sonntagmorgen in aller Frühe zerlegt von den Litfasssäulen herabgingen und die Beteiligung an den Straßenaufzügen eine Ausdehnung erreichte, wie nie zuvor, eines Besseren belehrt haben. Der Nutzen der roten Plakate besteht allein darin, daß der Arbeiter aufs neue gesehen hat, wie sich die Polizei in den Dienst der Junkerkaste in Preußen stellt, daß in einem Teil des ängstlichen bürgerlichen Publikums allerlei Befürchtungen vor blutigen Straßenschlachten geweckt worden sind, und daß schließlich ein anderer Teil über den Sach: „Die Straße dient lediglich dem Verkehr!“ höhnisch spottet, da er aus eigener Erfahrung weiß, wie oft in Berlin der Straßenverkehr aus Anlaß von Hoffestlichkeiten, Paradeumzügen und dergleichen Dingen stundenlang abgesperrt und ihm dadurch sein geschäftlicher Umsatz geschmälert wird. Auch ein Erfolg der roten Plakate — wenn auch sicherlich nicht der beabsichtigte.

Herr Polizeipräsident v. Jagow hat sich dem auch noch am Sonntag bemüht, einen nicht lapidarischen Kommentar zu seiner lapidarischen Bekanntmachung zu schreiben und durch Wolffs Telegraphenbureau verkünden zu lassen. Er lautet:

### Das Recht auf die Straße.

Dieser Morgenblätter stellen die Behauptung auf, daß in allen Kulturländern ungehindert Straßendemonstrationen stattfinden dürfen, nur in Deutschland nicht. Diese Behauptung ist, wie wir an zuständiger Stelle hören, nicht richtig. In England zum Beispiel unterliegen Versammlungen an öffentlichen Orten und Aufzüge gleichfalls besonderen Gesetzen und Bestimmungen. Sie sind nur zulässig, wenn die Benutzung der öffentlichen Orte durch das übrige Publikum nicht beeinträchtigt wird und gelten als ungesetzlich, wenn dadurch der öffentliche Frieden gefährdet wird oder Grund zu der Annahme vorliegt, daß er gefährdet werden könnte, oder wenn die Absicht besteht, die Staatsgewalt oder das Parlament einzuschüchtern, einen Aufstand vorzubereiten oder überhaupt aufrührerische Reden zu halten. Solche ungesetzlichen Versammlungen und Aufzüge können im voraus verboten oder von den Magistraten oder der Polizei erforderlichenfalls mit Gewalt aufgelöst werden, wobei ein etwaiger Widerstand als Aufruhr angesehen wird. Nach deutschem Recht (§ 7 des Reichsverfassungsgesetzes) dagegen bedürfen öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen nur einer Genehmigung der Polizeibehörde und sind zulässig, wenn nicht aus der Abhaltung oder der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.

Wenn etwas geeignet ist, den Eindruck zu verstärken, daß man in Berliner Polizeipräsidenten zurzeit recht nervös ist, so ist es diese eigenartige Erläuterung. Sicherlich sind auch in England Umzüge auf den Straßen nicht bedingungslos gestattet. Der Verkehr darf dem übrigen Publikum nicht unmöglich gemacht werden, und wenn der dringende Verdacht besteht, daß der Umzug zu dem Zweck dient, einen Aufstand vorzubereiten, kann er untersagt und verhindert werden. Aber hat denn Herr v. Jagow angenommen, daß die enorme Berliner Polizeimannschaft nicht fähig sei, wenn wirklich hier und dort Verkehrsstörungen infolge der Umzüge entstehen, diese Verkehrsstörungen zu beheben; oder hat er gar geglaubt, die Berliner Arbeiterschaft wolle durch ihre Straßenaufzüge einen großen Aufruhr vorbereiten?

Wir möchten das kaum annehmen — denn dann muß die Nervosität im Polizeipräsidenten bereits einen recht gefährlichen Grad erreicht haben.

Können aber die Blätter der liberalen Parteien — die Begeisterung der Demonstrationen durch die Junkerpresse kommt nicht in Betracht — den imposanten Umfang der Wahlrechtsdemonstrationen am 13. Februar nicht leugnen, müssen sie zugeben, daß Preußen noch nie politische Kundgebungen von gleicher Mächtigkeit gesehen hat, so behaupten sie teilweise doch, daß alle derartige Demonstrationen völlig zwecklos seien. Unter diesen Blättern befinden sich auch einzelne linksliberale, zum Beispiel die „Voss. Ztg.“, die sich über den Wahlrechtssonntag folgendermaßen äußert:

„Mit Straßenaufzügen ist in der Wahlrechtsfrage gar nichts getan. Sie sind vollkommen zwecklos. Daß die große Mehrheit des Volkes eine durchgreifende Reform des Wahlrechts wünscht und will, weiß man auch ohne diese Demonstrationen, bei denen immer nur ein Teil der Gesamtheit der Reformfreunde zu sehen ist. Wenn nicht mehr für die Reform wären, als an den gestrigen Demonstrationen teilgenommen haben, es wäre schlimmer um die Aussichten eines vernünftigen Wahlrechts bestellt.“

Eine bekannte Taktik. Seit den Tagen der großen französischen Revolution hören wir immer wieder von den Nachtigallern versichern, daß sie sich durch Anläufe, Straßentumulte, überhaupt durch Drohungen und Gewalt, gar nichts abzwängen ließen, sondern nur ihrer eigenen Ueberzeugung folgten. Wie sollte auch eine herrschende Klasse selbst zugeben, daß solche Mittel auf ihre Entschließungen Einfluß hätten? Würde sie doch dadurch selbst zu neuen Demon-

strationen auffordern. Aber die Geschichte lehrt es anders. Verfolgen wir die Geschichte der französischen, der englischen, der belgischen Wahlbewegung, dann sehen wir deutlich, wie die großen Demonstrationen immer wieder die Wahlreformen vorwärts treiben.

Das neueste Beispiel liefert Oesterreich. Als in Wien am 28. November 1905 der große Zug der Viertelmillion über die Ringstraße statifand, da kündigte der damalige Ministerpräsident Gautsch die Wahlreform an, und als ihn darauf am 2. Dezember das Herrenhaus wegen seiner Gefügung des Demonstrationszuges scharf angriff, da erklärte er — eine Rede, die zugleich den Unterschied zwischen der preussisch-polizeistaatlichen und einer modernen Rechtsauffassung dokumentiert —:

„Es ist der Regierung der Vorwurf der Schwäche gegenüber gewissen Demonstrationen gemacht worden. . . . Wenn man diesen Vorwurf gegen die Regierung erhebt, so kann sie ihn mit aller Ruhe ertragen. . . . Die Regierung ist nicht aus Männern zusammengesetzt, die vor irgendeiner Demonstration oder Kundgebung feige zurückweichen. Das ist nicht unsere Art und jede derartige Behauptung der Regierung gegenüber muß ich um so nachdrücklicher ablehnen, als ich in der Lage bin, auf Tatsachen hinzuweisen, die das Gegenteil beweisen. Wir haben uns niemals gescheut und werden uns niemals scheuen, wenn es sich um die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung handelt, wenn das Eigentum, wenn die Gesellschaft, die öffentliche Ordnung, worauf der Staat beruht, gefährdet ist, auch von den äußersten Radikalmitteln Gebrauch zu machen.“

Am 28. November hat es sich aber nicht darum gehandelt, etwas zu verbieten oder etwas zu gestatten, sondern bloß darum, ob die Regierung jene Radikalmittel anwenden soll, die notwendig gewesen wären, um diese Kundgebung zu unterdrücken. Ich bespreche diesen Fall nämlich deshalb, weil es leider bei uns Politiker gibt, bei denen merkwürdigerweise stets derartige Dingen gegenüber der erste Gedanke derjenige zu sein pflegt, der bei anderen Menschen der Weisheit letzter Schluss ist, nämlich die ultima ratio. Vielleicht könnte ich an die Redner eine Gegenfrage richten: die nämlich, welches Urteil in allen Kreisen und auch in denen des Herrenhauses gefaßt worden wäre, wenn ein ungeheures Unglück, wenn der Verlust zahlloser Menschenleben zu beklagen gewesen wäre, ob dann nicht vielleicht ebenso wie heute diejenigen, die zur Gewalt mahnen, gesagt hätten: die Anwendung der Gewalt sei unrichtig gewesen; man hätte mit einer anderen Methode viel Besseres und viel Nützlicheres erreicht.“

Und ganz ungeheuer erklärte dann Gautsch, daß auf die Stellung der Regierung die Bewegung der Massen entscheidend eingewirkt habe. Er gab zu, daß er vor anderthalb Monaten nicht so gesprochen habe, aber „er glaube, dieses Schicksal mit vielen anderen Politikern zu teilen.“

„Denn niemand konnte damals voraussehen, was sich in den nächsten zwei Monaten ereignen werde, und ich leugne auch gar nicht, daß diese wichtigen Ereignisse eigentlich der Grund waren, der mich veranlaßt hat und veranlassen mußte, meine jetzige Haltung in der Wahlrechtsfrage einzunehmen. . . . Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß diese Frage nicht mehr ohne Lösung bleiben kann, wenn nicht große Gefahren herbeigeführt werden sollen. Hierbei mußte ich mir die Frage vorlegen, ob es wirklich die Aufgabe einer Regierung ist, sich den Ruhm der „Konsequenz“ in allen Lagen und um jeden Preis zu erwerben.“

Oder soll sie vielleicht auch dann unbeweglich bleiben, wenn durch ein starres Festhalten an ihrem Standpunkte der Staat und seine ruhige Entwicklung offenkundigen Gefahren ausgesetzt ist? Wir haben und daher entschieden, den Weg der Wahlreform zu betreten und ich möchte auch, um in der Zukunft keinerlei Zweifel aufkommen zu lassen, hier erklären, daß ich auf diesem Wege auch weiter schreiten werde, trotz aller Hindernisse, trotz aller Schwierigkeiten und Hemmungen. Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß jedes weitere Zögern in der Wahlrechtsfrage von Gefahren begleitet gewesen wäre, denn eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist gegenüber dem Staate und der Gesellschaft, konnte und kann nicht anders handeln als wir.“

Wir hören hier aus dem eigenen Munde des österreichischen Ministerpräsidenten, wie Straßendemonstrationen wirken. Vielleicht mag bei preussischen Ministern das Verantwortlichkeitsgefühl, von dem in seinem Schlußsatze der Ministerpräsident Gautsch spricht, nicht ganz so stark sein, als bei österreichischen Ministern; aber etwas von diesem Gefühl werden doch auch sie wohl haben.

Judem liefert die Geschichte der preussischen Wahlrechtsbewegung selbst einen deutlichen Beweis für die Wirkung der Demonstrationen. So lange sich die mit dem heutigen Dreiklassenwahlrecht unzufriedenen Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus auf gelegentliche Ermahnungen und Anträge beschränkten, ist nichts geschehen. Erst seit die Sozialdemokratie mit ihrer Agitation und ihren Demonstrationen energisch einschritt, ist die Wahlrechtsbewegung in Fluß gelangt und zur Massenflut geworden.

### Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengebote und Gebotsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Tarife für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Die Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidenten.

Das eine gefährliche Nervosität verrätende rote Plakat des Herrn Polizeipräsidenten v. Jagow wurde von den konservativen und mäßigliberalen Berliner Blättern meist ohne Kommentar wiedergegeben, während die entschieden liberale Presse dieses seltsame Dokument des preussischen Polizeigefistes scharf verurteilt.

Das „Berl. Tageblatt“ schrieb am Sonntag: Wir haben immer die Auffassung vertreten, daß durch ärmliche, ungeordnete Straßendemonstrationen die Sache der Wahlreform in Preußen nicht gefördert werden kann, und wir bleiben auch heute bei dieser Ansicht, obwohl es ja für jeden vorurteilslosen Beobachter völlig klar ist, daß die Aufregung diesmal von den Urhebern der elenden Wahlreform ausgeht und daß man ein Volk, das man im Parlament mundtot zu machen versucht, geradezu gewaltfam auf die Straße drängt.

Kommen bei uns Kundgebungen jener Art veranlaßt werden, wie das freie englische Volk sie kennt — gewaltlos und wohlgeordnete Umzüge, deren Teilnehmerzahl ebenso imponierend wie ihre Ruhe wirkt — so wäre das sehr schön. Indessen müssen wir doch betonen, daß die vom Herrn Polizeipräsidenten verfaßte „Bekanntmachung“ und in ihrer ganzen Eilefertigkeit als eine verächtliche Entgegnung erscheint. Herr v. Jagow verwalte sein Amt erst seit ziemlich kurzer Zeit, und so hat er wohl noch nicht die nötige Ruhe gehabt, sich einen Stil anzueignen, durch den weder die Nervosität verraten, noch Nervosität verbreitet wird.

Die Bekanntmachung des Herrn Polizeipräsidenten wirkt besonders deshalb so peinlich, weil das gerichtlich festgestellte, absolut ungehörige und willkürliche Verhalten der Polizei am Abend der bekannten Herzer-Versammlung aus dem Gedächtnis der Welt noch keineswegs verschwunden ist. Man weiß, was der Polizeihauptmann Stephan an jenem Abend unter Widerstand gegen die Staatsgewalt verstand, und wie die Polizei anständige und gebildete Damen, die aus der Versammlung kamen, behandelt hat. Es ist leider nicht bekannt geworden, daß der Herr Polizeipräsident nach der Freisprechung der „Manifestanten“ die Schuldigen Beamten zur Rechenschaft gezogen hat, und gerade weil diese höchst notwendige Maßregel unterblieb, erweist die heutige „Bekanntmachung“ des Herrn Polizeipräsidenten eine begreifliche Deutlichkeit.

Es mangelt gegenwärtig sehr an Selbsttätigkeit in der Wilhelmstraße wie am Alexanderplatz, und alles, was man sieht und hört, verrät eine hochgelegte Nervosität. Wir hoffen, daß der heutige Tag ohne ernste Zwischenfälle verlaufen, daß die Berliner Arbeiterschaft ihre Besonnenheit bewahren und daß trotz der unerhörten Provokation, als die man die volksfeindliche und schmachvolle Wahlrechtsvorlage des Herrn v. Bethmann-Hollweg bezeichnen muß, die Ruhe nirgends gestört werden wird.

Ueber die Abneigung des „V. L.“ vor Straßendemonstrationen wollen wir nicht viel Worte verlieren. Hoffentlich hat die Wucht der Kundgebung auch hier die Einsicht in den Nutzen und die Notwendigkeit anderer Mittel als bloßer Versammlungen geweckt. Wenn im übrigen das „V. L.“ meint, daß organisierte Straßenumzüge wie in England vorzuziehen seien, so teilen wir diese Ansicht. Das Versammlungsgeheiß sieht auch solche Meetings unter freiem Himmel und solche Umzüge vor; aber die Polizei der Herren v. Bethmann und v. Nolke verbietet sie ohne jeden Grund. Diese dem Geist des Gesetzes widersprechende Polizeivillkür will die Arbeiter zwingen, auf ihr Recht zu verzichten. Sie allein trägt daher die Verantwortung für alle unliebsamen Zwischenfälle.

Die „Morgenpost“, die ebenfalls vor Straßendemonstrationen warnte, weil die Nervosität der Herrschenden allzu große Opfer erfordere, schreibt:

In allen Kulturländern dürfen ungehindert Straßendemonstrationen stattfinden. Nur in Deutschland nicht! Und in Preußen besonders wird man nervös, wenn Aussicht besteht, daß die Teilnehmer an politischen Versammlungen nicht sofort — jeder allein für sich — nach Hause gehen. Man tut, als ob dadurch die Befehle des Staates ins Wasser geraten. Dabei hat sich auch bei uns zu verschiedenen Malen schon gezeigt, daß nichts, rein gar nichts von allen geistlichen Befürchtungen zutrifft, wenn man die Demonstranten ruhig ihres Weges ziehen läßt. Die Gerichtsverhandlungen über die Demonstrationen anlässlich der Herzer-Versammlungen haben schlagend bewiesen, daß die Nervosität und der Hebereiher der Polizei viel schwereren Schaden — auch in bezug auf die Schädigung der Staatsautorität — anrichten, als es eine harmlose Demonstration jemals vermöchte.

Diese Bekanntmachung ist aggressiv und beunruhigend und nur allzu geeignet, die elektrische Spannung, mit der die Luft erfüllt ist, noch zu erhöhen. Durch ein solches Plakat werden nicht etwa Neugierige abgeschreckt, sondern sie werden erst darauf aufmerksam gemacht, daß etwas los ist. Das Schlimmste aber ist, daß eine derartige Kundmachung den Trost weckt, daß sie statt Polizei und Publikum einander näher zu bringen, beide Teile entfremdet und mißtrauisch gegeneinander macht.

Die „Berl. Volkszeitung“ schreibt unter dem Titel: „So weit sind wir schon“:

Wenn man eine solche Bekanntmachung außerhalb Berlins oder im Ausland lieft, muß man glauben, die Berliner Bevölkerung sei bereit, gewissen konservativen Heißspornen den Gefallen zu tun, Revolution zu spielen!

Daß die Straße dem Verkehr gehört, ist richtig. Zum Verkehr auf der Straße gehört es aber auch, daß Besucher öffentlicher Versammlungen sich ungehindert in die Versammlungstafel begeben, und daß sie nach Schluß der Versammlung unbehelligt wieder nach Hause gehen dürfen. Dies wird zunächst nur in größeren Massen möglich sein; denn öffentliche Versammlungen verläßt man nicht, indem von den Hunderten und Tausenden von Besuchern alle fünf Minuten ein Mann aus dem Lokal herausgelassen wird. Die Polizei wird also schon gestatten müssen, daß die Massen der Versammlungsbesucher sich ungehindert langsam und nach und nach auflösen, soweit es die Verhältnisse ihrer Heimwege bedingt. Ob es heute zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Publikum kommt, das wird daher ebenso von einem sachlichen und besonnenen Verhalten der Polizei abhängen, wie von einer eben solchen Haltung des Publikums. Wir hoffen, daß beide Teile gleichmäßig das Ihrige dazu beitragen werden, daß der angebotene Waffengebrauch auf dem Papier stehen bleibt.

Die sozialdemokratischen Arbeiter Berlins sind politisch geschult genug, um zu wissen, daß es im ureigensten Interesse der Partei wie der Wahlrechtsbewegung liegt, den parlamentarischen Führern der preussischen Reaktion und anderen Schammaschneidern keinen Anlaß zu bieten, auf die Notwendigkeit eines gewaltigen Vorgehens gegen die Arbeiterschaft hinzuweisen. Mehr brauchen wir nicht zu sagen; die organisierten Arbeiter wissen, was es für sie und ihre Bewegung bedeuten würde, wenn sich die stillen Hoffnungen mander extremen „Patrioten“ auf einen in reaktionärer Stimme ausbrechenden „Putsch“ erfüllten! Was an der Berliner Arbeiterbevölkerung liegt, so wird sie, davon sind wir überzeugt, heute alles vermeiden, was der Erfüllung jener stillen Wünsche Vorschub leisten könnte.

Verteidigt werden die provokatorischen Ungeheuerlichkeiten natürlich in der konservativen Presse. So schreibt der fremde „Reichsbote“:

„Der gestrige Wahlrechts-Sonntag“, der die größte und „eindrücklichste“ Kundgebung gegen das Wahlrecht und die Reformvorlage hatte bringen sollen, die Preußen bisher gesehen

hat, ist in Berlin so gut wie ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Zwar die Straße hat „gepredigt“ — man schätzt die Zahl der Demonstranten im ganzen auf etwa 50 000 — ja, sie hat sogar tüchtig geschrien, gesungen, geschallt, aber zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen. Und daran ist freilich die unerschämte Sprache der sozialdemokratischen Presse ganz unschuldig. Wenn die Massen sich hätten zu Dummheiten hinreißen lassen, die manchen Arbeiter und seine Familie ins Unglück gestürzt hätten, so wäre das nur eine allzu natürliche Folge der ins Bewußtsein verdrängten Hebereien des „Vorwärts“ und des Gebarens der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten gewesen. Daß aber eine Entwürdigung in den Massen eingetreten ist, das ist zum allergrößten Teile auf die Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow zurückzuführen, die in ihrer schneidenden Bestimmtheit und äußersten Kürze in vier Zeilen gerade den Ton getroffen hatte, der für die erhobte Menge in Berlin im gegenwärtigen Stadium der einzig richtige war.“

## Die Presse über die Massenkundgebungen.

Der größte Teil der bürgerlichen Presse ist in einiger Verlegenheit, wie sie den großen Eindruck der von ihr so sehr verurteilten Straßendemonstrationen würdigen soll. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ weiß sich keinen besseren Rat, als zu versuchen, die Demonstration durch schnoddrige Redensarten zu verkleinern. Im übrigen läßt der Offiziosus: Nicht den auf die Straße getriebenen Massen, sondern den ausgezeichneten Anordnungen der Polizei und der Haltung der Schutzleute ist es zu danken, daß die Kundgebungen im allgemeinen ruhig verliefen. Und auf dieses Schema sind alle Auslassungen der rechtsstehenden Presse eingerichtet.

Die „Kreuzzeitg.“, die in ihrem Arbeiterhaß unaufhörlich darauf losgeht, hat, ist von dem ruhigen Verlauf erschüttert enttäuscht. Ihre letzte Hoffnung setzt sie auf die preussische Justiz, die die „Führer“ tüchtig bestrafen soll. Das Blatt der Junker schreibt:

„Die am Sonntag in zahlreichen Städten Preußens veranstalteten sozialdemokratischen Protestversammlungen haben, wie erwartet werden mußte, vielfach zu Straßendemonstrationen und damit zu Zusammenstößen mit der Polizei geführt. Glücklicherweise sind nur in wenigen Fällen, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, diese Zusammenstöße blutig gewesen. Das ist ohne Zweifel der vortrefflichen Haltung der Polizei zu verdanken, die den Demonstranten gegenüber eine unendlich schwierige und aufreibende Aufgabe zu erfüllen hat (nämlich sich ruhig und zurückhaltend zu benehmen). Wenn auf die dreifachen Provokationen und die geschäftigen Zurufe der Straßenhelden die Polizeibeamten nicht reagieren, sondern ihre Ruhe und Würde (1) bewahren und nur gewalttätigen Ausschreitungen oder eklatantem Ungehorsam (!) gegenüber von ihrer Pflicht Gebrauch machen, so ist das ein Beweis vortrefflicher Disziplin und Schulung. Aber mit dieser Zurückhaltung der Ausschreitungen und mit der Eindämmung der Straßenumrunden darf die Sache nicht abgetan sein. Es kommt nun darauf an, Wiederholungen zu verhindern.“

Wie verläuft, sollen deshalb auch einzelne Führer der Straßendemonstrationen vor Gericht gestellt werden. Das ist jedenfalls gerechtfertigt. Gerade die Führer und Verfasser müssen in erster Linie die Strafen zu kosten bekommen, die auf öffentliche Unruhestörungen und ausführeische Handlungen gesetzt sind. Diese „Genossen“ werden sich wieder herauszureden suchen und behaupten, es habe sich um „spontane“ Kundgebungen gehandelt, und ihren Mißben sei es zu danken gewesen, daß diese Kundgebungen „ruhig“ verlaufen seien. Aber die Personen, die den Aufruhr predigen und das „Recht auf die Straße“ proklamieren, wissen sehr gut, was sie tun.“

Sehr aufgeregt ist die „Deutsche Tagesztg.“. Daß kein oder so wenig Arbeiterblut geflossen, kann dieses Gebblatt ordinarster Sorte gar nicht verwunden. Die ganze Polizei, das herrliche Kriegsheer freut so einen Agrarier nicht mehr, wenn es gegen den „inneren Feind“ so wenig ausgerichtet. Natürlich handelt es sich dem Blatt der junkerlichen Steuerhinterzieher- und Verweigerer mindestens um die Revolution:

„Der Verlauf der gestrigen Straßendemonstrationen hat aber ungewollt gezeigt, wie eine Revolution (!) verhütet wird! Die am Sonnabend erfolgte Bekanntmachung des Polizeipräsidenten, daß „bei Widerstand gegen die Staatsgewalt Waffengebrauch erfolgt“, hat heilsam gewirkt. ... Aber die Tatsache, daß — nach polizeilicher Schätzung — einhunderttausend Personen an einem politischen Demonstrationstage teilgenommen haben, zu dem nicht einmal die Erlaubnis nachgesucht wurde, bleibt ein Holz auf Recht und Gerecht! Ein Holz auf die bürgerliche Freiheit!“ (Die nach der „V. L.“ nur darin besteht, die Befehle der Junker und ihrer untergeordneten Organe, der Regierung und der Polizei, in feiger Demut zu befolgen.)

Dann quält sich das Verteilblatt damit ab, auf drei Spalten nachzuweisen, daß alle möglichen „Arbeiterführer“, Redakteure usw. schleunigst vor die Richter gebracht und eingesperrt werden müßten.

Den Uebergang zu den linksstehenden Blättern macht die Tante Voh. Sie hat es wirklich zuwege gebracht, den prächtigen Wahlrechts-Sonntag zu verschlafen und äußert daher über die Straßendemonstration ihre seither veralteten Ansichten von vorgestern.

Das „Berl. Tagebl.“ meinte Montagmorgen, nachdem es konstatiert hatte, daß die Kundgebungen im ganzen ordnungsmäßig verlaufen sind:

„Daß es bei der Ansammlung riesiger Menschenmassen in deutschen Großstädten immer noch zu Reibereien und gelegentlichen Zusammenstößen kommt, ist — nicht zum wenigsten infolge des Systems der Bevormundung, von dem die deutsche Polizei nicht loskann — unvermeidlich. Das wird erst verschwinden, wenn die Polizei sich und das Publikum systematisch zur Selbstständigkeit und Mündigkeit erzieht, ein Verfahren, das man im Ausland längst mit bestem Erfolg eingeschlagen hat. ... In Berlin ist der Sonntag besser verlaufen, als man nach der eigentümlichen „Bekanntmachung“ befürchten mußte, die der Polizeipräsident für angebracht hielt. In ein paar Stellen gab es Zusammenstöße, doch ohne ernsthafte Folgen. Am glattesten wickelten sich nach übereinstimmenden Berichten von Augenzeugen die Dinge da ab, wo trotz riesiger Menschenmassen — keine Polizei zu sehen war. Man wird beiden Teilen, der Berliner Schutzmannschaft sowohl wie den Teilnehmern an der Kundgebung die Anerkennung nicht verweigern dürfen, daß sie sich durchweg verständlich benommen haben. ... Die Polizei sollte aus dem Verlaufe des gestrigen Sonntags die Lehre ziehen, die auch frühere Gelegenheiten ähnlicher Art bestätigen: daß alle Welt am besten fährt, wenn man Leute, die keine Gewalttätigkeiten begehen wollen, ruhig gehen lassen läßt. Verständliche Parteien tun stets am besten, sich vorher — zu verständigen! Die Polizei sollte die Verantwortung öffentlicher Kundgebung grundsätzlich daran gewöhnen, daß sie, die Verantwortliche selbst, für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen. Damit ist nicht gesagt, daß die Polizei sich auf ihr Recht legen soll. Im Gegenteil, sie wird als aufmerksamer, aber unauffälliger Beobachter nützlich und unentbehrlich sein; aber nur, um erst dann einzuschreiten, wenn die öffentliche Ordnung wirklich gefährdet ist.“

In der Abendausgabe kritisiert das Blatt aufs neue die vier verächtlichen Zeilen des Herrn v. Jagow:

„Dem Recht auf die Straße“ wurde der sehr ansehnliche — gerade im Sinne der Polizei ansehnliche — Grund-

satz entgegengesetzt, daß die Straße „lediglich“ dem Verkehr dient. Wir haben in Berlin so manche Überbreitung der Straßen durch die Polizei erlebt, die den Verkehr stundenlang unterband. Und wenn weiter gedroht wurde, daß bei Widerstand gegen die Staatsgewalt „Waffengebrauch“ erfolgen würde, so fragte man sich unjont, auf welcher gesetzlichen Grundlage diese Drohung sich gründet. Noch weniger substantiiert aber war die Warnung an die „Reugierigen“. Sollten sie gestern überhaupt nicht auf die Straße gehen? Durch ein solches Verbot hätte ja der Polizeipräsident dem Grundsatz zuwidergehandelt, daß die Straße dem Verkehr dient. Auch „Reugieriger“ dürfen doch spazieren gehen. Das Publikum übte denn auch an dieser Proklamation praktische Kritik an den meisten Anschlagstafeln war sie schon in früher Morgenstunde abgerissen. So spricht man nicht zu den Einwohnern der Reichshauptstadt.“

Sodann wiederholt das Blatt seine Mahnung an die Polizei, endlich Vernunft anzunehmen und öffentliche Umzüge freizugeben:

„Man verständige sich doch einfach auf Grund des Reichsvertrages; man gebe den Weg zu geordneten Straßenumzügen frei. Will man die Linden und vielleicht auch die Wilhelmstraße sperren, nun, dann geht es auch so. Nur darf die Polizei nicht so engherzig sein, den Fußzug auf einige Straßen an der äußersten Peripherie der Reichshauptstadt beschränken zu wollen. Und wenn der Zug auf dem Tempelhofer Felde in einer Massenversammlung endet, was würde das schaden? Die Volkswacht hält ja dort auch ihre „Paraden“ ab. Wenn sich die Polizei mit den sozialdemokratischen Ordnern“ zusammensetzt, so würde eine solche Demonstration wunderbar klappen, ohne einem Mitbürger wehe zu tun, und ohne eine Spur von „Waffengebrauch“.“

Nur die Unordnung, nur die Feindschaft zwischen Volk und Polizei schafft Gefahren, die sonst nicht existieren. Auch hier heißt das Zauberwort, um solche Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen: Organisation! Den politischen Willen zum Schweigen zu bringen, das wird der Polizei einem mündigen Volke gegenüber doch nicht gelingen.“

Die „Berl. Allg. Ztg.“ schließlich schreibt unter der Ueberschrift „Ruhe trotz Standrechtsonntag“:

„Groß-Berlins Bürgerhaß hat am gestrigen Sonntag, wenn das überhaupt noch nötig war, abermals den unwiderleglichen Beweis erbracht, daß der Friede unserer Stadt gar nicht fester geborgen sein kann, als wenn die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung völlig in die Hand der — Bürgerschaft gelegt wird. Denn die gestern veranstalteten großen Protestversammlungen gegen die preussische Wahlrechtsvorlage, denen etwa hunderttausend Personen anwohnten, verliefen — von unerheblichen Zwischenfällen abgesehen — in geradezu musterhafter Haltung. Und das nicht infolge, sondern trotz der sensationell abgefassten Warnung des Berliner Polizeipräsidenten, deren unauflösbar provokatorischer Ton in den weitesten Kreisen der Groß-Berliner Bevölkerung nicht nur das lebhafteste Bestreben, sondern auch den nachdrücklichsten Unmut hervorgerufen hat.“

## Die Demonstration.

Massenhaft laufen bei uns noch aus allen Teilen Preußens die Meldungen über Wahlrechtsversammlungen und Straßendemonstrationen des Sonntags ein. Wir können sie im allgemeinen nur summarisch verzeichnen. Der Gesamteindruck der großen Kundgebung wird durch diese nachträglich eingelaufenen Nachrichten bestätigt und verstärkt. Die Beteiligung war überall eine die Erwartungen weit übersteigende, die früheren Demonstrationen weit hinter sich lassende; die Teilnehmer haben feste Entschlossenheit und bei den Straßenumzügen stets Disziplin und Selbstbeherrschung bekundet, so daß im großen und ganzen erstere Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht nicht vorgekommen sind. Die Polizei hat sich in vielen Fällen vernünftigerweise zurückgehalten, in anderen ist sie durch die demonstrierenden Arbeitermassen überrascht oder überlistet worden, so daß ihr keine Gelegenheit zu staatsretterischen Taten gegeben war, in einigen Orten, außer den schon gestern genannten, hat sie noch durch Dreinhauen und ähnliche Maßregeln Demonstrationen zu verhindern versucht, doch sind die Folgen glücklicherweise nirgends so bössartig geworden wie in Halle, Frankfurt a. M. und Königsberg.

Rur ein Ort tritt noch zu diesen dreien: Neumünster, wo es zu gefährlichen Polizeieintößen und schweren, ja lebensgefährlichen Verletzungen gekommen ist. Darüber wird berichtet:

Neumünster, 14. Februar.

Hier ging gestern die Polizei mit blanker Waffe gegen die Demonstranten vor. Fünf Personen wurden schwer, eine Anzahl anderer leicht verletzt und Verhaftungen wurden in großer Zahl vorgenommen. Im ganzen sind 40 Personen verletzt worden. Davon liegen fünf schwer verletzt im Krankenhaus. Ein 68-jähriger Textilarbeiter, der in die Lunge gestochen wurde, dürfte kaum mit dem Leben davon kommen.

Die Polizei von Neumünster muß danach in wahrhaft unerhörter Weise gehandelt haben. Sie darf neben der Polizei von Halle, Frankfurt a. M. und Königsberg das Verdienst in Anspruch nehmen, die Empörung der Entrechteten bis zur Siebtheit gesteigert zu haben. Wir wollen hoffen, daß die unglücklichen Opfer ihrer Wut mit dem Leben davonkommen werden — der Polizei aber wird dieser Ausgang nicht angerechnet werden!

Von den anderen Schauflügen der polizeilichen Ausschreitungen sind uns noch die folgenden Meldungen zugegangen:

Frankfurt a. M., 13. Februar.

Die hiesige Wahlrechtsdemonstration verlief glänzend, wirkungsvoller als alle vorhergegangenen. Im Zirkus Schumann sprachen unter ungeheurer Begeisterung die Redakteure Benda und Quard. Die Polizei hatte umfassende Vorkehrungen getroffen. Im Bahnhof allein lagen 150 Schutzleute. Auch das Militär war aufgeboten; im Schauspielhaus hatte man eine Kompanie Soldaten untergebracht. Während der Referate wurden die Demonstranten vor dem Versammlungsort aus einander gesprengt, der Platz abgesperrt und die Eingänge besetzt. Nach Versammlungsschluß zogen die Teilnehmer nach dem Westend. Beim Einziehen in die Stadt erfolgte ein Zusammenstoß mit der Polizei, wobei Personen niedergebritten, verprügelt und verletzt wurden. Frauen und Kinder wurden nicht gespart. Gegen 2 Uhr gelang es den Demonstranten, in die Stadt einzudringen. In der Taunusanlage hielt Genosse Quard eine Ansprache vom Sockel des Bismarckdenkmals. Genosse Benda brachte dann ein Hoch auf das freie Wahlrecht aus. Ein Trupp Schutzleute kurzte sich nun auf den Genossen Benda und verhaftete ihn. Parteisekretär Wittich wurde verprügelt, trotzdem er seine Stadiverordneterkarte vorzeigte. Im Hirschgraben und vor dem Kat-

haufe erfolgten ebenfalls Zusammenstöße. Die Demonstranten zogen dann vor das Polizeipräsidium, wo sich die Polizei etwas ruhiger verhielt. Nach um 4 Uhr konnte man Gruppen von Demonstranten in der inneren Stadt bemerken. Das Bismarckdenkmal war noch in den späten Abendstunden abgeparzt. Die Zahl sämtlicher Demonstranten ist gewaltig gewesen. Es erfolgten viele Eistierungen.

Frankfurt a. M., 14. Febr.  
Genosse Wendel ist gestern nach zweitägiger Haft wieder in Freiheit gesetzt worden.

Frankfurt, 14. Febr.  
Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in ihrer ersten Montagsausgabe, daß die Schulleute in der unversämtesten Weise gegen harmlose Passanten vorgegangen seien. Ein Redakteur der „Frl. Ztg.“ wurde auch mit Wüsten und Fausthieben bedacht. Er berichtet: „Ich zeigte die von dem Polizeipräsidenten angestellte Postkarte und legitimierte mich als Vertreter der Presse. Das half nichts, obgleich die Karte die Unterschrift des Polizeipräsidenten Ehrenberg trug. Die Schulleute trommelten mit gleicher Rücksichtslosigkeit auf meinem Rücken wie auf dem der anderen. So wurden wir nach der Eilenstraße getrieben. Nun kamen von Bodenheim her Schulleute zu Fuß und zu Pferde und drängten in die Menge. Ich bekam einen Hieb auf die Brust und stürzte zu Boden. Auch neben mir ward eine Frau zu Boden geworfen, die sicherlich nicht demonstrieren wollte und zufällig in die Menge geraten war. Unablässig wurden nun die Leute nach vorwärts getrieben und gestoßen. Sie stießen heftige Worte gegen die Schulleute aus. Dann und wann wurde einer gepöbel und in ein freischwebendes Auto geschleppt. Es war die Menge zwischen Schulleuten und angreifenden Schulleuten zu Fuß so dicht gedrängt, daß ein Weggehen überhaupt ein Ding der Unmöglichkeit war. So wurde die Masse bis zum Hauptbahnhof zurückgetrieben.“

Halle a. S., 14. Februar. Die Zahl der Verletzten beträgt 40. Drei davon sind schwer verletzt und liegen im Krankenhaus.

### Aus der Provinz Brandenburg

sind noch die folgenden Kundgebungen zu verzeichnen:  
Ueberfüllte Versammlungen und große Straßenumzüge fanden statt in Frankfurt a. O., Spremberg, Sorau, Witten, Sudenwalde, Prenzlau, Rauen, Weelitz, Müdnitz und Heegermühle bei Gerdwalde. — Stark besuchte Versammlungen tagten in Biez, Schwiebus, Havelberg, Neubarn und Groß Blumberg (wo der Pfarrer Schaefer am Vormittag sich von der Kanzel herab über die Pfuirufe der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten im Landtage entrißte hatte.)

### Die anderen Provinzen.

#### Schlesien.

In Siegnitz fand zum ersten Male eine große Straßendemonstration statt (3500 Personen), danach tagte eine überfüllte Versammlung. — In Waldenburg durchzogen mehrere tausend Demonstranten unbehelligt die Stadt, in Obergangsdorf 600, in Hirschberg 500, auch in Briesau und Goldberg fanden Straßenumzüge statt. 17 Versammlungen werden außerdem noch aus Reiche, Hundsfeld, Freiburg, Zauer und Landskron gemeldet.

#### Posen.

In Posen tagte eine äußerst stark besuchte Versammlung; in Bromberg wurde dem Sozialdemokratischen Verein die Genehmigung zu einem Umzuge verweigert mit der Begründung:

„Nach den in letzter Zeit hierorts bei Aufzügen gemachten Beobachtungen besteht die dringende Gefahr, daß sich dem Zuge Personen anschließen, die Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen begehen und der Staatsgewalt Widerstand leisten.“

Die „gemachten Beobachtungen“ beziehen sich auf patriotische Veranstaltungen. Ganz besonders sind bei der Straßendemonstration bei der Kaiser-Geburtstagsfeier grobe Ausschreitungen vom patriotischen Kämpfer verübt worden.

#### Westpreußen.

In Danzig demonstrierten die Arbeiter schon vor der Versammlung in den Straßen. Die Polizei hatte große Mühsal erlitten, das Rathaus war zur Polizeikaserne umgewandelt, die militärische Wachparade auf dem Langen Markt war abgelehnt. Die zur Versammlung ziehenden wurden mehrfach zerstreut, sammelten sich aber immer wieder. Die Versammlungsolale waren viel zu klein, so daß die Versammlung, in der Genosse Kard-wald referierte, in den Garten verlegt wurde. Auf dem Rückwege wurden die Demonstranten wieder von der Polizei auseinandergetrieben. Genosse Kardwald wurde ohne jeden rechtlichen Grund festgesetzt und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Dort wurde ihm gesagt, daß er eine Anrede an die Demonstranten gehalten habe! Dann erfolgte aber doch seine Entlassung. Größere Zusammenstöße wurden vermieden, doch wurden wegen Ausbringens von Hochrufen aufs freie Wahlrecht etwa 10 Eistierungen vorgenommen.

In Elbing fanden zwei überfüllte Volksversammlungen statt. Danach veranstalteten etwa tausend Genossen eine Straßenumgebung. Die gesamte Elbinger Polizei war mobil gemacht; außerdem waren circa zwölf mit Revolvern und Pistolen bewaffnete Gendarmen in Tätigkeit. Zu Zusammenstößen kam es nicht; nur einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

In Marienwerder tagte eine von 300 Personen besuchte Versammlung.

#### Pommern.

Stark besuchte Versammlungen fanden statt in Witt-damm, Wolgast, Greifswald, Stralsund, Anklam, Torgelow, Neckerhude, Pasewalk, Röllin, Kolberg, Stolp und Soltow. In Stralsund und Pasewalk schlossen sich daran eindrucksvolle Straßenumgebungen.

#### Schleswig-Holstein.

Am 6., 8. und 10. schleswig-holsteinischen Reichstags-Wahlkreise fanden 24 überaus stark besuchte Versammlungen statt. In Elmshorn beteiligten sich 1500 Demonstranten an der Versammlung und an der Straßenumgebung.

#### Hannover.

Obwohl in Garburg a. Elbe bereits am Mittwoch zwei überfüllte Protestversammlungen stattgefunden hatten, fand Sonntag mittags in Rohmanns Park eine große Demonstration statt, an der 3000 Personen teilnahmen. Die Genossen Müller und Müller brachten längere Anreden. Die Resolution fand begeisterte einstimmige Annahme. Hieran fand eine eindrucksvolle Straßendemonstration statt. Da die Polizei fernblieb, verlief sie in musterhafter Ruhe und Ordnung.

In Verden a. Aller fand eine stark besuchte Versammlung statt.

#### Westfalen.

In Reddinghausen war die Versammlung von 1300 Personen besucht. Hunderte mußten im Garten bleiben. Nachher fand ein Umzug durch die Stadt zum Rathaus statt, wo die übermächtige Polizei den Zug auflöste, der sich aber an anderer Stelle wieder vereinigen konnte. Die Polizei nahm in ihrer Verworftheit nicht nur fünf Verhaftungen vor, sondern löste am Abend eine Sitzung des Gewerkschaftsartikels, die im Versammlungslokal stattfand, auf und schloß um 10 Uhr das Versammlungslokal fest.

In den Wahlkreisen Bielefeld, Herford-Halle, Minden-Lübbecke und Hamm-Soch tagten viele stark besuchte Versammlungen.

#### Rheinland.

In Aachen zählte die Versammlung am Vormittag 600 Besucher. Nachher fanden Straßenumgebungen statt, bei denen die Zahl der Kundgebenden stark answoll. Die Polizei kam zu spät. Es kam infolge dessen zu keinen Zusammenstößen.

Starkbesuchte Versammlungen werden noch aus Bonn, Kreuznach, Dären und Wehlar gemeldet.

#### Hessen-Nassau.

In Hanau, Kessenheim und Eschersheim fanden machwolle Wahlrechtsdemonstrationen statt. In Hanau gab es einen Demonstrationzug nach dem Marktplatz, an dem etwa 3000 Personen teilnahmen. Die Polizei versuchte wiederholt vergeblich, die Massen auseinanderzusprennen, verhielt sich aber im allgemeinen ziemlich ruhig.

In Wiesbaden, wo 1000 Personen versammelt waren, gab es einen imposanten Demonstrationzug, der von der Polizei in der aufreizendsten Weise behandelt wurde. In verschiedenen Straßen kam es zu schweren Zusammenstößen, bei denen auch Unbeteiligte verletzt wurden, u. a. wurde ein Knabe von den Schulleuten niedergestrichen.

Die Versammlungen in der Umgebung Cassels waren außerordentlich stark besucht. Es herrschte überall begeisterte Kampfstimmung. — In Cassel selbst fanden wegen der Stadtverordnetenwahl mehrere große Versammlungen statt.

In Diebrich a. Rhein fand eine auch von Bürgerlichen außerordentlich stark besuchte Versammlung statt. Die einstimmig angenommene Resolution wurde durch eine Deputation dem nationalliberalen Landtagsabgeordneten Wolff überreicht. Die Polizei hatte umfangreiche Vorkehrungen getroffen; auch die Mannschaften der Unteroffizierschule waren in der Kaserne konzentriert. Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer vor die Wohnung des Abgeordneten Wolff und brachten Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht aus.

## Nationalliberale Fische im Eisen.

Im Abgeordnetenhaus gelangte am Montag die nationalliberale Interpellation wegen der Maßregelung nationalliberaler Beamten in der Provinz Posen zur Verhandlung. Mehrere höhere Beamte waren verurteilt und gemahngert worden, weil sie für die nationalliberale Partei eingetreten waren. Der Abg. Friedberg führte bittere Klage über die Hindernisse, die diesen Beamten wegen ihrer Verhinderung nationalliberaler Gesinnung bereitet worden seien. Der Minister des Innern v. Nolke erklärte, daß die Regierung gar nicht daran denke, Beamte deshalb zu mahngern, weil sie für die nationalliberale Partei eintreten. In den fraglichen Fällen habe es sich um etwas ganz anderes gehandelt. Dort seien Beamte unter Umständen für eine nationalliberale Sonderkandidatur eingetreten, die „das nationale Wesigum gefährdet“ und den Polen gegenüber dem zerstückelten Deutschland günstigere Chancen gewährt hätten — und angesichts dieser Situation habe es denn doch die Regierung für geboten gehalten, den betreffenden Beamten ihres verhängnisvollen Vorgehens wegen Vorstellungen machen zu lassen. Im übrigen leugnete der Polizeiminister, daß irgend eine „Drangsalierung“ jener Beamten stattgefunden habe.

Die Germanisierungspolitik zeigt also die wunderlichsten Früchte. Nicht nur solche Beamten werden „gelattowigt“, die für polnische Kandidaten eintreten, sondern selbst die Förderung nationalliberaler „Sonderbündeleien“ durch Beamte wird nicht geduldet und durch Maßregelungen geahndet, sobald ein selbständiges Vorgehen der Nationalliberalen die entfernteste Gefahr heraufbeschwört, daß durch solche Parteispaltung innerhalb des „Deutschtums“ das „nationale Wesigum“ gefährdet werden könnte. Daß konservative Beamte in einem ähnlichen Falle ebenfalls gemahngert werden könnten, ist natürlich ausgeschlossen!

Die braven Nationalliberalen haben allerdings nicht das geringste moralische Recht zu einer Verhinderung. Waren sie es doch, die ja erst kürzlich bei der Rottovier Debatte das Recht der Regierung, Beamte wegen ihrer politischen Verhinderung zu mahngern, prinzipiell mit aller Rücksichtslosigkeit anerkannt hatten! Nur sollten zu den behördlich geächteten Parteien bloß die Polen und Sozialdemokraten gehören, nicht aber auch der Liberalismus! Den Nationalliberalen geschieht also nur nach Verdienst, wenn die Regierung in ihrem Germanisierungsfuror auch vor der gelegentlichen Verhinderung nationalliberaler Verhinderung nicht zurückredet!

Für weiteren Humor sorgte der freisinnige Abgeordnete Bronsöhn, der statt, wie erwartet, seinen rechtsliberalen Freunden beizuspringen, vielmehr eine Lanze für die Regierung brach und als freiwilliger Regierungskommissar unter dem verlegenen Schweigen seiner Parteigenossen und dem Beifall der Rechten erklärte, daß ein einseitiges konservatives Regierungssystem in der Provinz Posen nicht vorhanden sei! Herr Friedberg ließ sich natürlich nicht die Gelegenheit entgehen, diesen wunderlichen Heiligen von einem Freisinnsmann gebührend zu ikonisieren, jedoch sich der Freisinn denn auch genötigt sah, durch Herrn Müller-Sagan erklären zu lassen, daß er trotz Herrn Bronsöhn an ein einseitiges konservatives Parteiregiment in Posen glaube!

Als nach Friedberg für die Sozialdemokratie Genosse Lieblrecht das Wort nehmen wollte, stimmte die Rechte zusammen mit den Nationalliberalen für Schluß der Debatte! So wurde ganz gegen allen bisherigen Brauch die Verhinderung einer Interpellation geschlossen, ohne daß die Sozialdemokratie zum Wort gekommen wäre! In einer Bemerkung zur Geschäftsordnung nagelte Genosse Lieblrecht diesen Akt der Inoyalität fest!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Februar 1910

### Das Kalifgesetz.

Aus dem Reichstage, 14. Februar. In seinem Bodenschätze, am Kali, das als Düngemittel mehr und mehr in der Landwirtschaft verwendet wird, besitzt das Deutsche Reich nahezu ein Monopol, da außerhalb Deutschlands bisher nur geringfügige Kalilager entdeckt worden sind. Welche Bedeutung dieses Produkt hat, das geht daraus hervor, daß im Jahre 1908 der Gesamtabsatz einen Wert von 98 Millionen Mark erreichte. Die Monopolstellung ermöglicht den Grubenbesitzern enorme Profite. Fast die Hälfte des Absatzes ging ins Ausland. Für die Landwirtschaft werden gegen 88 Proz. des Absatzes, für die Industrie 14 Proz. verwendet. Etwa ein Fünftel der Gesamtförderung entfällt auf staatliche Betriebe. Um nun eine Regelung der Preise herbeizuführen, die einerseits den Interessenten ihre enormen Profite sichert, andererseits aber die deutschen Verbraucher, besonders aber die heimische Landwirtschaft — das Schicksal der Regierung — gegenüber dem Auslande begünstigt, hat die Regierung den Gesetzentwurf be-

treffend den Absatz von Kalisalzen vorgelegt, der heute zur ersten Lesung stand.

Dadurch soll die gesamte Produktion auf zwanzig Jahre vertrustet werden. Da das gegenwärtig bestehende Syndikat nicht alle Werke hat in seinen Verband einbeziehen können, will die Regierung die Werke einem Zwang zum Beitritt in die staatlich organisierte Gemeinschaft unterwerfen.

Der preussische Handelsminister Sydow wies in seiner Begründung darauf hin, daß es hauptsächlich darauf ankomme, zunächst den inländischen Bedarf zu befriedigen, dann die Verkaufspreise gemeinsam festzusetzen, und zwar für das Ausland keineswegs niedriger als für das Inland. Unter den bürgerlichen Parteien bestand Neigung für den Entwurf, soweit deren Mitglieder sich Vorteile für die Kaliindustrie oder für die Verbraucher in der Landwirtschaft versprochen. Durch andere, besonders von dem Zentrumsabgeordneten Heim, wurde scharf darauf hingewiesen, daß der Entwurf eine übermäßige Begünstigung der Grubenbesitzer zu bringen scheine, da seine Befristung sofort die Kalialien in die Höhe getrieben habe. Offenbar wollen Zentrum, Nationalliberale und Rechte ihre Zustimmung von der möglichen Begünstigung der Landwirtschaft abhängig machen. Die Freisinnigen, als deren Vertreter Herr Gothein sprach, stehen der Vertrustung grundsätzlich feindlich gegenüber. Gothein geriet denn auch in eine heftige Polemik mit Dr. Köfide vom Bund der Landwirte.

Namens der Sozialdemokratie unterzog Genosse Hue den Gesetzentwurf einer eingehenden Kritik, indem er scharf betonte, schon die Einbringung eines solchen Gesetzes bedeute die Bankrotterklärung des privatkapitalistischen Betriebes. Leider habe die Regierung nicht die richtige Konsequenz gezogen. Sie hätte zur Verstaatlichung der Betriebe kommen müssen. Gerade ein solcher Naturcharakter wie das Kali solle dem ganzen Volke zugute kommen, nicht einzelnen Interessenten. Mit Entrüstung führte Hue an, daß in der Kaliindustrie die Arbeiter besonders schlecht gestellt seien. Die färglichen Arbeiterlöhne ständen in erschreckendem Gegensatz zu den hohen Unternehmerprofiten. Um so mehr hätten die Arbeiter ein Interesse daran, daß die Kalibergwerke der Privataneidung entzogen werden. Die Einbringung dieses Gesetzes durch die Reichsregierung sei auch deshalb besonders interessant, weil die Herren sonst der von der Sozialdemokratie beständig geforderten reichsgesetzlichen Regelung des Verwehrens feindlich gegenüberständen. Hier, wo das Kapitalinteresse den Eingriff des Reiches begünstige, sei die Regierung gleich dabei. Trotz unserer Abneigung gegen das Gesetz würden wir in der Kommission doch mitarbeiten.

Nach einer Flut persönlicher Bemerkungen wurde die Debatte schließlich bis morgen vertagt.

### Außer der Reihe.

Gen. Wolfgang Heine, der am Sonntag in der Demonstrationsversammlung in den „Arminhallen“ das Referat hatte, hielt diese Gelegenheit für angemessen, um gegen Straßendemonstrationen zu polemisieren. Das „Verl. Tagebl.“ veröffentlicht über die Versammlung einen Bericht, dem wir folgende Stelle entnehmen:

In dieser politisch bedeutungsvollen Zeit bedingen gemeinsame Interessen auch gemeinsame Arbeit selbst zwischen Parteien, die sich sonst wohl befenden. Daß wir Sozialdemokraten bei all unseren Agitationen noch nicht viel weiter gekommen sind, hat vielfach zu Kleinmut geführt. Aber es geht doch vorwärts, wenn auch langsam. Der Politiker muß Geduld haben. Mit Straßendemonstrationen ist nichts zu erreichen, denn politisches Gewicht haben sie nicht. Auch der von manchen Genossen befürwortete Generalkrieg würde erfolglos sein. Aber die Wahlrechtsfrage darf nicht zur Ruhe kommen. Gemeinsam müssen wir arbeiten mit den Parteien, die uns politisch nahe stehen, freudig alle begrüßen, die mit uns arbeiten wollen an der Verbesserung des Wahlrechts, selbst wenn sie zu anderen Zeiten unsere Gegner sind. Aber Ruhe und Selbstbeherrschung ist für uns heute ebenso notwendig, als bei Verhängung des Sozialistengesetzes, wo wir zähneknirschend abgesetzt stehen mußten.

Es ist das gute Recht des Genossen Heine, über den Wert von Straßendemonstrationen seine eigenen Ansichten zu haben und diese auch bei Parteiberatungen und in der Öffentlichkeit zu vertreten. Es ist uns aber unerfindlich, wie Genosse Heine sich in einem Moment der Aktion plötzlich der Partei entgegenstellen und eine der Aktion dienende Veranstaltung dazu mißbrauchen kann, seine Privatmeinung gegen die Parteimeinung zur Geltung zu bringen. Es ist zum mindesten taktlos, eine Aufgabe, die die Partei verlangt, zu übernehmen, nicht um sie auszuführen, sondern um sie zu vereiteln. Einheitsliche Parteifaktionen müßten überhaupt aufhören, wenn solche Vorgänge allgemein würden. Daß der Bericht im „Verl. Tagebl.“ im wesentlichen zutrifft, wird uns von zahlreichen Teilnehmern der Versammlung mit dem Versägen bestätigt, daß Abg. Heine auch jede Beteiligung an dem Demonstrationzuge abgelehnt hat. Wir halten dafür, daß Genosse Heine besser getan hätte, auch das Referat abzulehnen.

Eine Polemik gegen die Ansichten des Genossen Heine erübrigt sich nach dem bedeutungsvollen Eindruck der gestrigen Kundgebung von selbst.

### Ein ausländisches Urteil über v. Bethmann Hollweg.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ schreibt über die Rede, die Herr v. Bethmann Hollweg im Preussischen Landtage gehalten hat: „Der neue Reichszankler ist nicht ein Bürger kommenden, sondern Bürger vergangener Zeiten, und seine Sprache klingt, als hätten wir sie in den alten Geschichtsbüchern gelesen. Vermutlich in den Erzählungen über jene Kämpfe, die London vor beläufig 80 Jahren hatte, als die Reform des Wahlrechts starke Leidenschaften in Bewegung setzte. Die heutige Rede des Reichszanklers könnte, wenn die Bemerkungen über die preussischen Eigentümlichkeiten wegfiele, dem Herzog von Wellington in den Mund gelegt werden. Denn sie ist ganz in die Stimmung der konservativen Partei im Zeitalter der heiligen Allianz, des Staatskanzlers Fürsten Klemens Metternich und des Grafen von der Falkenstein getaucht. Sie hat im Tone einige Verwandschaft mit den Denkschriften, die Friedrich von Geny über die Karlsbader Beschlüsse verfaßt hat, und jedes Wort klingt, als käme es aus den weitesten Fernen und als hätte es sich aus halbverfallenen Erinnerungen in die Gegenwart verirrt. Deshalb ist die Rede bemerkenswert. Wir staunen, daß solche Auffassungen noch bei lebenden Menschen in leitender, mächtiger Stellung zu finden sind und daß die Politik einer modernen Gesellschaft und eines der größten Industriestaaten der Welt von ihnen beherrscht wird.“

### Wahlrechtsvorlage und Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

Nachdem die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung einen Antrag eingereicht hat,

eine Petition an das Haus der Abgeordneten abzugeben, worin vom Standpunkt der Berliner Bürgerchaft auf die sogenannte Wahlrechtsreform in ihren Wirkungen auf die politische Entrechtung der breiten Massen des Volkes dargestellt und der Landtag um Ablehnung der jetzigen Wahlrechtsvorlage ersucht wird, haben auch die freimütigen Proklamationen mit Herrn Cassel an der Spitze folgenden Antrag eingereicht:

„In Erwägung, daß durch die von der königlichen Staatsregierung im Landtage eingebrachte Vorlage über die Änderungen des Gesetzes bezüglich der Wahlen zum Abgeordnetenhause:

a) durch Verbeibehaltung des Klassenwahlrechts gerade in der Stadt Berlin eine höchst ungleiche und ungerechtfertigte Verschiedenheit des Wahlrechts, auch für die Zukunft, sich ergeben muß.

b) durch Verbeibehaltung der Wahlkreiseinteilung die Stadt Berlin im Verhältnis zur Gesamtzahl der Landtagsabgeordneten durch eine völlig unzureichende Zahl von Abgeordneten auch in Zukunft vertreten sein wird.

c) Bei den besonderen Berliner Verhältnissen eine freie und unabhängige Ausübung des Wahlrechts, ungehindert durch unzulässige Beeinflussung und durch die die Wahlfreiheit gefährdenden Bedrohungen der wirtschaftlichen Existenz, nur durch Einführung der geheimen Stimmabgabe gesichert erscheint, beschließt die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat zu ersuchen, in eine an das Abgeordnetenhause zu richtende Petition für entsprechende Änderung der Wahlrechtsvorlage einzutreten.“

### Zentrum und Wahlrechtsvorlage.

Der Augustinerverein hält diese Woche in Berlin seine Generalversammlung ab. Aus diesem Anlaß findet eine gemeinsame Sitzung der Zentrumsfraktionen des Reichstages und des Landtages statt, in der man sich eingehend mit der Wahlrechtsreform-Vorlage befaßt will.

### Das Königswort.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die Wiener „Arbeiterzeitung“: „Erster Akt: Der Ministerpräsident verkündet im Preussischen Landtag: „Meine Herren! Die Angriffe der Sozialdemokratie sind um so unbegründeter, als es ja auch der Wunsch Seiner Majestät des Königs von Preußen ist, daß das veraltete preussische Wahlgesetz in einer zeitgemäßen Art reformiert werde. Das Wort des Königs steht hergeköhrt über jedem niederen Zweifel, es verhilft die preussische Wahlreform!“

Zweiter Akt: Im preussischen Ministerium des Innern. Der Ministerpräsident zu seinen Räten: „Verdrüßliche Geschichte, diese Wahlreformsuppe! Wenn nicht das Königswort wäre?! Uebrigens, was haben wir versprochen? Eine zeitgemäße Reform des Wahlgesetzes! Was aber ist so zeitgemäß wie die Bekämpfung des Unkrautes? Meine Herren, wir arbeiten also eine Wahlreform aus, die der Sozialdemokratie den Boden entzieht, und lösen so ein Königswort ein!“

Dritter Akt: Der Ministerpräsident im preussischen Landtag: „Meine Herren! Durch die vorgeschlagene Wahlreform wird endlich den ausgebliebenen Unteroffizieren, die schweres Herzens den Hof des Kaisers auszuweichen mußten, ihr volles Recht. Hoher Landtag! Wir haben diese Unteroffiziere aus der dritten in die zweite Wählerklasse versetzt und so gerade den eminent national fühlenden Elementen zu dem ihnen gebührenden politischen Einfluß verholfen. Das Wort Seiner Majestät des Königs ist damit voll eingelöst. Preußen hat seine zeitgemäße Wahlreform!“

### Der abgeblichene Heydebrand.

Der Senatorenkonvent des preussischen Abgeordnetenhauses verhandelte Montag vormittag über zwei Entwürfe der konservativen Partei, die von dem Abgeordneten v. Heydebrand und der Lase begründet wurden.

Der erste bezog sich auf die Verschärfung der Geschäftsordnung nach der Richtung hin, daß das betreffende zur Ordnung gereifene Mitglied in derselben Weise wie die Geschäftsordnung des Reichstags (§ 60) dergleichen vorsteht, schließlich aus der Sitzung ausgeschlossen werden kann.

Der zweite Antrag geht dahin, daß Rednern, die eine bestimmte Zeit — etwa 1 oder 1 1/2 Stunden — gesprochen haben, vom Präsidenten das Wort entzogen werden kann, wenn das Haus damit einverstanden ist!

In beiden Fällen hat sich der Senatorenkonvent mit den Anträgen nicht einverstanden erklärt, sondern es den Parteien überlassen, spezielle Anträge im Hause einzubringen.

Jetzt hat Herr v. Heydebrand wieder das Wort, der ja ein kluger Mann sein soll und sich wohl mit der einen moralischen Ohrfeige, die ihm der Senatorenkonvent hier verabreicht hat, begnügen dürfte.

### Dertelmanieren.

Eine Mischung von Brutalität und niedriger Heuchelei, das ist die Gesinnung der publizistischen Klopffeder der preussischen Junker. Von anderen verlangen sie „juten Ton“, ihnen selbst ist keine Gemeinheit niedrig genug, um sie nicht an dem politischen Gegner zu verüben. Sen. Ledebour hat bekanntlich in dem Wortgefecht mit dem Kriegsminister seinen Gegner mit prächtiger Ueberlegenheit auf den Sand gesetzt. Dies veranlaßt die „D. Tagesztg.“ zu folgendem Watausbruch:

„In der anständigen Gesellschaft pflegt man auch das Wort des Gegners zu achten, den Sinn, den er selbst seinem Ausspruch unterlegt, als solchen anzuerkennen. Daß diese moralische Pflicht für einen Ledebour nicht verbindlich ist, war jedem von vornherein ziemlich klar, aber wie der Genosse Ledebour den Versuch machte, die Worte des Kriegsministers abermals und abermals aufzuschüttelein und drehen und zu verdrehen, wie er es mit den Anselmwürfeln beim Parteidubler gewöhnt sein mag, um die von ihm gewünschte Augenzahl zu erzielen, das wickte schon nicht mehr lächerlich, sondern direkt empörend, und wir sind überzeugt, daß sogar manch einer der Genossen in der roten Ecke des Sitzungssaales peinlich von dieser Methode berührt worden ist.“

Es fällt uns natürlich nicht ein, ein Wort an diese Gemeinheiten zu verschwenden. Aber wir wollen doch nicht unterlassen, das Urteil der „Frankf. Bzg.“ hierher zu setzen, dessen parlamentarischer Berichterstatter sozialdemokratischen Rednern, insbesondere dem Abg. Ledebour gegenüber, nicht frei von Gehässigkeit ist. Das Blatt meint:

„Herr Ledebour ist einer der schärfsten Satiriker auf der Bühne und rein rhetorisch war es ein Genuß, wie er oalglait alle Anzuspungen des hilflosen Vizepräsidenten Dr. Spahn widerlegte und sich angeblich streng an die Sache hielt und doch beim „Bildungswesen“ ganz andere Dinge besprach.“

### Nach russischem Muster!

Es ist für Herrn v. Bethmann Hollwegs „Wahlreform“ außerordentlich charakteristisch, daß das einzige Land, das der preussischen Regierung demüht oder unbetruht als Vorbild gebietet hat — Rußland ist. Nicht bloß in der grundlegenden Tendenz — dem Bestreben, die Sozialdemokratie aus dem Parlament zu entfernen und die Klüft zwischen der angeblichen Volksvertretung und dem Volke zu vertiefen —, auch in den hierbei angewandten Mitteln

steht die preussische Regierung auf demselben Boden, wie die Regierung des Zaren.

Genau wie Herr v. Bethmann Hollweg, der soeben im Abgeordnetenhause tiefinnig erklärt hat, die Forderung des Reichstagswahlrechts schein ihm „ethischen und theoretischen Motiven“ zu entspringen, hat die russische Regierung bei der Begründung des Wahlgesetzes für die erste Duma kategorisch erklärt, die Forderung des „allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts“ sei eine Leere Abstraktion. Dennoch stand das Wahlgesetz, das die Regierung des Zaren — unter dem Druck der revolutionären Ereignisse — ausarbeitete, trotz seiner zahlreichen Inzisionen und der Entrechtung großer Volksmassen, unendlich höher als das preussische Dreiklassenwahlrecht, das den Vätern dieses Wahlgesetzes als Vorbild dargeboten hatte. Erst nach der Sprengung der ersten und zweiten Duma und dem Staatsstreich vom 16. Juni 1907 vermochte die russische Regierung sich dem preussischen Ideale zu nähern.

Die Mittel, die sie hierbei anwandte, erinnern an die Neuerungen, die der preussische Ministerpräsident in das bestehende Wahlgesetz hineintrug, um — wie es in der Begründung der Vorlage heißt — eine „Verbesserung des bestehenden Wahlsystems unter Verbeibehaltung seiner wesentlichen Grundlagen zu suchen.“

### Das vorausgesehene Dementi

Bekanntlich hat Prinz Ludwig von Bayern sehr vernünftige Aeußerungen gegen das Schandgesetz der preussischen Regierung gemacht. Da diese Aeußerungen bekannt wurden, mußten sie „dem föderativen Charakter des Reiches entsprechend“ demontiert werden und so versendet denn das offiziöse Telegraphenbureau folgende Notiz:

Der Bericht eines Wiener Journals, nach dem sich Prinz Ludwig von Bayern kürzlich in scharfer Weise über die preussische Wahlrechtsvorlage ausgesprochen haben soll, beruht nach Erkundigungen an unterrichteter Stelle vollständig auf freier Erfindung.

### Ein ganz empörender Fall eines richterlichen Mißgriffs

wird aus Heidelberg gemeldet: Der 49jährige Klempnergeselle Isaac Weiß, der aus München kam und in Jülich eine Stellung antreten wollte, wurde in Heidelberg festgenommen, weil er identisch sein sollte mit einem 35 Jahre alten Siegmund Weiß, der wegen Betrugsdelicten in Woddingen in Württemberg verfolgt wurde. Vergeblich legte der Verhaftete dem Amtsrichter Arbeitszeugnisse, Invaliditätskarte, Verbandsbuch und Paß vor. Der Amtsrichter erklärte, daß die Zeugnisse wahrscheinlich gefälscht seien, die Juden wollen nicht gern arbeiten. W. hat dann, in München bei seiner bisherigen Arbeitsstelle telegraphisch anzufragen. Er wolle gern das Telegramm aus eigener Tasche bezahlen. Dann ersuchte er noch, ihn nicht per Schub nach Woddingen zu bringen; er wolle das Geld für sich und einen Kriminalbeamten auslegen, damit er mit dem Schneezuge transportiert werden könne. W. hatte nämlich 200 M. Arbeiterpapierte bei sich. Der Amtsrichter aber war nicht zu bewegen, dem Gesuche Folge zu geben; er ließ den Verhafteten fünf Tage lang transportieren, bis er in Woddingen ankam. Dasselbe erklärte man, daß er nicht der gesuchte Betrüger sei. Am neunten Tage endlich wurde der arme Teufel wieder auf freien Fuß gesetzt. Natürlich war inzwischen seine Arbeitsstelle in Jülich besetzt.

Die Angelegenheit wird im badischen Landtage zur Sprache kommen.

### Frankreich.

Die Arbeitskonföderation gegen das Altersversicherungsgesetz.

Paris, 10. Februar. (Eig. Ber.) Boregieren nacht hat der sozialistische Parteitag in Nimes die sozialistischen Deputierten aufgefordert, für die Altersversicherungsvorlage trotz ihrer Mängel zu stimmen, heute veröffentlicht die „Humanité“ in derselben Nummer wie die Resolution des Parteitages die Liste der Delegierten, die die Arbeitskonföderation in die Provinz entsendet, um in Versammlungen gegen das Gesetz zu sprechen. Unter den Rednern befindet sich neben Bousquet, Jvetot, Merheim, Griffuelhes und anderen bekannten Syndikalisten auch Duquet, der auf dem Parteitag als Konföderierter die Vorlage bekämpft hat. Die für die Versammlungen vorgeschlagene Tagesordnung heißt die „Protestkampagne gegen den Entwurf, den der jetzige Entwurf darstellt“ gut. Sie protestiert gegen die Arbeiter, wie gegen die Unternehmerbeiträge, als gegen neue Steuern, die von der Arbeit getragen werden müssen, protestiert ferner gegen die Altersgrenze von 65 Jahren, gegen die Niedrigkeit der Rente und gegen die Kapitalisation, die eine veritable Finanzspekulation zum Schaden der Arbeiter zur Weitausleistung verpflichtet würden, das Umlageverfahren zu fordern. Die Resolution soll von überall her dem Präsidium beider Kammern und dem Ministerpräsidenten zugesendet werden.

Die Propaganda der Konföderation, die ja vorausgesehen war, bedeutet nicht geradezu den Krieg zwischen Konföderation und der Partei, aber eigentlich nur darum, weil sich die Aktion der Partei auf das Parlament beschränkt! Interessant ist, daß die „Humanité“ von der Intervention der Konföderation als von einer „prächtigen Kampagne“ spricht.

### England.

#### Die Zusammensetzung des Unterhauses.

London, 14. Februar. Nachdem heute die Wahl des Liberalen Watson aus dem Wahlkreise Orkney und Shetland gemeldet worden ist, liegen jetzt alle Wahlergebnisse vor. Danach setzt sich das Haus der Gemeinen wie folgt zusammen: 273 Unionisten, 274 Liberale, 41 Mitglieder der Arbeiterpartei und 82 Nationalisten.

#### Die Veränderungen im Ministerium.

London, 14. Februar. Churchill ist zum Minister des Innern, Duxton zum Handelsminister, Pease zum Kanzler des Herzogtums Lancaster, Herbert Samuel zum Minister für Post und Telegraphie und der Master of Glibanf zum Parlamentsekretär des Schachamtes ernannt worden.

### Italien.

#### Ein Verantwortsotum für Sonnino.

Rom, 12. Februar. Die Kammer verhandelte heute über das Regierungsprogramm. Die Deputierten Comandini (Republikaner) und Veronini (Sozialist) bekämpften die Regierungserklärung, während Grippa sich für die Regierung aussprach und folgende Tagesordnung eintrachte: Die Kammer hat die Erklärung der Regierung vernommen und geht zur Tagesordnung über. Ministerpräsident Sonnino erwiderte auf die Aeußerungen der verschiedenen Redner, daß dem Regierungsprogramm nicht vorgeworfen werden könne, daß es unpolitisch sei. Er bitte um die ehrliche Mitwirkung der Kammer, und nur unter dieser Bedingung wolle er auf seinem Platte bleiben. In der Weisheit,

die Ansicht des Landes zum Ausdruck zu bringen, und sogar auf die Gefahr hin, nicht genannt zu werden, rufe er für sein Programm, das kein persönliches, sondern ein sachliches sei, die Hilfe aller an, die guten Willens seien. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) Nach einigen weiteren Ausführungen anderer Redner wurde in namentlicher Abstimmung die von Sonnino gebilligte Tagesordnung Grippe mit 193 gegen 80 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen angenommen und die Sitzung geschlossen.

### Indien.

#### Unruhen.

Mahabab, 14. Februar. Bei einigen Eingeborenenstämmen des zu den Zentralprovinzen von Britisch-Indien gehörigen Vasallenstaates Bastar ist eine aufrührerische Bewegung ausgebrochen. Die Aufreher, die mit Pfeil und Bogen bewaffnet sind, haben Bazare, Postämter, Polizeiwachen und Schulgebäude zerstört und den Regierungskommissar schwer verwundet. 120 Polizeibeamte sind zur Unterdrückung des Aufstandes entsandt worden. Der Beweggrund der Unruhe ist nicht bekannt.

### Rußland.

#### „Reaktionäre aller Länder, vereinigt Euch!“

Das Organ der extremen Rechten, „Semitschijn a“, wendet sich mit einem Appell an die russischen Pogromistenorganisationen, um im Bunde mit den reaktionären Organisationen Westeuropas der sozialistischen Gefahr einen gemeinsamen Damm entgegenzusetzen. Es verlangt vor allem, daß die russischen Schwarzhundertler zu „den uns verwandten Organisationen Westeuropas, z. B. der „Action Francaise“ in Frankreich und dem „Deutschen Reichsverband“ in nähere Beziehungen treten sollen“. Das Statut des letzteren — schreibt es — ähnelt in vielem dem Statut des russischen Volksverbandes, ebenso sind die Zwecke und die Organisation die gleichen. Seine Filialen haben bereits, ähnlich den Filialen des russischen Volksverbandes, ganz Deutschland wie mit einem Netz bedeckt. . . . Warum soll der Generalrat des russischen Volksverbandes nicht die Initiative ergreifen, um mit den ihm nächsten stehenden Organisationen der westlichen Völker in Verbindung zu treten?

Wenn diese Aufforderung bei den russischen Pogromisten Anklang findet, wird man dem deutschen Reichs„legenden“-verband bald zu einem wertvollen Zuwachs gratulieren können. Jedenfalls alle Achtung vor dem feinen sozialen Instinkt der russischen Reaktionäre.

Die Heraushebung aller Besitzenden aus der dritten Wählerklasse und Aufrücken in die zweite Klasse entspricht vollkommen den Bestimmungen des Wahlgesetzes für die dritte Duma, die den Großgrundbesitzern und der städtischen Großbourgeoisie in sämtlichen Gouvernements die ausschlaggebende Rolle zuerkaunte. Hier wie dort werden die „Mängel“ des bestehenden Wahlsystems in der Weise korrigiert, daß der Abstand zwischen der ungeheuren Mehrheit des Volkes und den Besitzenden noch mehr erweitert und die politische Macht ausschließlich in die Hände der letzteren gelegt wird.

Noch frappanter ist die Ähnlichkeit zwischen der zweiten wichtigen Neuerung der Wahlrechtsvorlage und den entsprechenden Maßnahmen der Regierung Stolypin. Die Bürokratisierung der zweiten Wählerklasse durch die Heraushebung der Militäranwärter aus der dritten findet ihr Analogon in der Kreierung einer ganzen Reihe von Mandaten für die „russische Bevölkerung“, d. h. für die russischen Beamten, in den Grenzgebieten. Während die „fremdstämmige“ Bevölkerung in den Grenzgebieten (Kaukasus, Polen) zwei Drittel ihrer Mandate beraubt wurden, damit die sozialistische und polnische „Gefahr“ beseitigt würde, wurden die russischen Beamten an die Urnen kommandiert, um den Staat zu retten. Allerdings, Herr v. Bethmann Hollweg ist in dieser Beziehung konsequenter vorgegangen, als sein russischer Kollege: die Segnungen dieser „Reform“ erstreckten sich in Preußen nicht bloß auf einzelne Gebiete, sondern gleichmäßig auf das ganze Königreich.

Nichts charakterisiert so sehr die preussischen Zustände, als folgende Tatsache: in Rußland wandte eine meineidige Regierung die Mittel nach dem Staatsstreich an, um sich einer unbehaglichen Volksvertretung zu entledigen und das Volk offenfundig um seine Rechte zu pressen. In Preußen gibt die unter der Krone der Junker stehende Regierung diese reaktionären Neuerungen als „Reform“ aus!

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Ein neuer Polizeistreich.

Dortmund, 14. Februar. (Privatdepesche d. „Vorwärts“.) Ganz spontan fand heute abend eine Ansammlung am Rathaus statt, die sich zu imposanten Demonstrationen auswuchs, die denen vom Sonntag nichts nachgaben. Stundenlang bewegten sich die Mäße durch die Straßen der Stadt, wobei es zu einigen Zusammenstößen mit der Polizei kam. Diese drängte die Massen in Nebengassen und machte von der Waffe Gebrauch. Mehrere Personen wurden verwundet. — Der im Stadthaus eingereichte Wahlrechtsantrag wurde zur Beratung nicht zugelassen.

#### Bergmannslos.

Essen a. d. Ruhr, 14. Februar. (V. S.) Auf der Feste „Adolar“ bei Kupferdreier wurden zwei verheiratete Bergleute verschüttet. Beide waren sofort tot.

#### Nach wegen ungerechter Verurteilung.

Paris, 14. Februar. (W. Z. B.) Wie ein Telegramm aus Toulouse meldet, versuchte in dem Bürgermeisteramt des dortigen Ortes Bormes ein Mann mittels einer Dynamitbombe einen Anschlag zu verüben. Der Schreiber zertrat jedoch rechtzeitig die brennende Lunte. Der Uebelthäter feuerte dann mehrere Revolvergeschosse ab, richtete hierauf die Waffe gegen sich selbst und verwundete sich tödlich. Bevor er starb, erklärte er, er habe sich wegen einer ungerechten Verurteilung rächen wollen.

#### Die Unruhen im Osten.

Pongkong, 14. Februar. (W. Z. B.) Die aufrührerischen Truppen, die von Japanern ausgebildet sind, sind von dem Admiral Lichin in die Flucht geschlagen worden, wobei mehr als hundert von ihnen gefallen sind. Der Vizekönig hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach er für den Schutz der Fremden in dem beunruhigten Gebiet nicht garantieren kann.

#### Eine folgenschwere Explosion.

San Diego (Kalifornien), 14. Februar. (W. Z. B.) Auf dem Torpedosubmersibler „Hopkins“ der Vereinigten Staaten ist eine Explosion erfolgt, durch die fünf Mann getötet wurden.

Reichstag.

35. Sitzung vom Montag, den 14. Februar, 1 Uhr nachmittags.

Am Bundesratsitz: Sydow, von Arnim.

Das Kalifgesetz.

Abg. Gothein (fr. Vg.) schlägt vor, die vor Weihnachten eingetragene und damals zurückgehaltene Interpellation seiner Parteifreunde über den gleichen Gegenstand jetzt mit zu verhandeln. Das ist nur zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt.

Abg. Gräber (Z.) erhebt aus Zweckmäßigkeitsgründen Widerspruch.

Abg. Gothein (fr. Vg.): Dann werden wir natürlich verlangen, daß unsere Interpellation morgen auf die Tagesordnung kommt. Es findet also jetzt nur die erste Lesung des Gesetzes statt.

Preussischer Handelsminister Dr. Sydow: Der Entwurf schlägt Ihnen vor, auf die Dauer von 20 Jahren gewisse Normen für die Bewertung der Produkte der Kaliumindustrie vorzuschreiben. Er faßt die Produzenten zu einer Gemeinschaft zusammen und gibt Vorschriften, die sie beim Verkauf der Produkte zu beachten haben. Der Vorgang ist neu und nicht gerade gewöhnlich, aber neu und ungewöhnlich sind auch die Umstände, die seine Einbringung veranlaßt haben. Die Kaliumindustrie hat sich bisher zu einem Syndikat freiwillig zusammengefunden, das in gewissen Zeiten erneuert wurde und auf das dem preussischen Handelsminister ein gewisser Einfluß zustand. Der damit gewonnene Zustand war für die Konsumenten im allgemeinen befriedigend; sie hatten mäßige Preise und das Ausland mußte höhere wenn auch nicht übertriebene Preise bezahlen. Weniger befriedigend war die Entwicklung für die Produzenten. Mit dem zunehmenden Absatz wuchs die Zahl der neuen Werke und zwar außer Verhältnis zur Steigerung des Bedarfs. Von 1900—1908 ist die Zahl der am Syndikat beteiligten Werke von 15 auf 30 gestiegen. Eine Reihe anderer Werke rüstet sich mittlerweile zur Produktion, und in vier bis fünf Jahren werden etwa 100 Kaliumwerke in Betrieb sein. Zwar hat sich der Absatz in diesen 8 Jahren auch verdoppelt, aber die Beteiligung der Werke am Absatz ist geringer geworden. Im Jahre 1909 hatte der durchschnittliche Absatz auf ein Werk einen Wert von 3,7 Millionen Mark. Im Jahre 1908 betrug er nur noch 1.900.000 Mark. Von diesem Herabgehen der Rentabilität wurden besonders die guten Werke betroffen; sie fühlten sich nicht mehr im Syndikat wohl, sie waren über Gebühr beschränkt und drängten nun darauf hin, daß bei der Erneuerung der Syndikatsverträge die übrigen Werke ihren Anteil herabsetzen; sie hatten stets die Drohung bei der Hand, sonst nicht in das Syndikat einzutreten und dessen Erneuerung zu verhindern.

Als im Juli vorigen Jahres das Syndikat erneuert werden sollte, kam die Sache zum Klappen. Einer der Beteiligten des bisherigen Syndikats, der mit hinreichender Energie seine eigenen Interessen in den Vordergrund hob, verlangte in letzter Stunde die Erhöhung seines Anteils. Die Verhandlungen waren noch nicht abgeschlossen, als mit dem 30. Juni, nachts 12 Uhr, die Frist zur Erneuerung des Syndikats abließ. Bis zu diesem Termin waren die Mitglieder an die Bedingung gebunden, keinen Verkauf nach außen zu machen. Mit der Nichterneuerung des Syndikats gewannen seine bisherigen Mitglieder freie Hand. Es wurden nach Amerika Abschlüsse gemacht, die mehr als ein Drittel des ganzen Auslandsverkehrs betrafen, und zwar zu sehr billigen Preisen gegenüber den alten. Dadurch haben diese Werke einen großen Vorsprung gewonnen, und nun suchten natürlich die zurückgebliebenen Werke das gescheiterte Syndikat zu erneuern. Schließlich kam ein neuer Vertrag, an dem sich nur 2 Firmen nicht beteiligten, während das neue Syndikat wurde nominell auf 4 Jahre errichtet, aber mit sechsmonatlicher Kündigung. Diese Kündigungsfrist läßt von vornherein dem Syndikat keine Dauer voraussetzen. Eine Verlängerung des bisherigen Syndikats gelang nicht, weil die Teilnehmer in den Vereinigten Staaten die rechtzeitige Erfüllung ihrer Lieferungen verlangten.

Die Kaliumindustrie selbst ist nach allem diesem zu der Ueberzeugung gekommen, daß ohne gesetzliches Eingreifen die Herbeiführung eines geordneten Zustandes unmöglich ist. In der Kaliumindustrie ist fast eine halbe Milliarde Kapital investiert und 80.000 Arbeiter beschäftigt. Trotzdem würde ein gesetzgeberisches Ein-

greifen nicht berechtigt sein, wenn nicht Interessen der Allgemeinheit auf dem Spiele ständen. Nun steht aber fest, daß ausländische Trusts, die bereits zwei deutsche Kaliumwerke besitzen, den Zusammenbruch des Syndikats benutzen würden, um sich noch weiterer Werke zu bemächtigen. Das würde aber bedeuten, daß wir einen Trust mit überwiegendem ausländischen Einfluß bekommen und daß das Ausland deutsches Kali billiger beziehen würde, als Deutschland selbst. Deutschland kann aber nicht ein Moment der wirtschaftlichen Stärke fahren lassen, das darin liegt, daß es ein Naturprodukt ausschließlich besitzt, auf das andere Länder angewiesen sind. Schweden würde seine Erzlager und Amerika seine Petroleumquellen und Baumwollfelder auch nicht in fremde Hände übergehen lassen.

Dazu tritt dann noch das Interesse der deutschen Landwirtschaft, die in ihrem schweren Ringen mit der Auslandskonkurrenz ein hochgradiges Interesse daran hat, daß das Ausland kein billigeres Kali bezieht als sie.

Aus all diesen Gründen haben die Verbündeten Regierungen eine gesetzgeberische Einflußnahme für unaufschiebbar gehalten. Bei der Regelung der Angelegenheit werden drei Gesichtspunkte an die Spitze gestellt:

- 1. Soll die Kaliumindustrie in erster Linie den Inlandsbedarf decken,
2. sollen die Inlandspreise niedriggehalten werden, und
3. dürfen die Auslandspreise nicht niedriger sein als die Inlandspreise.

Nun ist es aber ganz unmöglich, einfach diese Grundsätze aufzustellen und die Kaliumwerke darauf zu verpflichten. Man könnte gar nicht jedes einzelne Werk kontrollieren. Darum schlägt der Entwurf vor, sämtliche Produzenten von Kalifolgen zu einer Verkaufsgemeinschaft, d. h. zu einer Betriebsgemeinschaft zusammenzufügen. Die Gemeinschaft verkauft die Produkte und verteilt den Gewinn auf die einzelnen Werke. Es ist eigentlich nur das bisherige Syndikat unter Ausschluß der Möglichkeit einseitiger Maßnahmen der einzelnen Teilnehmer. Die staatliche Einwirkung drückt sich aus in einer gewissen Bundesratskompetenz, in einer gewissen Kompetenz der Berufungskommission und in der Existenz eines Reichskommissars. Dem Bundesrat unterliegt die Genehmigung der Satzungen. Die Preise für das Inland hat zurzeit der preussische Handelsminister festgesetzt und wird künftig eigen der Bundesrat festsetzen. Der Bundesrat hat auch seine Zustimmung zu den Grundsätzen zu geben, nach denen die Beteiligung an der Betriebsgemeinschaft verjagt werden kann. Die aus dem Reichslangler ernannten und von Interessenten gewählten Mitgliedern der Betriebsgemeinschaft hat namentlich über die Beschränkung der Produktion und außerdem bei Lieferungen über die Beteiligung hinaus die Befugnisse zu bestimmen. Der Reichskommissar hat mehr eine nominelle Bedeutung. Alles andere ist der Autonomie der Betriebsgemeinschaft unterstellt. Ein auf weitergehende Produktionsbeschränkungen zielender preussischer Antrag beim Bundesrat ist aus verschiedenen Erwägungen zurückgezogen, namentlich auch im Interesse der süddeutschen Landwirte und wegen der speziellen Verhältnisse in der Provinz Hannover. Der Bundesrat hat sich, und zwar mit ausdrücklicher Zustimmung Preußens, entschlossen, die Einschränkung der Zugehörigkeit zur Betriebsgemeinschaft fallen zu lassen. Wir hoffen, daß es innerhalb des Syndikats gelingen wird, den Zutritt neuer Werke in entsprechender Distanz zu halten. Der Entwurf bestimmt, daß die Betriebsgemeinschaft auf Antrag von Mitgliedern die unmittelbare Lieferung von Kalifolgen an Dritte gestatten kann, und verpflichtet zur Innehaltung von Verträgen, die vor dem 17. Dezember 1909 geschlossen sind. Auf diese Weise wird am besten die amerikanische Schwierigkeit gelöst. Die Kaliumindustrie ist im ganzen mit dem hier vorgeschlagenen Wege einverstanden. Ueber etwa noch bleibende Schwierigkeiten wird sich wohl noch eine Verständigung erzielen lassen. Ein Scheitern des Kaliumsyndikats, wie es beim Richttagandkommen dieses Gesetzes unausweichlich sein würde, würde für die deutsche Volkswirtschaft einen unersprechbaren Schaden bedeuten.

Abg. Dr. Heim (Z.): Wir haben hier etwas ganz Beispiellofes: Statt eines Staatsmonopols ein Privatmonopol mit staatlicher Stempelung. In Oesterreich würde man das eine l. privilegierte Gesellschaft nennen. (Heiterkeit.) Andere Syndikate haben noch in ganz anderem Umfange billiger an das Ausland verkauft als an das Inland, ohne daß die Gesetzgebung sich zum Einschreiten veranlaßt sah. Ich erinnere nur an das Eiferer Kohlenyndikat. Selbstredend will ich nicht, daß an das

Ausland verschleudert wird, aber mit dem nationalen Mantel kann man alles decken und auch mit dem agrarischen. (Abg. Gothein ruft: Das sagen Sie!) Sie scheinen mich aber schlecht zu kennen. (Große Heiterkeit.) Man spricht von einer Verschleuderung des Kali, wenn es mit 200 bis 300 Proz. Gewinn verkauft wird! (Hört! hört!) Es wäre wirklich sehr unangebracht, die amerikanische Landwirtschaft mit Hilfe deutschen Kalls konkurrenzfähiger zu machen. Daß dagegen alle Mittel ergriffen werden müssen, findet unsere Billigung. Die Frage ist aber, ob die vorgeschlagenen Mittel sich empfehlen. Ueber das Verhalten gegenüber dem Ausland besteht ja ziemliche Einigkeit, aber wie man sich dem Inlande gegenüber zu verhalten habe, das ist eine schwierige Frage, über die hoffentlich Einigkeit erzielt werden wird. (Beifälliger Beifall im Zentrum.)

Abg. Fehr. v. Camp (Rp.): Ich fürchte, daß die Einschränkung der Produktion statt zur Sanierung zum Zusammenbruch führen wird. Es ist bedauerlich, daß sich deutsche Firmen gefunden haben, die einen solchen Vertrag mit Amerika abgeschlossen haben. Da muß ich mich allerdings wundern, weshalb man der Frage eines Kaliumführzolls nicht näher getreten ist, zumal da der frühere preussische Handelsminister 1909 erklärt hat, die Verbündeten Regierungen könnten ihre grundsätzlichen Bedenken gegen einen solchen Ausfuhrzoll fallen lassen, wenn er als vorübergehende Maßregel erforderlich sei. In der Vorlage fehlt ein genügender Schutz der inländischen Konsumenten gegen zu hohe Preise. Man könnte vielleicht bestimmen, daß die Preise für Landwirtschaft und Industrie gleich hoch sein sollen. Die Landwirtschaft wird schon zu hohe Preise verhindern. Redner beantragt Verweisung an eine glgliche Kommission. (Beifall rechts.)

Abg. Gothein (fr. Vg.): Der Reichstag hat oft ein Kaliführergesetz und ein Kaliführerzoll gefordert, jetzt bekommt er ein Gesetz, das zugleich Verg- und Kartellgesetz ist. Es ist aber auch danach, nämlich ein Kartellgesetz. (Sehr gut links.) Im Grunde handelt es sich hier um eine Vorlage der Bergverwaltung. Die Bergverwaltung bleibt, die Handelsminister wechseln. Der jetzige Handelsminister ist ein bei der Reichsfinanzreform berunglückter höherer Postbeamter. (Unruhe rechts. Sehr gut links.) Die Herren, die das Gesetz gemacht haben, haben wohl gedacht: Nach uns die Sündflut! Sie denken, daß sie ja nicht mehr im Amt sein werden, wenn der Staat kommt. Gewiß ist es unwürdig, wenn Kali im Ausland billiger abgegeben wird als im Inlande, denn es ist die verdammte Pflanz- und Schuldkultur der Bergbesitzer, im Inland so billig zu verkaufen wie im Ausland. Das stülten sich aber ganz besonders die fiskalischen Vertreter merken! (Sehr wahr! links.) Die Drohung der Regierung mit dem Kaliumführzoll war ein Wulst im politischen Pöbelspiel. Die Industriellen sind darauf hereingefallen. Der Entwurf ist geradezu eine Prämie auf die Neugründung von Werken. Der freie Wettbewerb, das beste nationale ökonomische Heilmittel, soll beseitigt werden und ein ungeheurer Eingriff in die Freiheit der Industrie wird ungenutet. Der Bund der Landwirte hat durch Rohstoffe am Syndikat jährlich 240.000 M. verdient. Damit dieses Geld nun noch weiter in die Bundeskasse fließt wird nach reichsgesetzlicher Hilfe gerufen. Der Bund erwarb selbst ein Kaliumwerk, angelich um Einfluß auf die Preisgestaltung zu erhalten. Kaum war das geschehen, da verlangte die „Deutsche Tageszeitung“ nach gesetzlichem Schutz! (Hört! hört! links.) Das ist die Vorgeschichte dieses Gesetzes. Der ganze Entwurf ist seiner innersten Natur nach landwirtschaftsfeindlich, er verteuert das Kali. Er ist auch industriefeindlich und liegt einzig und allein im Interesse der Spekulanten. Wir lehnen ihn prinzipiell ab, sind aber bereit, in der Kommission mitzuarbeiten. (Beifall links.)

Preussischer Handelsminister Sydow: Die starken Töne des Vorredners lassen mich kalt. (Bravol rechts.) Der Vorredner war nie ein Freund der Landwirtschaft. Die Frage des Ausfuhrzolls ist von uns eingehend erwogen worden, wir sind aber zu dem Schluss gekommen, daß er sich nicht empfiehlt. Eine Bestimmung des Ausfuhrzolls nach der Höhe der Verkaufspreise würde schon daran scheitern, daß die Verkäufer es in der Hand haben, einen Scheinpreis zu konstruieren. Die Regierung hält daran fest, daß wir mit einem Ausfuhrzoll nicht arbeiten können, weil wir unsere handelspolitische Situation gegenüber dem Ausland damit verschlechtern würden, da dann wahrscheinlich das Ausland mit Ausfuhrzollen aus Rohmaterialien, deren unsere Industrie bedarf, antworten würde. Der Hauptgedanke der Vorlage ist, daß Deutschland rechtzeitig den Verfall des Syndikats und den Uebergang wichtiger Teile des Kalibaues in ausländische Hände verhindert und damit dauernd

Preussische Justiz. Der Richter: „Angeflagter, sind Sie Sozialdemokrat?“ — Der Angeklagte: „Ja kann die Frage des Herrn Vorsitzenden nicht besser beantworten, als daß ich den hohen Gerichtshof bitte, sich zu erheben und mit mir einzustimmen in den Ruf: Seine Majestät, unser allgerühmtester König und Herr, Hurra — Hurra — Hurra“ (geschickt). (Simplicissimus\*)

Notizen.

— Vorträge. Prof. A. Vater wird am Dienstagabend 8 Uhr im Hörsaal der Urania in der Taubensstraße einen Vortrag „Ueber Dampfmaschinen“ halten. Der Vortrag wird durch zahlreiche Lichtbilder erläutert.

— Das seelranke Theater. Ein geriebener Unternehmer war auf die Idee verfallen, den reisenden amerikanischen Millionären auf der Ueberfahrt über den „großen Teich“ die Annehmlichkeiten des Theaters zu bieten. Auf der „Mauretania“, einem der modernsten Riesenschiffe, das Platz für einen solchen Vertrieh hat, sollte der erste Versuch gemacht werden. Indes erwies sich die engagierte Troupe als nicht seelkräftig genug, und so müssen sich die geplagten Kapitalisten vorläufig noch ohne Theater auf hoher See behelfen.

— „Der Komet“ ist der Name einer neuen Wochenschrift für Kultur und die Künste, die von Hermann Walden herausgegeben wird. Die Zeitschrift erscheint im Format und Aufmachung einer Zeitung und wird im Einzelverkauf 10 Pf. kosten. Die erste Nummer erscheint am 23. Februar.

— Warschauer Flugmaschine. Major v. Warschauer beschäftigt sich nicht nur mit dem großen Luftschiff, dem er eine besondere Form verliehen hat, er arbeitet auch an einer Flugmaschine. Die die „Umschau“ meldet, ist sein neuer Flugapparat nach Plau i. Mecklenburg, seiner neuerrichteten Station, übergeführt worden. Flugversuche sollen dieser Tage dort aufgenommen werden. Der Apparat, ein Eindecker, hat eine Tragflächenbreite von 14 Metern und eine Länge von sieben Metern. Ausgerüstet ist er mit einem 114pferdigen Daimlermotor. Das eigentliche Fluggestell aus Aluminium-Stahlrohr besitzt ein Gesamtgewicht von 80 Zentner. Hierbei ist allerdings die Beziehung, die aus fünf Personen bestehen soll, mit einbezogen. Um einen ruhigen, leichten und auch sicheren Auf- und Abstieg zu erzielen, ist über den Tragflächen im eigentlichen Flugkörper ein Luftschiff angebracht.

— Der Wert der Nordpolentdeckung. Der schwedische Polarforscher Otto Nordenskiöld nimmt im letzten Heft der Zeitschrift „Himmel und Erde“ Stellung zu dem gegenwärtig sich abspielenden Kampf um die Erreichung des Nordpols. Wenn auch Peary sich um die Geographie der arktischen Region hervorragende Verdienste erworben hat, so können doch Ergebnisse von wirklich großer Bedeutung für die Menschheit durch solche ständige Vereisungen kaum erwartet werden. In dieser Hinsicht ist weit mehr zu hoffen von den beiden großen Unternehmungen, die gegenwärtig in Vorbereitung sind, der Ballonexpedition des Grafen Zeppelin und der Driftfahrt des Kapitän Amundsen. Pearys Erfolg ist lediglich eine Pionierarbeit.

Kleines feuilleton.

Das Flackern des Kometen. Eine Eigenschaft des neuen, jetzt für das bloße Auge wieder verschwundenen Kometen 1910 a ist von verschiedenen Beobachtern übereinstimmend beschrieben worden, nämlich ein sonderbares Flackern im Lichte des Schweifes, und jeder wird sich wohl beim Anblick oder bei dem Berichte dieser Erscheinung gefragt haben, wie sie wohl zu erklären sein möchte. Zuverlässige Augenzeugen haben behauptet, daß ein vorübergehendes Aufleuchten des Schweifes zwar nicht in besonders hohem Grade, aber unzweifelhaft, erfolgt ist. In manchen Fällen ist der Vorgang so beschrieben worden, als ob vom Kopf des Kometen ein Lichtschein ausgegangen wäre, der sich dann aufwärts bis nach dem Ende des langen Schweifes verbreitet hätte. Man kann sich eigentlich von vornherein sagen, daß es sich hier nicht um eine Tätigkeit in der Kometenmasse selbst handeln kann, sondern nur um wechselnde Spiegelungen des Sonnenlichts, da der Komet eine selbständige Leuchtkraft bekanntlich überhaupt nicht besitzt. Dieser Schluss wird gestützt durch den Umstand, daß man das Flackern des Schweifes immer nur wahrgenommen hat, wenn das Gestirn nahe am Horizont stand. Es sind also die Dunstschichten des irdischen Luftmeeres, die hier eine Art von Augentäuschung hervorgebracht haben. — Die zunächst wichtigste Frage, mit der sich die Wissenschaft bezüglich des neuen Kometen beschäftigt, ist darauf gerichtet, ob es gelingen wird, seine Bahn mit genügender Genauigkeit zu bestimmen oder nicht. Die erste Berechnung hat jedenfalls sehr erhebliche Fehler aufgewiesen, aber es scheint, daß man sie wird berichtigen können. Der angenommenen Abstand des Kometen von der Sonne zur Zeit seiner größten Annäherung ist mit 6 1/2 Millionen Kilometern wahrscheinlich viel zu gering bemessen worden. Die Beobachtungen des Spektrums haben ergeben, daß im Kometenschweif möglicherweise Seltium enthalten ist. Es würde dann zu vermuten sein, daß der Komet diesen „Sonnenstoff“, ebenso vielleicht die hochaktive Wasserstoffsäure, bei seinem nahen Vorübergang an der Sonne aufgenommen hat. Das bleibt aber noch ein großes Fragezeichen. Die Länge des Schweifes ist von den Astronomen sehr verschieden angegeben worden. Für gleiche Zeiten schwanken die Messungen zwischen 15 und 30 Grad. Diese Abweichungen sind selbstverständlich nur durch die verschiedene Gunst der Atmosphäre bedingt.

Musik.

Eine „romantische Operette“ bekamen wir Sonnabend mit der Erstaufführung der „Rigenerliebe“ in der Romischen Oper vorgeföhrt. Seit langem sind Komponisten bemüht, ihre Opern und Operetten in eine ausgleichende Kategorie hinpufzuziehen, und gefährden ihr Wert dadurch um so mehr. Die Sturmesnacht, in der die Tochter eines rumänischen Bojaren am drausenden Wasser ihre Gefühle kundtut und dann die stille Mondnacht, in der sie an derselben Stelle aus einem Traum aufwacht, rahmen das Ganze mit interessanten Stimmungen ein. Was sie dazuweisen im ersten Bild erlebt und im zweiten anscheinend

durchmacht, tatsächlich aber nur träumt, ist — kurz gesagt: Meyerbeer in der Operette. Doch ihr der Rigener-Spielmann mehr Eindruck macht als ihr gebotener Bräutigam; daß der Gedanke an eine echte Rigenerhochzeit und an allerlei Liebesgeschichten in ihrer Familie ihr Sorgen und Träumen miterfüllen; daß all das schließlich auf eine Aneinanderreihung von Tanzduetten u. dergl. hinauskommt, die bald um so mehr langweilen, je mehr sie einem zu der Frage drängen, wo die Romantik eigentlich steckt: das kann man uns auch ohne eine genauere Wiedergabe des Textes glauben, den zwei bekannte Librettisten verfaßt haben.

Die der Komponist Meyerbeer jeden ihm vorliegenden, auch noch so weifenlosen Text mit einer hochvirtuosen und auch für Echteres geeigneten Musik überkleidet; ebenso bemächtigt sich der Komponist Franz Lehár des angebotenen Textes wenigstens auf den ersten Anblick hin. Ganz gruselig läßt er unterhalb einer Menge von ungarischen und wer weiß was für bojarischen Themen die tiefen Klavier sich tummeln, vereinigt Tonfolgen, die einander ganz fremd scheinen, löst den Widerspruch in weiche Harmonien und klagende Melodien auf und greift mit seiner reichen Geschicklichkeit überall hin, wo er dem Text und dem Publikum durch schmachthafte Liebe oder durch Singpielcouplets gefällig sein kann.

Ueber Beleuchtungseffekte und dergl. kam in der Aufführung die Romantik nicht hinaus; und ob der Chor sich mehr oder weniger zappelig tummelt, ob die Kostüme mehr von der unteren oder mehr von der oberen Donau stammen; das macht erst recht keine Romantik. Und damit nur ja der Anlauf ganz unten endet, haben sich die Applauspektakel und die Wiederholungen auf offener Szene sehr bald zusammengefunden.

All dem zu dienen, ist ein verdienstvolles Stück Ueberrindung. Der regieführende Direktor Hans Gregor, der Dirigent des tüchtigen Orchesters Selmar Meyrowitz, die Sänger von A bis Z — alle machten sie das, was vor und hinter der Romantik steht, gut und getreu.

Humor und Satire.

Revolverschnauze.

Odenburg, ein Rübenerbauer, Güter Rentier, Familienvater, Durch und durch ein Zauselhauer. Aber eine Schnauze hat er!

Kus dem ungeheuer großen Breit gequerschnitten Preußenmunde Sprudeln die Gedankenlaunen Piterweis in der Sekunde.

Anzerrnd kommen die Vokale, Und die Konsonanten prasseln, Und man hört das kolossale Wirtsauleukenhafte Quasseln.

Silben rauschen, Worte haften, Irigendwie ergibt das Säge, Und der Riesenpeischellast hat noch immer neue Schäge.

Peter Schenkl.

eine Preisbildung bewerkstelligt, wie sie den inländischen Verhältnissen entspricht. (Weiß! rechts.)

Preussischer Oberbergamtsrat v. Bessen: Herr Gothein bezog sich auf die preussische Bergverwaltung. Was diese zu tun oder zu lassen hat, hat sie vor dem preussischen Landtag zu verzeihen. (Medner verteidigt die Vorlage.)

Abg. Hausmann (natl.): Wir sind bereit, die Vorlage zu prüfen, und stimmen der Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern zu. Die Dauer des Syndikats würde man besser auf 10 statt auf 20 Jahre festlegen.

Abg. Dr. Köpcke (D. L.): Es handelt sich darum, zu verhindern, daß die Ausfuhr der Kalisalze dem Auslande größere Vorteile bringt als dem Inlande und daß der inländischen Landwirtschaft dadurch eine enorme Konkurrenz erwächst. Das ausländische Kapital beginnt schon, sich in der deutschen Kalialindustrie festzusetzen. Wenn die Aufmerksamkeit auf diese Gefahr bisher nicht gelenkt worden ist, so jedenfalls deshalb, weil das Kalisyndikat im Gegensatz zu der Politik des Kohlen-Syndikats bisher die Kalisalze der deutschen Landwirtschaft zu billigeren Preisen abzugeben hat als dem Auslande. Wenn der von uns gewünschte Ausfuhrzoll seinerzeit eingeführt wäre, wäre es zu den jetzigen Zuständen in der Kalialindustrie nicht gekommen. (Sehr richtig! rechts.)

### Abg. Sme (Soz.)

Der vorliegende Gesetzentwurf ist auf alle Fälle ein sehr interessantes Produkt. Meine politischen Freunde sind bereit, an den Kommissionsverhandlungen sehr eifrig teilzunehmen. Die Vorlage charakterisiert sich als

#### ein Sanfterklärung der Privatwirtschaft in der Kalialindustrie.

Sie beweist, daß selbst in einer Industrie, wo die Verhältnisse für die Privatwirtschaft so günstig lagen wie beim Kali, die Ausbeutung der Bodenschätze nicht mehr in den Händen von Privatkapitalisten belassen werden kann, sondern daß vom nationalen Standpunkte aus der Grundbesitz besetzt werden muß, daß das Volk den Nutzen von den Bodenschätzen haben soll. Die Regierung allerdings zieht diese Konsequenz nicht; ihre Vorlage bedeutet die Privilegierung einer Handvoll großer Unternehmer, ein Monopol, das allerdings unter staatlicher Kontrolle stehen soll, aber dessen Nutzen hauptsächlich privaten Kapitalisten zufällt. Es ist bezeichnend, daß noch keiner der Medner die Schlussfolgerung gezogen hat, daß dieser Gesetzentwurf nichts anderes ist als

#### ein Zugeständnis an den Geist des Sozialismus,

der heute durch die Welt geht, man mag es leugnen, wie man will. Was würden dieselben Herren, die diesem Gesetz zustimmen, sagen, wenn wir als Arbeitervertretung ein Gesetz verlangten, wonach alle Arbeiter ihrer Berufsorganisationen angehören müssen oder wodurch Minimallöhne festgesetzt werden? Mit Dohngelächern würden Sie es begrüßen, wenn ein solches Gesetz zum Schutz der Arbeiter verlangt würde. Hier aber verlangt Herr Köpcke Abschaffung des Kaufrechts in wirtschaftlichen Kampf und Herbeiführung geordneter gesetzlicher Zustände! Wenn Herr Köpcke sich so weiter entwickelt, könnten wir ihn unter Umständen als Wanderredner für uns gebrauchen. (Weiterlekt.)

Wenn die Arbeiter auf Grund der bestehenden Gesetze versuchen, ihre Berufsorganisation zu organisieren, bringt dann etwa der Staat einen Gesetzentwurf ein zur Bekämpfung der Streikbrecher und anderer Unruhmacher? Nein, er schickt Maschinengewehre, um die Arbeiter mit Gewalt von der Organisation fernzuhalten! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das ist der große Unterschied, daß man für die Starken eine Zwangsorganisation schaffen will zur Stabilisierung ihrer Profite, aber die Schwachen — die Arbeiter — daran verhindert, das so lächerliche Koalitionsrecht, das sie heute haben, auszunutzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Gesetzentwurf bedeutet heute eine Karte zumutung an den Reichstag. Er will — wie gesagt —

#### ein Monopol im Interesse der größten Interessenten.

Seiner Zeit hat der Abg. Eduard Lasker in einer berühmten Rede sich dagegen gewandt, daß Abgeordnete ihre Namen unter Propaganda industrieller Unternehmungen setzen. Heute aber legt die Regierung dem Reichstag einen Gesetzentwurf vor, durch welchen sie einer ganzen Reihe von Abgeordneten, die direkt und indirekt Interessenten an der Kalialindustrie sind, zumutet, ihre persönlichen Interessen höher zu stellen als die Interessen des Volkes! Man will dadurch den Reichstag korrumpieren! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diesen Versuch müssen wir mit aller Entschiedenheit ablehnen.

### Die Herren Interessenten.

Ich halte es für richtig, die Herren zu nennen, die an der Konferenz teilgenommen haben, in der über den Kalisgesetzentwurf gesprochen worden ist, damit nicht vom Volke gesagt werden kann, der Reichstag sei zu einer Schacherbude geworden, wo die Beschler ihre Nische aufstellen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es sind die Abg. Müller-Jahoda, Meyer-Kaufbeuren, Graf Cypersdorff und v. Dammern, alle Mitglieder dieses Hauses, von denen ich noch keine Handlung kenne, die mich berechtigt, ihnen eigennützige Ausnutzung ihres Mandats vorzuwerfen. Deshalb glaube ich es der Würde des Reichstages schuldig zu sein, die Herren aufzufordern, zu erklären, ob es wahr ist, daß sie mit dem ersten Interessenten des Kalisyndikats, Dr. Emil Sauer, eine Unterredung gehabt haben, in der die Grundzüge des Gesetzes vereinbart wurden und zu einem ziemlich unerbittlichen Terrorismus gegen die Außenleiter aufgeführt worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt steht jedenfalls, daß die Herren Schmidtman und Sauer von dem Handelsminister von Preußen gebürtig sind. Da frage ich, wo sind denn die Arbeitervertreter gewesen bei diesen Beratungen? Das ist eben das Charakteristische bei uns, daß man bei den wichtigsten volkswirtschaftlichen Gesetzen wohl die Interessenten, nicht aber die Arbeiter hört, obgleich außerordentlich tief in ihre Verhältnisse eingegriffen wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

An der Erhaltung der nationalen Bodenschätze mitzuarbeiten, sind wir mit Freuden bereit. Gerade wir Sozialisten haben schon vor Jahren im Reichstag auf die Anarchie in der Kalialindustrie ebenso wie in der Kohlenindustrie hingewiesen und haben zu gesetzlichem Einschreiten aufgefordert, und zwar zum Schutze der nationalen Interessen, nicht der kapitalistischen Interessen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In der Begründung dieses Gesetzes wird auch auf die bekannten Nebenillustationen hingewiesen und gesagt, daß Arbeiterentlassungen, Verminderung der Steuerkraft usw. die Folgen gewesen sind. Ja, haben wir Sozialisten nicht am 21. April 1904 hier im Hause die Regierung interpelliert: was sie gegen diese Verwüstung nationaler Bodenschätze durch das Beschlagen tun wolle? Damals aber hat die Regierung geantwortet: Sie lehne die Verantwortung der Interpellation ab, weil es sich um eine Sache der Landesgesetzgebung handele! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Heute legt sie selbst einen Gesetzentwurf vor, der dieses Beschlagen als Notwendigkeit enthält! Damals sprach Minister Köpcke sowie ein konservativer Abgeordneter mit John von der Handvoll sozialdemokratischer und ultramontaner Agitatoren, die das Beschlagen als Aufhebungsmittel gebrauchten. Hier, wo es sich um die Herren Sauer u. Genossen handelt, die mit ihrem Geldsack nicht mehr wissen mochten, hält die Regierung ein Eingreifen für notwendig! Wenn jemals der Klassencharakter sich manifestiert, so in dieser Begründung, in der man das, was man abstrahiert, wenn es sich um arme Leute handelt, benutzt, um reichen Leuten ungeheure Vorteile zu verschaffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

#### Wenn Herr Gothein meinte, daß

#### das ausländische Kapital

sich beim Scheitern des Gesetzes nicht besonders interessieren würde, Kaliswerte zu erwerben, so bin ich nicht ganz damit einverstanden. Wenn es nicht offen geschieht, wird es heimlich geschehen, daß es sich das Verfügungsrecht über die Bodenschätze der deutschen Nation zu sichern sucht. Als wir früher auf diese Gefahren hingewiesen, nannte man das „Phantastieren“, wie alles, was vor 30 und

40 Jahren vor uns vorausgesagt wurde und heute als handfeste Tatsache vor uns steht.

#### Ich möchte noch auf den

#### § 29 des Gesetzes

hinweisen. Herr Gothein, der ja Sachverständiger ist, hat das Gesetz gekennzeichnet. (Zuruf: Als eine Rißgeburt!) Ja, wir stehen ja im Zeitalter der Wechselbälle, wie die preussische Wahlrechtsvorlage beweist. (Sehr gut! links.) In ihrer Begründung weist die Regierung auf die Beschlagnahme hin, malt sie als Gespenst an die Wand, die durch den § 180 der Verträge ermöglicht sei, in § 29 des Entwurfes aber gibt sie der Vertriebsgemeinschaft selbst ein Mittel in die Hand, jeden Mißbrauch, mögen die übrigen Interessenten, die Arbeiter und die Landwirtschaft sehen, wo sie bleiben!

Daß eine Regierung in der Begründung eines Entwurfes ein Motiv anführt, gegen welches sie in dem Gesetzentwurf selbst handelt, zeigt die Art der Gesetzesmacherei. Wenn der Gesetzentwurf angenommen werden sollte — und Herr Dr. Heim hat ja mit einerseits und andererseits gesprochen —, so werden wir zunächst dafür einmal sorgen, daß die davon betroffenen Arbeiter und Beamten bei einer solchen Stilllegung hinreichende Beschäftigung bekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wo ist denn überhaupt die Vertretung einer Arbeiterkraft bei der Ausarbeitung dieses Gesetzes gehört worden? Mit dem freien Vergewaltigungswort wollen Sie ja nichts zu tun haben! Aber warum haben Sie denn nicht eine Vertretung des christlich-nationalen Bergarbeiterverbandes hinzugezogen? Eine Fürsorge für die Arbeiter ist Ihnen gar nicht eingefallen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sollte der Entwurf hier eine Mehrheit finden, so werden wir dafür sorgen, daß der Reichstag vor die Frage gestellt wird, ob in dem Entwurf

#### für die beteiligten Arbeiter Tarifverträge

vorgesehen werden. Will man den Unternehmern eine höhere Rente sichern, so ist es nicht mehr als recht und billig, auch den Arbeitern für ihre Arbeitskraft eine Rente zuzubilligen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir behalten uns Anregungen vor, wonach die Vertriebsgemeinschaft mit den Arbeiterorganisationen Tarife abzuschließen genötigt wird, durch die die Arbeitsverhältnisse auf Grund eines verständigen Minimallohnes geregelt werden. Das ist um so notwendiger, als in der Kalialindustrie selbst die bestbezahlten Arbeiter, die Klasse der Dauer, nicht einmal auf einen durchschnittlichen Lohn von 4,50 M. kommen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und das in einer Industrie in welcher Riesengewinne erzielt werden, einer Industrie, auf die sich das Kapital stürmisch wirft und in der geradezu märchenhafte Gewinne erzielt werden!

Gestern haben uns auf einer Konferenz in Magdeburg Kalialbeiter geradezu ungläubige Details mitgeteilt. Wir werden noch darauf zurückkommen, und Sie werden Ihr blaues Wunder erleben! Sie haben uns auch mitgeteilt, daß

#### die Löhne

fortgesetzt herunter gehen, zu einer Zeit, wo zufolge der Finanzreform eine Teuerung aller Lebensmittel herbeigeführt ist. In den Kohlenrevieren von Schlesien, im Ruhrgebiet und im Saalegebiet ist von 1907 bis 1909 die Lohnsumme über 64 Millionen Mark zurückgegangen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Während neben den außerordentlich gestiegenen Lebensmittelpreisen auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter gestiegen ist. Wir haben also alle Veranlassung, darauf zu dringen, daß die Interessen der Arbeiter gewahrt werden.

#### Luch

#### die Arbeitszeit in der Kalialindustrie

ist verlängert. Zwölf- und dreizehnstündige Schichten sind gemacht, in einer Zeit, in der man von Ueberproduktion redet und eine Vertriebsgemeinschaft zur Regelung der Produktion schaffen will! In dem Bezirk des Werks von Westerde, das außerordentlich hohe Gewinne hat, bekommen die bestbezahlten Arbeiter noch nicht 4 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine 8köpfige Familie muß dort in einem einzigen Zimmer wohnen. (Wiederholtes Hört! hört!) Solche Zustände sind geradezu eine nationale Gefahr! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Kalialindustrie wird uns als ein Monopol für Deutschland geschildert. Aber wenn es auch der Fall wäre, so ist sie jedenfalls

#### ein Schulbeispiel für die Unhaltbarkeit der privatkapitalistischen Ausbeutung.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie zeigt, wie man die Preise künstlich in die Höhe treibt, die Produktion und die Konsumtion künstlich einschränkt. Das wäre nicht möglich in einer Gesellschaft, in der das Wohl der Allgemeinheit die oberste Richtschnur der Staatsräson ist. (Lebhafte Zustimmung d. d. Soz.) Das Wort „Kalialindustrie ist Nationalindustrie“ müssen wir in dem Sinne wahrnehmen, daß wir dem Volke diesen Rationalerwerb sichern, indem wir ihn der privatkapitalistischen Ausbeutung entziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Begründung steht ja, daß trotz der Fortschritte der Technik die Förderquote beständig herabgesetzt wird. Die meisten Werke, die heute existieren, könnten ohne jede Vermehrung ihrer Einrichtungen das Mehrfache der heutigen Produktion leisten. Aber unter der Herrschaft des Privatkapitalismus wird die Produktion eingeschränkt. Zum Nutzen einiger weniger.

#### das Kalisyndikat am Ende seines Latens!

Aber daran wird auch der Gesetzentwurf nichts ändern, der ja das Entstehen neuer Werke nicht hindern will. Deshalb weiß ich gar nicht, wie man dazu kommen kann, diesen Gesetzentwurf als einen Gesetzentwurf zur „Hebung der nationalen Arbeit“ zu bezeichnen.

#### Von unserer Seite ist schon oft ein

#### Reichsberggesetz

verlangt worden, gerade auch zum Schutze der Arbeiter. Die Regierung aber hat immer erklärt, das sei unmöglich, man könne nicht reichsrechtlich in die Bergrechte der Einzelstaaten eingreifen. Dieser Entwurf aber und seine Begründung greift sehr kräftig darin ein! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Zum Schutze der Arbeiter war das unmöglich, jetzt aber, da die Unternehmer einer Reihe von Werken nicht die freie Konkurrenz haben wollen, also zum Schutze der Unternehmer, da kommen Sie sofort mit einem Gesetzentwurf des Reiches. (Lebhafte Zustimmung d. d. Soz.) Während die Löhne der Arbeiter noch nicht 1200 M. betragen, verdienen die Werke auf den Kopf des Arbeiters 1250 M., wie die Gewerkschaft „Hohenzollern“, 1700 M. wie die Gewerkschaft „Deutschland“. Bei 2 Millionen Umsatz haben sie einen Gewinn von 600 000 M., also

#### 30 Prozent!

Wären die Kaliswerke einzig, so könnten sie sogar 50 Proz. Gewinn erzielen. Ein Vertreter der Kalialindustrie sagte gutachtlich über dieses Gesetz, daß es

#### ein plummes fiskalisches Gesetz

sei. Wenn die Industrie selbst solche Meinung hat, so fehlt für den Reichstag doch jede Veranlassung, sich hier noch lange mit einerseits-andererseits abzugeben. (Sehr richtig! links.)

Man darf auch nicht sagen, die Preise müssen so hoch gehalten werden wegen der Löhne der Arbeiter. Auf dem historischen Werte in Staßfurt betrug die Produktion auf den Kopf des Arbeiters vor 20 Jahren 270 Tonnen im Werte von 3000 M., im Jahre 1908 dagegen 388 Tonnen im Werte von 4000 M. Wir sehen also eine eifrige Steigerung der Leistung der Arbeiter trotz außerordentlich schlechter Entlohnung. Wenn man hört, daß Herr Schmidtman nach Amerika für 7,20 M. verkauft und dabei noch verdient, während das Kalisyndikat 19 bis 14 M. nimmt, so muß doch etwas dahinter sein, und ich sollte mich der Forderung des Dr. Heim an, daß wie in der Kommission verlangen, daß uns die Wirtschaftlicher des Syndikats vorgelegt werden, damit wir die Selbstkosten feststellen können. Sonst ist es ganz unmöglich, auf

das Gesetz einzugehen, selbst wenn man auf dem Standpunkt der Herren dort drüben steht. (Lebhafte Zustimmung links.) Erst diese Unterlagen werden uns die Basis für ein Urteil darüber geben, was man den Arbeitern an Löhnen zahlen könnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

#### Luch

#### die Kalivertwendung

interessiert jeden kleinsten Haushalt. Farbstoffe werden mit Kali hergestellt, photographische Präparate. In der Metallindustrie werden Kalipräparate benutzt, in der Glasindustrie braucht man es bei den Edelgläsern. Also die Kaliprodukte sind ungemein verbreitet. Dazu kommt

#### Die Verwendung in der Landwirtschaft.

Vor Jahren schon haben wir den Zusammenbruch der anarcho-syndikalistischen Wirtschaft in der Kalialindustrie vorausgesagt. Vor sechs Jahren forderte ein Parteigenosse von mir den Bundesrat auf, seinen Einfluß auf die preussische Regierung geltend zu machen, um der Landwirtschaft das Kali möglichst billig zur Verfügung zu stellen. Wir haben noch viele Landstriche in Deutschland, die durch die Verwendung von Kalidünger ertragsfähig gemacht werden könnten. Wir Sozialdemokraten halten die Landwirtschaft für einen ebenso vornehmen Zweig der Volkswirtschaft wie die Industrie. Wir wissen, daß durch die hohen Kalipreise die kleinen und mittleren Bauern im Verbrauch des Kalis außerordentlich gebremst werden. Gerade in ihrem Interesse verlangen wir, daß das Kali ihnen so billig wie möglich gegeben wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren rechts sind nicht die Vertreter der Landwirtschaft, die wahren Vertreter in der Landwirtschaft sind vielmehr die, die das Interesse der Kleinen vertreten. Im Interesse der Kleinen verlangen wir die

#### möglichste Verbilgung des Kali und Aufstellung an die Landwirte ohne die Vermittlung der Organisation, die einen politischen Charakter hat.

(Lebhafte Zustimmung links.) Wir wünschen, daß zunächst für unsere Landwirtschaft gesorgt wird, denn je mehr unsere Landwirtschaft produziert, um so unabhängiger können wir vom Auslande werden. Es wird auch die Zeit kommen, in der auch die Bauern erkennen, daß die wahren Vertreter ihrer Interessen nicht die Großgrundbesitzer sind. (Lebhafte Zustimmung links.)

Das Vetorecht, von dem der Entwurf spricht, soll nicht nur dem Landwirtschaftsminister in Preußen, sondern auch dem Reichsfinanzminister und Bundesrat zustehen. Das ist gefährlich wie gesprungen, denn der Bundesrat ist der Herr von Preußen. Kein

#### das Koalitionsrecht

gehört auf jeden Fall dem Reichstag. Wir müssen die Gewißheit haben, daß das Gesetz auch so ausgeführt wird, wie es vom Reichstag beschlossen wird. Herr Dr. Heim, der sich hier gegen das Vetorecht des Reichstages ausspricht, hat sich an anderer Stelle dafür ausgesprochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Bund der Landwirte bekommt von dem Kalisyndikat eine rein materielle Vergünstigung. Er hat mit dem Syndikat eine Art Kartellvertrag abgeschlossen, worin auch ausgemacht ist, daß andere Landwirte, die nicht dem Bund der Landwirte angehören, die Kalisalze teurer bezahlen müssen, indem ihnen der Rabatt nicht zur Verfügung gestellt ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Interessant ist weiter, daß der Bund der Landwirte Kaliselerde besitzt, die minderwertige Salze enthalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und

wenn das Zwangs syndikat nicht zustande kommt, so würde der Bund der Landwirte seine Gelder, die er da hineingesteckt hat, verlieren! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir im Reichstag sind doch nicht dazu da, eine private Gesellschaft vor finanziellen Schädigungen zu bewahren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen wimmelt es

#### auf den Kalifeldern des Bundes der Landwirte

von Mißständen aller Art. Erst vor wenigen Tagen ist infolge Mißachtung polizeilicher Vorschriften ein schweres Unglück passiert.

Es sind acht Leute abgestürzt, vier schwer verletzt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man spricht immer vom Terrorismus der Sozialdemokratie, selten aber ist unter Führung des preussischen Fiskus ein so

#### unerhörter Terrorismus

ausgeübt worden wie in der ganzen Geschichte der Kalialindustrie. Es ist dort alles geschehen, um die Outsider in Grund und Boden zu ruinieren. Ich habe gewiß für die Outsider keine Sympathie, sie sind ebenso viel wert wie die Streikbrecher. Ich wünsche nur, daß die Regierung die Organisation der Arbeiter ebenso schlägt, wie sie das Kalisyndikat vor den Outsidern geschützt hat. Restige Summen sind in Arriere gelegt worden, um gelegentlich Kompensations um 40 bis 60 Proz. niedriger zu stellen und so einen Outsider zum Einbullen des Syndikats zu zwingen. In den letzten Monaten hat man alles getan, um den vielgenannten Herrn Schmidtman in der öffentlichen Meinung zu kompromittieren. Wenn von Arbeiterseite so etwas geschieht, nennt man es Verrücktheit und ruft nach dem Staatsanwalt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Selbst zum Vertragsbruch hat man unter Führung des Fiskus aufgefordert, das Syndikat werde die Unkosten decken! Dieselben Herren heuln über den Kontraktbruch der Arbeiter! Die „Vossische Zeitung“ vom 24. Dezember konstatiert, daß in der berückeligen Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1909 der Minister erklärt hat, daß, wenn das Syndikat nicht zustande käme, mit Ablauf des Monats Juni der Fiskus sofort mit außerordentlichen Verkäufen vorgehe. Also die preussische Regierung sieht den

#### Kontraktbruch als legales Mittel

an. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Welche Heuchelei gehört denn dazu, um vom Terrorismus der Arbeiter zu sprechen, wenn diese sich gegen Streikbrecher wehren. Der „Börser-Courier“ berichtet im November 1908, daß das Kalisyndikat einen erfolgreichen Schlag gegen die Schmidtmanngruppe dadurch geführt habe, daß es ihm gelungen sei, die Eisbergladepöle zu sperren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Fiskus hat nichts getan, um diesen Terrorismus zu hinterreiben; aber gegen die armen Leute, die in Rußland ihre Lebensgrundlage zu verbessern suchten, wird heute in Halle ein Schwurgerichtsprozess wegen Terrorismus veranstaltet! Das charakterisiert am besten den Klassenstaat.

Wir erheben die Forderung, daß die Schätze des nationalen Bodens auch für die Nation verwertet werden und daß das, was Mutter Natur uns geschenkt hat, nicht verschwendet werden soll an eine Gruppe von ungeheuer reichen Spekulant, die uns jetzt hier durch den Mund der Regierung zumuten, ihre Profite zu stabilisieren.

In mehreren deutschen Bundesstaaten, in Sachsen und anderen ist die Verleihung bereits dazu übergegangen, die private Ausbeutung der Bodenschätze einzuschränken. Noch weiter ist man in Oesterreich gegangen, wo die Vergräber für überflüssig, geradezu für schädlich erklärt worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Holland, in Schweden sehen wir ähnliches. Da ist es doch eine starke Zumutung, um einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das gerade Gegenteil will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit allem Nachdruck haben wir zu fordern, daß das, was dem Volke gehört, auch für das Volk verwertet wird.

#### So wie es vorliegt, ist der Entwurf für uns unannehmbar.

#### Unserer Forderung nach der

#### Verstaatlichung der Bodenschätze

steht Herr Gothein noch in der alten monarchistischen Auffassung gegenüber. Aber diese Auffassung hat sich überlebt, wir leben jetzt in ganz anderen Verhältnissen. Die Produktion für die Ge-

meinschaft zu leisten, dafür fehlt es auch heute in unserer Regierung an den Stellen, die für die Volkswirtschaft in Betracht kommen, nicht an den notwendigen Intelligenzen. Sollte es aber der Fall sein, so sind in der Privatindustrie Intelligenzen genug vorhanden, die ihre Dienste bei entsprechendem Angebot zur Verfügung stellen. Dieser Reichthum würde trotz der Finanzreform in der Richtung des Volkes erheblich steigen, wenn er sagen könnte: Wir haben dich, Volk, vor der privatkapitalistischen Ausbeutung eines so wertvollen Bodenschatzes wie das Kali beschützt. Die Unternehmern rufen die Gesetzgebung an für sich, wir dagegen für das Gemeinwohl.

Herr Dr. Hige führt in seiner Schrift „Kapital und Arbeit“ aus, daß es ein unerträgliches Zustand ist, wenn die Arbeitsmittel ungenutzt liegen und die Arbeiter dabei verhungern; wenn unsere Gesellschaft das nicht beseitigt, sei sie wert, zugrunde zu gehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Zeiten des Aufschwunges hätten wir zu viel Kapital und zu wenig Arbeit, in Zeiten des Niederganges zu wenig Kapital und zu viel Arbeit. Hier müßte ein Ausgleich gefunden werden, und wenn es keinen anderen gebe, so auf dem Wege des Sozialismus! (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ordnen Sie die anarchischen Zustände der Rastindustrie zugunsten der Allgemeinheit. Ueberlassen Sie die Ausbeutung dieser Bodenschätze nicht einer Handvoll Kapitalisten, sondern sichern Sie diesen unermeßlichen Schatz unseren Nachkommen. Sie werden es vor den Nachkommen nicht verantworten können, wenn Sie die Gelegenheit unbenutzt vorübergehen lassen. Dieser Gesetzentwurf will den Staatssozialismus für die Milliardäre. Wir wollen den Sozialismus für das Volk und wir sind der festen Überzeugung, daß wir trotzdem und alledem unsere Aufgabe durchzuführen werden; wenn nicht mit diesem Reichthum, so mit einem anderen, vom Volke gewählten; die nationalen Bodenschätze dem Volke zu erhalten! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Oberbergshauptmann v. Bessen polemisiert gegen Hue. Die Bergbehörde habe in keiner Weise illegal gehandelt. Es liege in der Natur der Dinge, daß gerade manche Söhne alter bergindustrieller Familien sich im finanziellen Verdienste befinden. Weit zurückgewiesen aber müsse die Andeutung werden, als ob die staatlichen Bergbehörden in unzulässiger Weise von der privaten Bergindustrie beeinflusst werden. (Bravos rechts.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Kunne ich dem Hause vor, sich zu verlagern. (Heiterkeit und lebhafter Beifall. Es ist inzwischen 8 Uhr geworden.)

Persönlich bemerkt  
Abg. Voß (fr. Vg.): Man hat mich angegriffen, weil ich private Verfügungen des früheren Ministers Bresselt in die Öffentlichkeit gebracht habe. Man sprach von Vertrauensbruch. (Sehr richtig! rechts.) Der Minister Bresselt hat mich gebeten, die Verfügungen nicht während seines Lebens zu veröffentlichen. Darin lag indirekt die Genehmigung, sie nach Bresselts Tode zu veröffentlichen. (Sehr richtig! links, Widerspruch und Schlußrufe rechts. Gegenrufe links: Ruhe!)

Handelsminister Spahn: Wenn der Minister Bresselt den Abgeordneten Voß gebeten hat, die Verfügungen während seines Lebens nicht zu veröffentlichen, so war damit doch der vertrauliche Charakter der Mitteilungen auf das schärfste ausgedrückt. Die Mitteilungen dürften also nicht an die Öffentlichkeit gebracht werden. (Stürmische Zustimmung rechts, fürnämlicher Widerspruch links.)

Erneut wird die Vertagung beschlossen.  
Persönlich bemerkt  
Abg. Graf Oppersdorf (B.), daß er mit den Kaliinteressenten, die sich an ihn wandten, verhandelt habe, wie doch oft Abgeordnete mit Interessenten verhandeln, die sich an sie wenden. An der Kaliindustrie sei er, Redner, sowie der Abgeordnete Müller-Gulda mit seinem Pfennig beteiligt (Lebhaftes Hört! hört!) — fast möchte er sagen: leider! (Stürmische Heiterkeit.)

Die Abgeordneten Mayer-Kaufbeuren (B.) und v. Dammberg (Welfe) geben entsprechende Erklärungen ab.

Abg. Dr. Hilde (L.) erklärt, er sei erst Gewerke geworden, als vom Bund der Landwirte der Vertrag mit der Kaligesellschaft geschlossen gewesen sei. An dem erwähnten Unfall sei er um so weniger schuld, als er in gar keiner Beziehung zu der Betriebsleitung stehe.

Abg. Dr. Fleischer (B.) erklärt, daß er jeden Terrorismus verwerfe.

Abg. Voß (fr. Vg.): Der einfache Anstand hätte verlangt, daß der Handelsminister nach meiner Richtigstellung die schwere Beschuldigung des Vertrauensbruchs zurückgenommen hätte. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Abg. Que (Soz.): Ich habe nicht einmal angedeutet, geschweige denn behauptet, daß Dr. Hilde bei dem Ankauf des Kalimerzes irgendwie illegal gehandelt habe.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag, 1. März. (Nachher 1. Lesung des Arbeitskammergesetzes.)

Schluß: 8 1/2 Uhr.

## Der große Mansfelder Streikprozeß.

Dalle, 14. Februar.

Vor dem hiesigen Schwurgericht nahm heute der große Mansfelder Aufstand seinen Anfang, nachdem in der letzten Woche bereits einige vor dem eigentlichen Streik liegende Vorgänge abgeurteilt worden waren. Jetzt handelt es sich um eine Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs gegen zehn Personen, darunter eine Frau, und gegen zwei Personen wegen einfachen Landfriedensbruchs. Es sind dies der Schlosser Lohse, der als Hauptangeklagter in Frage kommt, die Vergleute Marzke, Schöfer, Schneider, Kaczmarek, Schröder, Regel, Vieler, Brüßahn, Schöbe und Pingel, sowie die Fabrikarbeiterin Frau Müller. Die Angeklagten stammen sämtlich aus Hettstedt oder dem benachbarten Wolmeß und befinden sich teilweise in Untersuchungshaft. Der heute zur Anklage stehende Vorgang ereignete sich am Gemerkschaftsbahnhof des Niemandswaldes. Dort erwartete eine nach Zaufenden zählende Menge Streikender mit ihren Frauen und Kindern die Ankunft eines Zuges mit Arbeitswilligen. Erobdem der Zug aus Gründen der Vorsicht schon vor dem Bahnhof hielt, kam es dennoch zu tumultuarischen Szenen. Die Streikenden nahmen die Arbeitswilligen in die Wille und sollen nach der Anklage dieselben verhöhnt, beschimpft und geschlagen haben.

Den Vorsitz führt wiederum Landgerichtsdirektor Rehsandt, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Hildebrand, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Reichsgerichtsrat Wolfgang Helms-Verlin und Landbesitzer-Magdeburg Unter den vorgeladenen 80 Zeugen befinden sich die Hüttendirektoren Bleicher und Pfeiffer, Ortsältesten, Obersteiger und Steiger, viele Vergleute, Gendarmen, Garküchen, u. a. m.

Der Andrang zu der Verhandlung ist sehr groß, indes finden nur wenige Personen Einlaß. Der erste Angeklagte, Schlosser Lohse aus Hettstedt, gibt an: Im Oktober vorigen Jahres brach auf der Mansfelder Gewerkschaft ein Streik aus. Die Gewerkschaft hatte vierzig Mann entlassen, weil sie sich dem Bochumer Bergarbeiterverband angeschlossen hatten. — Vorf.: Waren Sie am 21. Oktober bei Kupferhammerhütte? — Angekl.: Ja, gegen 1/2 Uhr nachmittags bin ich nach Kupferhammerhütte gegangen, um zu sehen, welche Leute noch arbeiteten. Als die Arbeitswilligen aus dem Zuge ausstiegen, waren, bin ich hinter ihnen hergegangen. Verschiedene Polizeibeamte hielten uns bei dem Hause des Hüttendirektors an, so daß ein Raum von 25—30 Schritt zwischen uns und den Arbeitswilligen bestand. Wir sind dann weiter gegangen bis zur Wibraer Straße, da sah ich, wie der Gendarm Giesemann einen Mann festhielt, der in die Straße hineingehen wollte. Ich ging dann die Wibraer Straße hinab und sah auf dem Markt wieder mit dem Zug zusammen. Da wurde ein Wachmeister umzingelt. Vor dem Saalraum erhielt ich einen Schuß von einem etwa 30 Jahre alten Mann. Ich sah dann, daß der Bergmann Hannemann einen Dolch hatte. Ich sah

ihn am Handgelenk und nahm ihm den Dolch weg. Als Polizisten hinzukamen, teilte ich ihnen das mit und wollte sie veranlassen, den Hannemannschen Dolch abzunehmen; sie taten das aber nicht, und ich nahm den Dolch mit nach Hause. Ich ging dann in eine Versammlung. — Vorf.: Haben Sie gesehen, daß bei Kupferhammerhütte eine große Menschenmenge mit Beschrei und Gejohle den Zug der Arbeitswilligen empfangt? — Angekl.: Ja. — Vorf.: Ist mit Steinen und Sand nach den Arbeitswilligen geworfen und auf sie gespußt worden? — Angekl.: Daß gespußt wurde, habe ich gesehen. — Vorf.: Hannemann marschierte in dem Zuge der Gendarmen. Wenn er einen Dolch bei sich hatte, konnten Sie sich da nicht sagen, daß er diesen Dolch zu seinem Schutze trug? — Angekl.: Damals stand Hannemann allein. — Vorf.: Hat Hannemann mit dem Dolch etwas getan? — Angekl.: Getan hat er nichts. — Vorf.: Sie sollen Hannemann auch geschlagen haben. — Angekl.: Nein. — Vorf.: Es bestand eine besondere Wut auf Hannemann, weil er früher dem Bochumer Verband beigetreten, aber wieder ausgetreten war.

Der zweite Angeklagte, Bergmann Marzke aus Wolmeß, ist am 4. Oktober in den Streik eingetreten. — Vorf.: Waren Sie in der Versammlung am 20. Oktober, in der der Bergmann Red die scharfe Parole ausgegeben hat? — Angekl.: Es ist mir davon erzählt worden. — Vorf.: Sie sind dann mit dem Zuge mitgegangen? — Angekl.: Ja, ein Stück. Ich habe gesehen, wie Lohse den Hannemann an der Hand nahm. Ich hörte nur den Ruf: Hannemann hat ein Messer! Ich drehte mich dabei um und sah den Dolch direkt auf mich gerichtet. Ich dachte, er wolle mich stechen, und holte deshalb mit dem Stod zum Schläge aus. Geschlagen habe ich aber nicht. Ich fiel mit zu Boden, weiter habe ich nichts gesehen. Im übrigen möchte ich Verwahrung einlegen gegen die Behauptung, daß der Bochumer Verband ein sozialdemokratischer Verband ist. — Vorf.: Ich habe nur gesagt, Sie sollen sich nach der Anklage dieser Agitation schuldig gemacht haben. — Staatsanw. Hildebrand: Das wird von der Anklage gar nicht behauptet. — Vert. Rechtsanw. Landberg: In der Anklage ist nur davon die Rede, daß die 40 Mann wegen Ausübung des Koalitionsrechts gekündigt worden sind. — Vorf.: Aus dem ganzen Inhalt geht hervor, daß die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie der Beweggrund zur Kündigung war. — Vert. Rechtsanw. Landberg: Das nimmt die Anklage nicht an. Lediglich der Anstoß an den Bergarbeiterverband war bestimmend für die Kündigung.

Der Angeklagte Bergmann Friedrich Schneider aus Hettstedt soll einen arbeitswilligen Bergmann einen „reichstreuern Kropel“ genannt und ihm einen Stoß versetzt haben. Als der Arbeitswillige davonrannte, soll der Angeklagte ihm nachgerufen haben: Am nächsten Morgen werde ich Dich in der Schlucht abfangen!

Der folgende Angeklagte, Häuer Johann Kaczmarek aus Hettstedt, ist aus Neugierde in die Nähe des Zuges gegangen; er hat aber nicht an dem Zuge teilgenommen. Der Angeklagte will auch nicht geschlagen haben.

Der Angeklagte Bergmann Casar Schröder soll dem Arbeitswilligen Wille am Saigerort einen Tritt vor das Gesicht gegeben haben. — Angekl. Schröder: Das bestritte ich, ich habe es nicht getan.

Der folgende Angeklagte, Bergmann Adolf Regel aus Wolmeß, bestritt ebenfalls, sich irgendwie schuldig gemacht zu haben. Er will von dem Polizeiergeanten Welver ohne Grund geschlagen worden sein. Er habe sich dagegen gewehrt und den Polizeiergeanten Welver gefragt, ob er verrückt sei, ihn ohne Grund zu belästigen. — Vorf.: Die Anklage nimmt an, daß Sie verflucht haben sollen, die zum Schutze der Arbeitswilligen aufgestellte Gendarmerie zu durchbrechen. Dabei ist dem Polizeiergeanten Welver ein Stoß vor die Brust versetzt worden. Außerdem sollen Sie ihn mit Füßen getreten haben. — Angekl. Regel: Das ist nicht wahr. — Vorf.: Sie sollen den Polizeiergeanten beschimpft und ihm zugerufen haben: Lump! Vagabund! Polizeiergeant! Schlägt den Hund tot, der will sich nur aufspielen! — Angekl.: Das ist nicht wahr.

Der achte Angeklagte, Bergmann Otto Vieler, war Ordner der Streikenden. Er soll zwei Arbeitswilligen Fußtritte versetzt haben. — Der Angeklagte Vieler bestritt das. — Vorf.: Dem Arbeitswilligen Schmidt sollen Sie zugerufen haben: Wage es nicht, morgen auf den Schacht zu kommen; ich renne Dir sonst das Messer in den Hals! — Angekl. Vieler: Den Mann kenne ich gar nicht, ich habe so etwas überhaupt nicht gesagt. — Vorf.: Es wäre auch mit Ihrer Eigenschaft als Ordnungsmann nicht recht vereinbar gewesen.

Der folgende Angeklagte, Bergmann Adolf Brüßahn aus Hettstedt gibt an: Ich war während des Streiks im Streikbureau tätig und habe dort Vorkaschen erbeutet. Auch dieser Angeklagte bestritt, sich schuldig gemacht zu haben. Er sei seinerzeit von einem Arbeitswilligen ohne Grund angefallen worden.

Die Angeklagte, Fabrikarbeiterin Antonie Müller aus Hettstedt, bestritt ebenfalls jede Schuld. — Vorf.: Sie sollen verflucht haben, als der Ruf erklang: Hannemann heraus! den insinuirlichen verfluchten Bergmann Hannemann aus dem Zuge herauszuweisen. — Angekl.: Ich habe niemanden angefaßt.

Die beiden letzten Angeklagten, Bergmann Friedrich Schöbe aus Hettstedt und Bergmann Paul Pingel aus Burgörner, die wegen einfachen Landfriedensbruchs angeklagt sind, bestritten ebenfalls jede Schuld.

Damit war die Vernehmung der Angeklagten beendet.

## Der 10. Jahreskongreß der britischen Arbeiterpartei.

Report, 10. Februar. (Eig. Ber.)

Die Delegierten begannen heute die Beratung über die eingelaufenen Resolutionen, von denen die erste die Diätenablenkung an die Fraktionsmitglieder betraf. Es wurde beschlossen, den Parlamentsabgeordneten die Summe von 200 Pfund Sterling für die normale Parlamentstagsung (Februar—August) zu zahlen. Im Falle der Einderufung einer Herbsttagung sollen Zusatzdiäten von 50 Pfund gezahlt werden.

Auf Antrag des Holzarbeiterverbandes erhielten die der Partei angeschlossenen Frauenorganisationen das Recht, an der Wahl des Parteivorstandes teilzunehmen. Dieses Recht soll jedoch erst beim nächstjährigen Kongreß in Kraft treten.

Sobald wurden die Resolutionen der Weber und Textilarbeiter sowie des Huddersfelder Gewerkschaftsartikels vorgenommen, die die Parteiforderungen dahin amendierten wollten, daß die Parteikandidaten nicht nur als Arbeiterkandidaten, sondern auch als Arbeiter- und sozialistische Kandidaten auftreten sollten. Es handelte sich bei diesen Resolutionen darum, die Arbeiterpartei in eine sozialistische Arbeiterpartei zu verwandeln und gleichzeitig das Hindernis zu beseitigen, das einem Anschlusse der Sozialdemokratischen Partei (S. D. P.) an die Arbeiterpartei im Wege steht. Die Mitglieder der S. D. P. können es nicht über sich bringen, das Adjektiv „sozialistisch“ in ihrer Kandidaturbezeichnung fallen lassen zu müssen. Die Resolutionen wurden vertreten vom Walsinghamer Dutton (nicht Butler, wie in der Depesche irrtümlich angegeben wurde), der etwa sagt: In seiner Eröffnungsrede hat der Vorsitzende Keir Hardie in klarer und dankenswerter Weise den sozialistischen Charakter unserer Partei betont. Er hat mutig gehandelt, aber tatsächlich nur das ausgesprochen, was ist. Viele von uns sind sich vollständig bewußt, daß sie Sozialisten sind, und viele von uns sprechen und handeln sozialistisch, ohne sich dessen bewußt zu sein. Der Sozialismus enthält nichts, wessen wir uns zu schämen brauchen. Und die Sozialisten bilden die Triebkraft unserer Partei; sie formulieren für uns die Politik und geben uns eine große und umfassende Gedankenwelt. „Labourismus“ (Arbeiterparteiwesen) enthält weniger als Sozialismus. Er bildet nur einen Teil des letzteren. Es wäre deshalb logisch, das richtige Wort zu gebrauchen und uns Sozialisten zu nennen.

Quadrader Aree, zweiter Redakteur der „Justice“, unterstützte die Resolutionen und führte aus: Die Wahlen der letzten Jahre

haben uns mit aller Deutlichkeit gelehrt, daß wir, ob wir wollen oder nicht wollen, als Sozialisten betrachtet und bekämpft werden. Wir sind als Sozialisten verschrien und man wirft uns allen die Verbrechen vor, daß wir die Religion, die Familie, die Monarchie usw. zerstören wollten. Warum sollen wir nicht den Mut haben, auch offiziell als Sozialisten aufzutreten? Ich gebe zu, ich verfolge mich der Unterstützung der Resolutionen auch den Zweck, der S. D. P. den Eintritt in die Arbeiterpartei zu ermöglichen. Allein dieser Eintritt würde viel weniger zur Stärkung der Arbeiterpartei beitragen. „Labourismus“ ist ein enger Begriff. Wir alle streben nach etwas mehr als nach Arbeiterpolitik, und Garbie hat das gestern mit großer Wärme in seiner Eröffnungsrede ausgesprochen. Nehmen wir die Resolutionen an, so werden wir allen Sozialisten den Anschluß an die Partei ermöglichen, wodurch wir an Wissen und Energie, an Hingebung und Schwung erheblich gewinnen werden.

Gegen die Resolutionen sprach vorerst der Liverpooler Doderführer Setton, ein wichtiger und nüchternen Arbeiterpartei. Seine Ausführungen gipfelten in den Sätzen, daß die Bezeichnung „Labour Candidate“ alle Sektionen der Arbeiterbewegung zum Inhalt und zu ihrem sorgfältigen Wachen viel beigetragen hat. Die Arbeiterpartei ist nicht engbergig; sie gestattet jedem ihrer Mitglieder, für den Sozialismus zu wirken, ebenso wie sie jedem gestattet, für den Trade-Unionismus Propaganda zu machen oder das Genossenschaftswesen zu fördern. Das Wort „Labour“ schließt alle diese Richtungen ein. Eine Änderung der Konstitution ist deshalb nicht nötig.

Im Namen des Parteivorstandes sprach der Arbeiterabgeordnete Lyons (Manchester) gegen die Resolutionen und erklärte, der Parteivorstand ersucht den Kongreß, sich in so überwältigenden Stimmengahlen gegen die Änderung der Konstitution der Partei zu wenden, daß dieser Antrag, der seit Jahren immer wieder eingebracht wird, in Zukunft nicht mehr den Kongreß beschäftigen soll. Wenn wir das Adjektiv „sozialistisch“ gestatten, so werden wir die Abjektive „gewerkschaftlich“, „genossenschaftlich“ oder „progressiv“ nicht ablehnen können, wodurch wir nur Uneinigkeit in die Partei brächten. Wir wollen die Arbeiterinteressen fördern, und indem wir uns bemühen, diesen Zweck zu erreichen, fördern wir auch die Interessen des Sozialismus und der Menschheit. Wir suchen das Wesen der Dinge zu erfassen und nicht Namen und Marken auszusprechen.

Die bereits telegraphisch mitgeteilt, wurden die Resolutionen mit 1492 000 gegen 44 000 Stimmen abgelehnt.

Eine ziemlich lange Debatte riefen auch die Resolutionen über das

### Haus der Lords

heraus. Eine Resolution (Battersea) wandte sich gegen eine „nicht-gewählte zweite Kammer“; eine andere Resolution wandte sich gegen „eine zweite Kammer überhaupt“. Die Redner konnten — nach den monatelangen öffentlichen Diskussionen über diesen Gegenstand — nichts Neues sagen. Der Kongreß war seiner Ansicht nach geneigt, sich gegen jede zweite Kammer auszusprechen, aber Henry Derson, der Führer der Parteifraktion, erhob sich und erklärte, es wäre am besten, wenn der Kongreß sich nicht gegen jede zweite Kammer überhaupt, sondern nur — wie es im Wahlmanifest der Partei hieß — gegen das Haus der Lords wandte. Dann sagte er: „Der Parteivorstand beschloß, einen außerordentlichen Parteikongreß einzuberufen, sobald die Regierung ihren Reformplan veröffentlicht hat. Die Fraktion wird sich in ihrer Haltung zu dem offiziellen Reformplan vollständig von den Beschlüssen des außerordentlichen Parteikongresses leiten lassen. Es handelt sich hier nicht mehr um fromme Wünsche, sondern um eine aktuelle Frage, zu der wir im Interesse des Ausbaues der Demokratie Stellung nehmen müssen.“

Die Resolution gegen das Haus der Lords wurde hierauf fast einstimmig angenommen.

Ebenso nahm der Kongreß die Resolution an, die ein neues Metakalminengesetz zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in modernem Sinne und die Beschäftigung von staatlich geprüften Chemikern in den Minen verlangten.

Der Parteivorstand wurde beauftragt, eine Wahlreformvorlage einzubringen, die allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen gewährt, das Pluralvotum abschafft, die Vornahme der Wahlen an einem und demselben Tage ermöglicht und die Wahlen und die Diätenkosten dem Staate auferlegt. Bei der Diskussion über diesen Antrag wurden von den Delegierten manche Absurditäten des bestehenden Wahlrechts enthüllt. Setton erzählte, in Liverpool stimmten mehrere Personen, die seit Monaten tot sind, d. h. deren Namen blieben auf den Wahllisten und ihre Rechte wurden von anderen Personen zugunsten der bürgerlichen Parteien ausgeüht.

Ueber den Antrag betreffend Einführung von Verhältnis- oder Stichwahlen konnte sich der Kongreß nicht einig werden. Die Regierung veranlaßte gegenwärtig eine Enquete über verschiedene Wahlssysteme, um die besten Methoden kennen zu lernen und sich ihrer bei der nächsten Wahlreform zu bedienen. Der Kongreß beschloß, das Resultat dieser Enquete abzuwarten, inzwischen aber sollen die Delegierten sich mit dem Wesen der Verhältniswahlen bekannt machen.

Eine lange, lehrreiche und ungemein sachliche Debatte knüpfte sich an folgenden Antrag der Elektriker: Die Arbeiterpartei wird beauftragt, die Annahme von Initiativanträgen, die auf Erteilung von staatlichen Konzessen abzielen, zu verhindern, bis die betreffenden Interessenten sich verpflichtet, den Arbeitern den Achtstundentag zu gewähren.

Um diesen Antrag zu verstehen, ist es nötig hervorzuheben: Wenn Initiativen in England die Unternehmer von Eisenbahnen, Tramlinien usw., ebenso die Gemeinden, die Verkehrsmittel, Gas, Wasser, Elektrizität usw. in eigener Regie übernehmen, die Sanktion des Parlaments hierzu haben. Zu diesem Zweck bringen sie „Private Bills“ (Initiativanträge) ein, die das Parlament passieren müssen, ehe die Unternehmer an die Verwirklichung ihrer Pläne gehen können. Bei Beratung dieser Initiativanträge können die Abgeordneten obstruieren und den Unternehmern und Gemeinden Bedingungen stellen. Die Elektriker verlangten also von der Arbeiterpartei, die Annahme dieser Private Bills zu verhindern, bis die Unternehmer den Achtstundentag gewährleisten.

Der Antrag fand vorerst großen Anklang bei den Delegierten, allein die Redner der Arbeiterpartei wiesen auf die Unmöglichkeit hin, in dieser Beziehung einer gebundenen Majorität zu folgen. Der Achtstundentag, sagten sie, ließe sich nicht auf diese Weise einführen; man könne nicht einzelnen Bahnstrecken, Werksstätten oder Fabriken den Achtstundentag auferlegen, während die andern Bahnlinien oder die andern Fabriken desselben Gewerbes länger arbeiten lassen. Die Konkurrenz könne das nicht gestatten. Ebenfalls wenig sei es angängig, große Unternehmungen zu verhindern oder zu hinterziehen, bei deren Aufbau viele Arbeiter beschäftigt werden könnten. Der Achtstundentag müsse ein ganzes Gewerbe umfassen. Die Arbeiterpartei dürfe keine sektionelle Politik treiben. Die Fraktion werde alles tun, die Arbeiterinteressen im Parlament wahrzunehmen, nur dürfe man ihr die Hände nicht binden; man müsse zu ihr Vertrauen haben, daß sie in allen solchen Fällen das Beste für das Proletariat tun werde.

Die Delegierten stimmten den Ansichten der Redner der Fraktion zu und gingen über den Antrag der Elektriker zur Tagesordnung über.

In bezug auf Reform der Armengesetzgebung nahm der Kongreß die Vorschläge des Winderlandsberichts der Kommission über Armengesetzgebung an, also für Abschaffung der Armenhäuser und für eine umfassende staatliche Arbeitslosenfürsorge.

Report, 11. Februar.

Die heutige Sitzung, die letzte des Kongresses, brachte eine längere Debatte über die Forderung der Partei, die Schule zu verstaatlichen. Während der letzten Wahlen hat diese Frage in einigen Wahlkreisen eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Es gibt noch Arbeiterwähler, besonders katholische und anglikanische, die die Verstaatlichung der Schule als einen Angriff auf

die Religion oder gar als Atheismus betrachten. Das Arbeitermandat in Preston wurde durch diese Frage verloren; in Liverpool und in anderen Städten, wo die irischen Stimmen zum Siege der Arbeiterkandidaten hätten führen können, hat die Haltung der Partei in der Schulfrage viel Aufstoß erregt und die religiösen Arbeiterwähler zur Stimmhaltung oder zur Abstimmung für die Liberalen veranlaßt. Die Delegierten von Preston beantragten deshalb, den Parteivorstand zu ermächtigen, eine Urabstimmung über diese Frage vorzunehmen, da sie die Meinung vertraten, der Kongreß widerspiegeln in dieser Angelegenheit nicht die Ansichten der Mehrheit der Parteimitglieder.

Der Parteivorstand ließ durch Henderson erklären, die Resolution sei bedenklich. Die Verweltlichung der Schule habe mit Atheismus nichts zu tun. Ihr Zweck sei nur, den langwierigen und ergebnislos schädlichen Fäulnissen über den Religionsunterricht ein Ende zu machen. Die Partei verlange nur, daß der Staat sich in die religiösen Angelegenheiten nicht mische. Sie wünsche die Trennung zwischen Staat und Religion. Im übrigen soll die Religion unangestastet bleiben. Dann aber sei die Resolution aus dem Grunde zu verwerfen, da sie dazu führen könne, daß Partei- und Kongreßminoritäten bei jeder Angelegenheit zum Mittel der Urabstimmung greifen würden.

Wie es bei religiösen Meinungsverschiedenheiten oft der Fall ist, wurde die Diskussion aufgeregt und persönlich. Schließlich wurde die Resolution mit 810 000 gegen 80 000 Stimmen verworfen. Es waren also viele Stimmhaltungen, denn der Kongreß vertrat über 1,5 Millionen Parteimitglieder.

Die Aufregung legte sich bald, als die Delegierten in die Diskussion sozialpolitischer Resolutionen eintraten. Nach erschöpfenden und sachlichen Debatten gelangten folgende Resolutionen einstimmig zur Annahme: Das Gesetz betreffend die Speisung der Schulkinder obligatorisch zu machen. Die Speisung soll auch während der Schulferien stattfinden. Die Schularzte sollen so honoriert werden, daß sie ihre Dienste ganz der Schulkinder widmen könnten. Die Hälfte der im neuen Etat vorgesehenen Grund- und Bodensteuern, die für die Gemeinden bestimmt ist, soll von diesen auf die Speisung der Schulkinder verwendet werden. Die Zuschüsse der Zentralregierung (des Staates) für die Schulkinder der Gemeinden sollen nicht nach den geistigen Leistungen der Schüler berechnet werden, sondern nach den körperlichen Bedürfnissen der Schüler; auf diese Weise würden die Staatszuschüsse vor allem den bedürftigsten Kindern zugute kommen.

Der Kongreß erhob sodann Protest gegen die ungenügende Fabrik-, Werkstätten- und Lädeninspektion. Er verlangte ferner, daß die Fabrikärzte so anzustellen sind, daß sie sich um das Wohlbefinden der jugendlichen Arbeiter mehr kümmern könnten.

Angenommen wurden die Resolutionen über Verbesserungen des Unfallgesetzes; Verbot des Koff- und Logiszwanges der Ladengehilfen; Verstaatlichung des Grund- und Bodens, der Eisenbahnen und Wasserwege; Verurteilung des Militarismus in jeder Form sowie der Kriegshetze und des Krieges.

Inzwischen wurde die Wahl des neuen Parteivorstandes vorgenommen. Die Gewerkschaftsaktionen der Partei wählten: J. R. Clynes (Gasarbeiter), Robinson (Textilarbeiter), Upton (Bergleute), Stephenson (Maschinenbauer), Ben Turner (Webler), Walker (Holzarbeiter), Henderson (Eisengießer), Roberts (Buchdrucker), Hodge (Stahlschmelzer), Orbell (Wäcker), Wilson (Genossenschaftsarbeiter). Die Gewerkschaftsartikler: Fog. Die sozialistischen Organisationen: Hardie, Snowden (Unabhängige Arbeiterpartei), Prose (Fabian Society).

Zum nächsten Kongreß wurde Leicester bestimmt. Der Kongreß schloß mit den üblichen Danksgängen an den Vorsitzenden und an die lokalen Komitees.

Außer den Kongreßberatungen fanden jeden Abend allgemeine und gewerkschaftliche Versammlungen statt, in denen rein sozialistische Reden gehalten wurden. Auch die Redner der Bergleute sprachen wie Sozialisten. In den gewerkschaftlichen Versammlungen — die Kongreßdelegierten der Buchdrucker sprachen bei den Buchdruckern, die der Holzarbeiter bei den Holzarbeitern usw. — wo sich die Kollegen besser kannten, war der Geist durchaus kameradschaftlich. Überall wurde auf die Bedeutung des Ländereigentums in Sachen Osborn gegen die Eisenbahner hingewiesen, ebenso auf die Notwendigkeit, sich mit der Literatur über Arbeitslosigkeit und über Sozialismus bekannt zu machen. Diese Versammlungen beschäftigten, was seit langem bekannt war, daß der Mittelpunkt des geistigen Lebens des britischen Arbeiters die Gewerkschaft ist. Wer in Großbritannien für Sozialismus wirken will, muß in enger Verbindung mit den Trade-Unions bleiben. Noch mehr: er muß auch für das Gewerkschaftswesen selbst sein bestes tun. Die Trade-Union ist die Grundlage der britischen Arbeiterkultur.

Der Kongreß und seine Nebenveranstaltungen lieferten auch den Beweis, daß die Partei geistig und numerisch fortschreitet. Man kann den Briten nichts von außen aufdrängen. Auch wenn sie Ideen empfangen, müssen sie sie auf eine Weise assimilieren, ebenso wie sie jedes Fremdwort auf eigene Weise aussprechen. Während des logikalischen Assimilationsprozesses werden noch manche Parteilisten vorkommen, aber da der Parteiorganismus gesund ist, wird er sie ohne dauernden Schaden überwinden. Die Sympathie der deutschen Sozialdemokratie ist der britischen Arbeiterpartei nötig. Toleranz und Freundschaft zwischen beiden sind die besten Mittel, den Sozialismus in Großbritannien zu fördern. Bei Begegnungen im Internationalen Bureau und auf internationalen Kongressen kann nach dieser Richtung hin viel geschehen.

## Gerichts-Zeitung.

„Ihr laßt den Armen schuldig werden.“

Ein ziemlich langes Strafregister war es, welches dem Angeklagten Boddorf vorgehalten wurde, der sich gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten hatte. Diebstahl, Urkundenfälschung, Betrug, das sind die Straftaten, die den Angeklagten schon mehrfach ins Gefängnis und zuletzt sogar 1½ Jahre ins Zuchthaus gebracht haben. Wer nur auf die dürren Angaben des Strafregisters Wert legt, der könnte den Angeklagten für einen recht verworrenen Menschen halten. Ueber die Umstände, unter denen die Straftaten begangen wurden, und über die Ursachen, welche den Angeklagten auf die Bahn des Verbrechens brachten, weiß ja die Strafliste nichts. Wer den Angeklagten Boddorf sah, der sah, auf einen Stod gestützt, mühsam in die Anlagelampe schleppend, mühte auf den ersten Blick erkennen, daß wir eines jener bedauerndwertigen Opfer erbarmungsloser Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft vor uns haben, einen hilflosen Krüppel, der nicht imstande ist, seinen Unterhalt durch Arbeit zu erwerben, und der, da sich die Gesellschaft seiner nicht in genügendem Maße annimmt, sich seinen Unterhalt gelegentlich auf eine Weise zu verschaffen sucht, welche die von der Gesehgebung zum Schutze des Eigentums errichteten Schranken nicht immer respektiert.

Boddorf leidet seit seiner frühesten Kindheit an einer Hüftgelenkverrenkung, die ihm das Gehen fast unmöglich macht. Zwar hat er nach seinem Abgang aus der Schule das Maschinenschreiben erlernt. Aber bei der Jagd nach Arbeit und Brot wird er selbstverständlich mit den gesunden Leuten, die auch in diesem Berufe im Ueberflusse vorhanden sind, nicht mitgenommen sein. Es ist begreiflich, wenn ein Krüppel in solcher Lage bei passender Gelegenheit vor einem Eigentumsübergang nicht zurückschreckt. Einmal auf die abschüssige Bahn geraten, gibt es kein Halten mehr, und an dem nun in jeder Hinsicht hilflosen Bewahrer hat das an die bürgerliche Gesellschaft gerichtete Wort: „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr ihn der Pein.“

Zu der Hüftlähmung, an der Boddorf seit seiner Kindheit leidet, kam vor einigen Jahren noch ein Unfall. Er wurde von einem Automobil überfahren und ist seitdem auf beiden Hüften lahm. In den Jahren 1905 bis 1907 wurde Boddorf verschiedentlich in Krankenhäusern auf Armenkosten behandelt und operiert. Aber sein Zustand wurde nicht gebessert. Auf einen Stod sich schwer stützend, kann er sich nur mit großer Anstrengung langsam fortbewegen. Ein Stützapparat, der ihm ärztlicherseits verordnet ist, würde ihm eine bessere Bewegung ermöglichen. Aber die für Boddorf zuzulassende Armenverwaltung der Gemeinde Steglitz hat es abgelehnt, dem Krüppel einen solchen Apparat zu verschaffen, weil — der Apparat zu viel kostet. Boddorf wurde im Siechenhause aufgenommen und später auf sein Ersuchen dem Armenhause in Steglitz überwiesen. Hier bekam er Obdach, Essen und Wäsche, aber keine Kleidung. Boddorf glaubte, er würde sich auch Kleidung beschaffen können, wenn man ihm statt der Pflege im Armenhause eine laufende Geldunterstützung gewähren würde. Er stellte einen dahingehenden Antrag. Die Bewilligung desselben wurde ihm in Aussicht gestellt und er darauf aus dem Armenhause entlassen. Schließlich lehnte die Armenverwaltung aber doch den Antrag ab. Boddorf mußte wieder ins Armenhaus zurück. In der Zeit, wo er außerhalb des Armenhauses gelebt hatte, bekam er gar nichts. Es blieb dem Krüppel nichts übrig, als sich durch Betteln die Mittel zum Leben zu beschaffen. In dieser Notlage wandte er sich auch an den evangelischen Pastor Wobbe in Schmargendorf. Um mit größerer Sicherheit ein Almosen zu erlangen, gab Boddorf dem Pastor gegenüber an, er wohne in Schmargendorf, der Gemeinde des Pastors Wobbe, während er in Wirklichkeit in Steglitz wohnte. Boddorf erhielt auch ein paar Mark von dem Geistlichen. Hinterher erfuhr Herr Wobbe aber, daß ihm der Bettler in bezug auf seinen Wohnort eine falsche Angabe gemacht hatte. Der Pastor erstattete Anzeige und die Folge davon war, daß das gegenwärtige Verfahren wegen Betruges im Rückfalle gegen Boddorf eingeleitet wurde. Nachdem Pastor Wobbe, dem die Pflicht strenger Befolgung weltlicher Gesetze höher zu stehen scheint als die christliche Pflicht der Barmherzigkeit gegen jedermann, durch seine Anzeige den Stein ins Rollen gebracht hatte, ermittelte die Behörde gegen Boddorf noch zwei Fälle derselben Art. Er hat von dem evangelischen Pastor Schacht in Lankwitz, dem er sich als Lankwitzer Einwohner vorstellte, ein Almosen erhalten. Dem katholischen Pfarrer Deitmer in Steglitz hat Boddorf geschrieben, er wolle zur katholischen Kirche übertreten, und als er dann persönlich bei Deitmer vor sprach, hat dieser ihm ein kleines Geldgeschenk gegeben.

Im Oktober vorigen Jahres wurden die Ermittlungen gegen Boddorf eingeleitet. Als das Verdict Anfang Januar d. J. die Eröffnung des Hauptverfahrens beschloß, verfügte es zugleich, den Angeklagten — der so hilflos ist, daß er sich kaum fortbewegen kann — wegen Fluchtverdachts in Untersuchungshaft zu nehmen.

In der gestrigen Verhandlung vor der Strafkammer sagten die als Zeugen vernommenen Geistlichen Deitmer und Schacht, sie hätten dem Angeklagten nicht auf Grund seiner Angaben Almosen gegeben, sondern lediglich deshalb, weil sie wegen seiner körperlichen Hilflosigkeit Mitleid mit ihm hatten. Damit war also in diesen beiden Fällen ein Betrug nicht erwiesen. Pastor Wobbe dagegen behauptete, er würde dem Angeklagten nichts gegeben haben, wenn er gewußt hätte, daß derselbe nicht in Schmargendorf, sondern in Steglitz wohnte, denn die kirchlichen Mittel, welche ihm für solche Zwecke zur Verfügung ständen, seien nur für die Armen der Gemeinde Schmargendorf bestimmt. Auch aus eigener Tasche würde Pastor Wobbe, wie er auf wiederholtes Befragen des Vorsitzenden und des Verteidigers, Rechtsanwalts Theodor Liebnecht, bestimmt erklärte, im vorliegenden Falle nichts gegeben haben.

Der Staatsanwalt hielt zwei Fälle von Betrug für erwiesen und beantragte drei Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Theodor Liebnecht beantragte die Freisprechung des Angeklagten, indem er ausführte, trotz der bestimmten Aussage des Pastors Wobbe könne angenommen werden, daß auch er zur Zeit der Tat die Sache wohl ebenso angesehen habe wie die beiden anderen Geistlichen, daß er nur aus Mitleid ein Almosen gegeben habe und also auch in diesem Falle kein Betrug vorliege. Was eine etwaige Bestrafung wegen Bettelns (auf deren Möglichkeit der Vorsitzende hingewiesen hatte) betreffe, so habe sich der Angeklagte in einer äußerst schweren Notlage befunden, die eine Bestrafung ausschließe.

Das Verdict hielt einen Betrug nur im Falle Wobbe erwiesen und verurteilte den Angeklagten, dem das körperliche Gebrechen als Milderungsgrund anzurechnen sei, zu dem für Betrug im Rückfalle geringsten Strafmaß von drei Monaten Gefängnis, wovon ein Monat auf die Untersuchungshaft anzurechnen ist.

### Dr. Koehl gegen Schulte.

Zu der Angelegenheit des Syndikus der Handwerkskammer Dr. Koehl, gegen den bekanntlich ein Disziplinarverfahren schwebt, gebürte die Privatbeleidigungsklage, die dieser gegen den Bureauvorsteher der Kammer Schulte angestrengt hatte. Sie beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte. Dr. Koehl hat gegen eine Reihe von Personen, die über seine Person und seine Amtsführung herabwürdigende Bemerkungen gemacht haben, Klagen angestrengt. Die Handwerkskammer hat für ihre Angestellten, die damals noch nicht Beamtenverpflichtung hatten, Lebensversicherungen mit dem Allgemeinen Stuttgarter Versicherungsverein abgeschlossen. Dr. Koehl ist Mitglied des Sektionsausschusses dieses Vereins. Der Bureauvorsteher Schulte soll nun das unwahre Gerücht verbreitet haben, daß Dr. Koehl für den Abschluß dieser Versicherungsverträge von dem Versicherungsverein jedenfalls Korbhosen erhalten habe. Dr. Koehl erwidert hierin den Vorwurf einer groben Falschverleumdung. — Der Angeklagte Schulte hatte Widerklage erhoben und behauptete, daß Dr. Koehl in einer Vorstandssitzung von ihm gesagt habe, er sei ein ungebildeter Bauer, ferner soll er einem Dritten gegenüber ihn mit dem Ausdruck „Lump“ bedacht haben, weil er sich zur Wiedergabe der verleumderischen Beleidigung hergegeben. — Das Schöffengericht erkannte den Angeklagten Schulte der schweren Beleidigung im Sinne des § 186 schuldig und verurteilte ihn mit Rücksicht darauf, daß mehrfach Streitigkeiten zwischen den Parteien vorgekommen, was mildernd ins Gewicht falle, zu 150 M. Geldstrafe event. 15 Tagen Gefängnis. Dr. Koehl wurde wegen Beleidigung durch den Gebrauch des Ausdrucks „Lump“ zu 20 M. Geldstrafe event. 2 Tagen Gefängnis verurteilt.

### Zwangweise Durchführung der Impfung.

Der Buchhalter Hansen zu Herrmannsburg hatte seine Tochter nicht zu dem vorgeschriebenen Termin impfen lassen. Der Landrat in Celle forderte ihn darauf auf, bei Vermeidung der zwangsweisen Durchführung die Tochter unverzüglich impfen zu lassen. Er solle den Nachweis führen, daß seine Tochter geimpft sei. Falls binnen vierzehn Tagen eine entsprechende Bescheinigung ihm nicht zugegangen sei, werde er veranlassen, daß das Mädchen durch eine geeignete Person dem Impfsarzt zugeführt werde. Hansen beschwerte sich beim Regierungspräsidenten zu Lüneburg. Dieser verwarf die Beschwerde, worauf H. weitere Beschwerden beim Oberpräsidenten der Provinz Hannover erhob. Auch dieser verwarf die Beschwerde. Nunmehr klagte H. beim Ober-Verwaltungsgericht. Er machte vor allem geltend, daß das Impfgesetz einen Impfzwang überhaupt nicht habe einführen wollen. Die zwangsweise Durchführung widerspreche deshalb dem Reichsgesetz über das Impfwesen. — Das Ober-Verwaltungsgericht wies aber die Klage ab und führte aus, daß nach der Auffassung des Senats das Reichsimpfgesetz einen Impfzwang für unermessene Personen habe eingeführt.

führen wollen. Demzufolge sei auch die Verfügung berechtigt, welche eine zwangsweise Durchführung des Kindes androhe, falls nicht der Nachweis der Impfung geführt werde. Die Klage müsse abgewiesen werden.

## Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Wilmersdorf-Gartensee. Freitag, den 18. Februar, im „Luiseipark“, Wilhelmstraße 112.

### Versammlungen.

Die Arbeiter-Bildungsschule hielt am Dienstag ihre ordentliche Generalversammlung für das 4. Quartal 1908 ab. Nach dem allgemeinen Vorstandsbericht, den der 1. Vorsitzende Lammé erstattete, ist die Frequenz der Schule im letzten Quartal ebenso geworden wie im selben Quartal des Vorjahres. In bezug auf den von der letzten Sommergeneralversammlung gewünschten Kursus in Geschichte der Sozialpolitik teilte Lammé mit, daß es dem Vorstande trotz eifriger Bemühungen nicht möglich war, eine wirklich geeignete Lehrkraft für diesen Kursus zu gewinnen. Wohl habe nach dem Vorstandsbericht in der letzten Generalversammlung, der vom Genossen Geithner gegeben wurde, der Genosse Wurm zugesagt, einen solchen Kursus abzuhalten, doch als dann der neue Vorstand jetzt an Wurm mit der Bitte, sein gegebenes Versprechen einzulösen, herangetreten ist, habe dieser erklärt, eine derartige Aufgabe nicht gegeben zu haben. Ferner ist den Ausführungen Lammés zu entnehmen, daß im letzten Quartal 8 Unterrichtskurse abgehalten wurden, und zwar 7 im Hauptschulsaal und 1 in Lichtenberg. An Sonderveranstaltungen hatte die Schule 2 Sonntagsgesamtsversammlungen und 1 geschlossene Mitgliederversammlung. Den Kasinobereich gab der 1. Kassierer Königs, den Bericht über die Bibliothek Welzer. Beim Bericht des Lehrerkollegiums, der vom Genossen Grunwald erstattet wurde, äußerte dieser zunächst, daß die Qualität der Zuhörer steige. Es würde heute viel sachlicher gefragt, als dies früher der Fall gewesen ist. Zu bedauern sei aber immer noch ein starkes Mißverhältnis zwischen der Zahl der eingeschriebenen Schüler und den an den Unterrichtsabenden wirklich anwesenden; vielleich sei hier in einzelnen Kursen die Statistik auch nicht ganz zuverlässig. Weiter habe er den Eindruck, als ob die weitgrößte Zahl der Teilnehmer nicht von den eigentlichen Berlinern gestellt werde, sondern von Genossinnen und Genossen, die aus anderen Bundesstaaten oder Provinzen nach Berlin zugezogen seien. Das würde kein Ruhmeszeichen für die eigentlichen Berliner sein. Bedauerlich findet Grunwald auch den Lehrermangel in Berlin, der jetzt anlässlich des gewünschten Kursus Geschichte der Sozialpolitik wieder zutage treten sei. Es müßte da einmal ernstlich Wandel geschaffen werden. Er schlägt u. a. auch die Heranziehung auswärtiger Lehrkräfte vor und schließt mit dem Wunsch, daß in der Generalversammlung einmal ausgiebig darüber gesprochen werde.

In den Bericht des Vorstandes und des Lehrerkollegiums knüpft sich eine ausgiebige und anregende Diskussion. Zunächst erklärte Geithner, daß Wurm ihm seinerzeit die Aufgabe, den fraglichen Unterricht abzuhalten, auf das allerbestimmteste gegeben habe, und er sich nur wundern könne, wenn Wurm jetzt nichts mehr davon wisse.

Die lange Reihe der übrigen Redner befaßte sich zunächst nur mit den Anregungen Grunwalds und ist wohl als das Resultat dieser Erörterungen anzusehen, daß dem Vorstande aufgegeben wird, Schritte zu unternehmen, der Schule eventuell auch Lehrkräfte von auswärts zuzuführen, sofern solche in geeigneter Art hier nicht zu gewinnen sind. Im weiteren Verlaufe der Debatte wurden auch die Akademischen Unterrichtskurse der Freien Studentenschaft in recht eigenartiger Weise beleuchtet. Und zwar wurde von der großen Mehrzahl der zahlreichen Redner festgestellt, daß die Studenten nicht nur den angeforderten Elementarunterricht erteilen, sondern auch gern bereit sind, sich auf das Gebiet der Gesellschaftswissenschaften zu begeben, um auch hier ihren Zuhörern dann und wann ein Privatissimum zu lesen. Da die Studenten auf diesen Gebieten, wie die zahlreichen Ausführungen zeigten, oft weniger als nichts wissen, gereichen ihre Vorträge dem Arbeiter nur zum Schaden. So wenig man etwas dagegen haben kann, wenn organisierte, klassenbewußte Arbeiter sich an dem Unterricht in den Elementarfächern beteiligen, so sehr muß es bekämpft werden, wenn von dieser Stelle nur Verwirrung in die Köpfe der Arbeiter gebracht wird.

In der weiteren Diskussion wurde der Wunsch laut, einen Kursus in Wirtschaftsgeschichte abzuhalten, dem nach Möglichkeit entsprochen werden soll. Nach Annahme des Debatteantrages der Revisoren schritt die Versammlung zur Wahl eines neuen Revisors. Die Wahl fiel auf den Genossen Pohl. Ferner nahm die Versammlung Kenntnis von dem im Laufe des letzten Quartals vorgekommenen Beschlusse auf zwei Unterrichtsvertreterposten. Und zwar sind an Stelle des Genossen Jumps und der Genossin Raue die Genossin Adena und Mahler getreten.

Nachdem dann beim Punkt „Verschiedenes“ einige intern Schulangelegenheiten erörtert worden waren, wurde die Versammlung kurz vor 12 Uhr geschlossen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag 8, Freitag 9, Samstag 10, Sonntag 11, abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Suchzettel und eine Zahl aus der Redaktion beizufügen. Drückliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

3. G. 37. Wenn sich die von Ihnen behaupteten Tatsachen noch nachweisen lassen, liegt u. e. ein Betriebsunfall vor. — 100 Tegel. Sehen Sie sich mit einem Gerichtsbevollmächtigten zwecks öffentlicher Verurteilung gemäß den Vorschriften der §§ 1238 folgende in Verbindung. Vorher muß aber, unter Bezeichnung des Geldbetrages, wegen dessen die Verurteilung stattfinden soll, die Verurteilung angebrocht werden. Der Verkauf darf nicht vor Ablauf eines Monats nach der Androhung erfolgen. — W. G. 6. Die in den Versicherungsbedingungen festgesetzten Folgen der Nichtzahlung sind mangeltend. — R. 3. 40. Klagen Sie beim Amtsgericht auf Zahlung des Krantengeldes, falls die statutarischen Bestimmungen ihrerseits erfüllt sind. — W. R. 100. Fragen Sie bei der Zentralkommission der Krankenkassen, Angelufer 15, an. — Afrika. Bedenken Sie sich an das Bureau für Auswanderer, Schellingstr. 4. — W. A. 18. 1. Ja. 2. Die Höhe des gesetzlichen Erbteils, wenn die Ehe bei Eintritt des Erbfalls noch besteht. Uebrigens ist das Recht auf Mütterteil und auf die Erbchaft ausgeschlossen, wenn der Erblasser wegen Verschulden des Ehegatten zu Klagen berechtigt war und die Klage erhoben hat. 3. Es läßt sich durch Bestimmung im Testament die Erbchaft entscheiden. — G. M. 5. Es genügt bei Geltendmachung der Rente die Einreichung des Militärpassees zu dem Nachweis.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	13. 2.	12. 2.		13. 2.	12. 2.
Remel, Teltow	13. 2.	12. 2.	Seale, Spandau	204	-10
Regel, Zusterberg	499 <sup>1)</sup>	+9	Dabel, Brandenb <sup>2)</sup>	119	-8
Reichel, Thurn	180 <sup>2)</sup>	+28	Rathenow <sup>3)</sup>	152	0
Ober, Rathow	210	-20	Spreo, Soremborg <sup>4)</sup>	106	-4
Proffen	170	+7	Seehof	165	-9
Frankfurt	179	-0	Weser, Minden	85	-23
Wartze, Schrimm	150 <sup>4)</sup>	+11	Rhein, Rindan	296	-34
Landberg	111	+7	Rhein, Ragnitzlandau	570	-54
Rebe, Vorbanm	60	-4	Raub	632	+21
Eibe, Leimnitz	80	-28	Rän	611	-22
Dresden	-26	+28	Redar, Heilbronn	172	-13
Bach	257	-28	Rain, Bertsheim	310	-41
Magdeburg	198	+13	Weser, Lüne	264	-42

1) + bedeutet Hoch, — Fall, — 2) Unterpegel. — 3) Elbstand. — 4) Eisbewegung. — 5) geringer Grundwasserspiegel.

Quittung.

Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beiträge ein:

Groß-Berlin a Konto seiner acht Wahlkreise 10 000.— (darunter Elbster-Verlosung bei Fritz Rauch 6.—, Kassenkarte bei Rauch 3,85, von den Zeitungsträgerinnen am Lauffer Platz 5.—, 1. und 2. Quartal 0.—, A. E.-G. Turbinenfabrik, Rest für die Mansfelder Bergleute 16,15, Ueberfluß von der Kranzspende, Abt. Hennig 5,65, von der Liquidationskasse Schwarzkopff 15.—, P. P. 10.—, C. L. 1.—, A. V. Mitter 1.—, Pfeister 1.—, Geburtstag bei Lamotte 3,90, Ortskasse der R. 2,70, Dr. A. N. 25.—, 21. D.-Bezirk Niddorf, A. 2. 20.—, F. R., Niddorf 4.—, Schneider der Werksstätten Hoffmann 50.—, Vortrag H. W. Waldmanns (6,40.) Berlin, über die Beiträge: Ortsverwaltung der Metallarbeiterkassen, Filiale Berlin 3 10.—, Machetes 5.—, Rosenau 5.—, Dr. L. A. 100.—, Gutenberg 30,90, Von J. durch R. J. 5.—, Abt. Holzerei des „Lokal-Anzeiger“ 38,25, Von Wittig, der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter durch Kennecke 50.—, Die Kontowarbeiter vom Wedding 5.—, P. S. 50.—, A. V. 50.—, C. D. Gubrau 3.—, Anabe 3.—, Mitglieder des Verbandes deutscher Buchdrucker im „Vorwärts“ 100.—, Breslau, sozialdemokr. Verein Breslau Ost u. West, 4. Quart. 1909 970.—, Waagen, sozialdemokr. Verein f. d. 3. jährl. Wahlkr., Westbeitrag f. 1908/09 864.—, Bant, 2. hannov. Wahlkr., 4. Quart. 09 57,06, Bant, 2. ostb. Wahlkr., 4. Quart. 09 307,02, Bremen, sozialdemokr. Verein, Westbeitrag für 2. Halbjahr 1909 1940,76, Bern 50.—, Bergheim-Gesellschaft, Westbeitrag für 4. Quart. 1909 20,80, Burg b. Magdeburg, Wahlkreis Jerchow I und II, 4. Quartal 1909 310,50, Eberach, 16. württembergischer Wahlkreis, 4. Quart. 09 15,52, Breslauer Agitationsbezirk, 4. Quart. 09, Wahlkreise: Breslau-Land 282,70; Liegnitz 138,74; Breg 36,06; Dölan 39,16; Mittich 12,20; Dels 8,40; Gubrau 5,84; Reußtal 15,80; Reußschütz 5,80; Duppeln 8,02; Summa 552,72, Braunschweig, 3. A. 5.—, Cella, 14. hannov. Wahlkr., 2. Halbjahr 09 330,18, Crefeld, sozialdemokr. Volksverein, 4. Quart. 09 223,80, Cannstatt, 2. württemb. Wahlkr., 4. Quart. 09 382,45, Charlottenburg, gesammelt bei dem Wasenball der Maurer 3,73, Chemnitz, 16. sächsischer Wahlkreis, Westbeitrag für das 2. Halbjahr 1909 3772,00, Extrabeitrag 227,40, Summa 4000.—, Durlach-Florenzheim, 9. badischer Kreis, 3. Quartal 09 297,72, Dörschleichen, 4. Quartal 09 360,23, Delmenhorst, 3. ostb. Wahlkr., 3. Quart. 09 52.—, (darunter Delmenhorst 29,40, Lemwerder 17,50, Gandertessen 5,10), Dresden, 4. jährl. Kreis, Westbeitrag für 1908/09 2500.—, Düsseldorf, sozialdem. Verein, 4. Quart. 09 808,80, Dören-Jülch, Wahlkreisbeitrag für 4. Quart. 09 20.—, Essen a. Ruhr, sozialdemokr. Verein, 4. Quart. 09 917,40, Eslingen, sozialdemokr. Kreisverein d. 5. württemb. Kreises, 4. Quart. 09 258,18, Ebersfeld-Barmen, sozialdemokr. Verein, 4. Quart. 09 950.—, Eberswalde, Wahlkr. Oberbarnim, 40,07, Falkenberg (Oberf.) 3.—, Frankfurt a. M., sozialdem. Ver., 4. Quart. 09 1200.—, Finsterwalde, Wahlkr. Kalau-Buckow, 3. Quart. 09 185,07, Glogau 40.—, Göttingen i. G., sozialdemokr. Kreisver., 4. Quart. 09 17,04, Göttinger Agitationsbezirk 2. Halbjahr 1909, Wahlkreise: Bunzlau-Luben 179,06; Rosenthal-Opferwerda 121,12; Sa. 300,18, Gr. Döberitz, sozialdemokr. Verein des Kreises Wanzleben, a. Konto 300.—, Geldern, sozialdemokr. Verein für Liebe-Geldern, 3. Quartal 09 11,36, Hannover, 8. hannov. Wahlkreis, a. Konto 1000.—, Harburg, 17. hannov. Wahlkr., 4. Quart. 09 800.—, Hagen-Schwelm, soz. Verein, 4. Quart. 09 (daraus v. Frauen 52,20) 579,04, Heßen (Großherzogtum), Beiträge für 3. und 4. Quartal 09, Wahlkreise: Gießen-Ridda 135.—; Friedberg-Wildungen 190,71; W. id. Lanterbach 7,50; Darmstadt-Gr. Gerau 450.—; Offenbach-Dieburg 100.—; Erbach-Bensheim 90.—; Worms-Heppenheim 135.—; Wingen-Albig 45.—; Mainz-Heppenheim 300.—; Summa 2259,21, Heßingen, Wahlkreis Hofenzellen, Jahresbeitrag für 1909 13,28, Hanau-Gelnhausen-Drb., sozialdemokratischer Wahlverein, viertes Quartal 1909 885.—, Hötting-Homburg, a. Konto der Beiträge für 1909/10 600.—, Köln a. Rh., Reg. B. 20.—, Korker-Bruchsal, 10. badischer Wahlkreis, 3. Quartal 1909 214,20, Dörschleichen, 4. Quart. 09 246,11, Kiel, 7. schleswig-holst. Wahlkr., 3. Quart. 09 215,90, Dörschleichen a. Konto für 4. Quart. 09 2000.—, Königsberg, Bezirk Dörschleichen, Beiträge für 2. Halbjahr 09, Wahlkreise: Königsberg-Stadt 615.—; Königsberg-Land 120,50; Wrenel-Heppelung 28,97; Labiau-Wehlau 15,98; Braunsberg-Heilsberg 3,96; Dörschleichen-Reidenburg 2,08; Königsberg-Friedland 13,98; Lübbitz-Reidenburg 30,47; Ragaitz-Willhausen 37,14; Gumbinnen-Insterburg 19,71; Lnd.-Johannsburg 12,80; Einzelmitglieder des Provinzialverbandes Ostpreußen 16,62; Summa 916,61, Richtenrade, G. H. 1.—, Leipzig-Land, 13. sächs. Wahlkr., a. Konto der Beiträge für 1909/10 6000.—, Laupheim, 15. württemberg. Wahlkr., 4. Quart. 09 1,82, Leipzig-Stadt, 12. sächs. Wahlkr., a. Konto der Beiträge für 1909/10 600.—, Ludwigshafen a. Rh., Gau Pfalz, 2. Quart. 09, Wahlkreise: Ludwigshafen-Speyer 400,50; Landau 68,43; Gernersheim 13,56; Birmanens-Jweibrücken 72.—; Homburg 20,10; Kaiserslautern 61,74; Sa. 630,30, Dörschleichen Gau Pfalz, 3. Quart. 09, Wahlkreise: Ludwigshafen-Speyer 405,72; Landau 68,00; Gernersheim 14,55; Birmanens-Jweibrücken 68,10; Homburg 21,30; Kaiserslautern 72,09; Sa. 693,54, Pörschleichen, 16. hannov. Wahlkr., Westbeitrag für 2. Halbjahr 09 163,28, Pörschleichen i. Gf., sozialdemokratischer Kreisverein, 4. Quartal 09 56,12, Reichen, 7. jährl. Wahlkr., 2. Halbjahr 09 1500.—, R.-Glabach, soz. Verein, 4. Quartal 09 83,35, Reutewid, sozialdemokr. Verein 4. Quartal 09 10,10, Ottenen-Pörschleichen, soz. Zentralverein des 6. schleswig-holst. Wahlkr., zwei Raten a. Konto 1600.—, Osnabrück, Wahlkreisbeitrag für 2. Halbjahr 09 299,92, Oberlangensiedlauer Agitationsbezirk, 4. Quartal 09, Wahlkreise: Stralsberg-Schnau 34,35; Lönbeck-B. Völkenshain-Jauer 90.—; Reichenbach-Neurode 235,65, Schwedt-Striegnau 218,15; Wolzenburg 353.—; Glatz-Glabach-Schwerdt (3. Quart. 09) 7.—, Sa. 937,55, Pörschleichen i. G., 23. jährl. Wahlkr., 3. Quart. 09 331,21, Heddinghausen-Vorfen, sozialdemokr. Ver., 4. Quart. 09 227.—, Niddorf, J. durch Sch. 5.—, Rostock, 5. medienb. Wahlkr., 4. Quart. 09 318,20, Saarbrücken, sozialdemokr. Ver. des Saarreviers, 4. Quart. 09 113.—, Steudal-Osterburg, sozialdemokr. Verein, 3. Quart. 09 183,60; desgleichen 4. Quart. 09 146,40, Sa. 292.—, Staßfurt, Wahlkr. Glatz-Ludlinsburg-Niederelben, 4. Quart. 09 514,30, Schwedt, Wahlkr. Pörschleichen-Angermünde, 4. Quart. 09 52,40, Siegen-Wittgenstein, Wahlkreisbeitr. f. 4. Quart. 09 16,92, Stodelsdorf, Pfälzer. Ländl., soz. Ver., 4. Quart. 09 182,86, Stuttgart, 1. württemberg. Wahlkr., 4. Quart. 09 615.—, Solingen, Wahlkreisbeitrag für 4. Quart. 09 (darunter v. Frauen 31,21) 593,93, Schwöningen, 9. württemb. Wahlkr., 4. Quart. 09 109,80, Schleswig, 3. schleswig-holst. Wahlkr., 4. Quart. 09 158,36, Schöneberg, Seyer u. Drucker der Druckerei Kettentheil 15.—, Trier, sozialdemokr. Verein, 4. Quart. 09 18,54, Helgen, Wahlkreisbeitrag für 2. Halbjahr 09 110,60, Velten, Wahlkreis Potsdam-Ostbavelland, 4. Quart. 09 222,16, „Vorwärts“-Ueberfluß 4. Quartal 09 27 310,75, „Wahrer Jakob“, „Gleichheit“, „Neue Zeit“, Westbeitrag für 1909 435,87, R. J. J. 9584,63, Finken aus dem Marxismus 4832,22.

Für die gemäßigten Mansfelder Bergleute gingen im Januar noch ein:

Kreuzlingen, Poststelle des Schweizer Lederarb.-Verb. 7,01, Berlin, von den Arbeitern u. Arbeiterinnen der Deutschen Waffen- u. Munitionsfabr. 55,50, Berlin, von den Kol. der Fa. Leopold Kaufmann 3.—, Summa 65,51.

In der Quittung in Nr. 13 des „Vorwärts“, vom 16. Januar d. J., muß es unter den Einzelbeiträgen von Groß-Berlin nicht heißen Barnet-Casprich, sondern Warrs-Casprich 50.—.

Berlin, den 10. Februar 1910.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung, Montag, den 14. Februar 1910, vormittags 11 Uhr. Am Ministertische: v. Nolcke.

Die Beamtenmaßregelungen in Posen.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Abgeordneten Dr. Arnim und Genossen (natl.):

„Ist der königl. Staatsregierung bekannt, daß in der Provinz Posen gegen Beamte wegen ihres Eintretens für die national-liberale Partei amtliche Maßnahmen ergriffen worden sind? Willigt sie diese Maßnahmen?“

Minister des Innern v. Nolcke erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) begründet die Interpellation:

Im Kreise Bromberg waren früher alle nationalen Wähler im deutschen Wahlverein gegen die Polen vereinigt. Dieser Verein hat immer mit Unterstützung der Nationalliberalen konservative Kandidaten aufgestellt. Nachdem jedoch der Verein immer mehr ins agrarische Fahrwasser geriet, haben die Nationalliberalen in diesem deutschen Wahlverein, von den beiden Landtagsmandaten ein Mandat den Nationalliberalen zu überlassen. Das wurde aber abgelehnt. Infolgedessen kam es zu einer Aufstellung eines nationalliberalen Kandidaten für die Reichstagswahl. Der nationalliberale Wahlauftrag wurde von verschiedenen Beamten unterschrieben. Diesen wurde daraufhin vom Regierungspräsidenten und auch vom Oberpräsidenten bekanntgegeben, daß es mit den Forderungen nicht vereinbar wäre, welche an das dienstliche und anberdienstliche Verhalten eines Beamten zu stellen wären, wenn Beamte dazu beitragen, durch ihr Auftreten das Zusammengehen der deutschen staatsverhaltenden Parteien gegenüber dem Polentum zu fördern und dadurch das Deutschstum zu gefährden! (Lebhaftes Hört! hört! links.) Man hat ihnen auch angedeutet, daß, wenn sie nicht die nationalliberale Kandidatur beistimmen, sie manche Unannehmlichkeiten hätten. (Hört! hört! links.) Der Gymnasialdirektor Braun in Schneidemühl hat die Mitteilung erhalten, daß er

„im Interesse des Dienstes versetzt“

werden soll. (Hört! hört! links.) Ein Professor Gerlach wurde gleichfalls versetzt, aber gewissermaßen die Treppe hinaufgeworfen; fort mußte er jedoch unter allen Umständen. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Als ein Postdirektor in Bromberg lebhaft für die Gründung eines nationalliberalen Vereins auftrat, wurde ihm angedeutet, daß er seine Versetzung zu erwarten hätte, weil diese Agitation den Interessen der Staatsregierung widerstreite! Im Kreise Czarnikau-Jüliche ist der Oberpräsident von Posen ganz einseitig für die Konservativen gegen die Nationalliberalen eingetreten. Wir haben eben ein konservatives Partiregiment in Preußen. Wenn der Ministerpräsident das bestreitet, so beweist er damit nur, daß er mit den Verhältnissen in der Verwaltung nicht vertraut ist. (Ob! rechts.) In seiner verantwortlichen Stellung muß er von diesen Vorgängen wissen. (Sehr richtig! Auch einem jungen Lehrer, der im nationalliberalen Sinne tätig war, hat sein vorgelegter Direktor die strengste Mißbilligung der Regierung ausgesprochen. In den Bescheidungen gegen diesen Lehrer war kein wahres Wort. (Abg. v. Pappenheim [L]: Na! Na!) Ich habe keine Worte für Ihr Verhalten, Herr v. Pappenheim!

Der Ministerpräsident hat neulich ausdrücklich erklärt, die Beamten sollten in ihrer politischen Stellungnahme unbeeinträchtigt bleiben. Wie verträglich es sich damit, daß der Regierungspräsident einfach die Partei vorschreibt, zu der ein Beamter halten soll? Dabei handelt es sich nicht einmal um sogenannte politische Beamte. Warum wird die Angelegenheit nicht unter der Hand der Staatsregierung vorgelegt haben? Weil wir von der Regierung überhaupt keine Antwort erhalten hätten! (Hört! hört! links.) Vor einigen Jahren habe ich an die Regierung eine von einem starken Altkandidat begleitete Anfrage gerichtet, und bis heute bin ich ohne jegliche Antwort geblieben! (Hört! hört! links.) Wir bestehen aber jetzt auf Auskunft darüber, ob die Regierung gegen uns Front machen will. Wir werden fortan alle Fälle von Verdrängung nationalliberaler Beamten, die wir erfahren, mit rücksichtsloser Schärfe hier zur Sprache bringen. Hat die Regierung eine bewußte Frontstellung gegen die Nationalliberalen vor, so soll sie es sagen. Wir haben stets die nationalen Interessen im Osten vertreten, um so unerhörter und unlinger ist das Verhalten der Regierung gegen uns. Die Verantwortung dafür, daß die Einigkeit der Deutschen im Osten jetzt gefährdet ist, trifft den Oberpräsidenten in Posen und den Regierungspräsidenten in Bromberg. Unser Vertrauen zur Politik der Regierung im Osten ist stark erschüttert. (Rufe im Zentrum: Endlich!) Wir halten trotzdem an der Einigkeit der Deutschen fest und sind froh, daß wir die Polenpolitik des Zentrums nicht auf unserm Konto haben. (Zust. h. d. Natl.) Wir legen gerade Wert auf eine Einigkeit der Deutschen in den Ostmarken. Wenn diese Einigkeit jetzt gefährdet sein sollte, so müssen wir die Schuld daran den Behörden zu weisen, und im Interesse der Einigkeit der Deutschen in den Ostmarken wünschen wir, daß die Behörden objektiv und unparteiisch über den verschiedenen deutschen bürgerlichen Parteien stehen, daß keine Anechtung und Achtung der politischen Überzeugung durch die Behörden unternommen wird. (Ob! rechts. Sehr richtig! links.) Wir erwarten von der Regierung eine unzeitweilige Erklärung, daß sie in die politischen Bestrebungen der Beamten in treuender Bestimmung nicht eingreift. Wir erhoffen von einer solchen Erklärung eine Lösung der Spannung, die sich augenblicklich infolge des Vorgehens der Regierung in den Ostmarken geltend macht, und einen festeren Zusammenhalt der Deutschen, sodas bei den nächsten Wahlen die deutsche Sache zu einem glänzenden Siege geführt wird. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Minister des Innern v. Nolcke:

Es ist richtig, daß der Abg. Friedberg 1907/08 mir Geschwerden über das Verhalten der Behörden in Ostpreußen überreicht hat. Selbstverständlich sind die damals mitgeteilten Tatsachen einer Untersuchung unterzogen worden, und wo Anlaß zu Remedur gegeben war, ist das Entsprechende veranlaßt worden. Ich bedauere, wenn damals unterlassen ist, dem Abg. Friedberg eine schriftliche Antwort zusammen zu lassen. Es ist das sonst nicht meine Art, und ich werde in Zukunft anders handeln.

Die Interpellanten haben die Güte gehabt, mir Material, auf das sich die Interpellation stützt, an die Hand zu geben; sie haben mich dadurch in die Lage versetzt, mich mit Berichten über die einzelnen Tatsachen zu versehen. Die Schlussfolgerungen, die der Interpellant aber aus dem Material gezogen hat, muß ich durchaus bestreiten. Der deutsche Wahlverein im Wahlkreise Czarnikau-Jüliche trat nach dem Tode des Abg. Zindler zur Vorbereitung über eine Neukandidatur zusammen. Die ersten Vorschläge, welche von diesem Wahlverein gemacht wurden, fanden in der nationalliberalen „Schneidemühl Zeitung“ keine günstige Aufnahme. Weitere Verhandlungen führten dazu, einen Freikonservativen das Mandat anzubieten, für den auch die Stimmen der freisinnigen in Aussicht gestellt waren. Dieser hat indessen das Mandat ausgeschrieben. Gleichzeitig erschien aber die Reformpartei im Wahlkreise auf dem Plan und stellte einen eigenen Kandidaten auf, und nun stellte die Mitgliederversammlung des Wahlvereins ihrerseits einen Gutbesitzer auf. Gymnasialdirektor Braun und Kreisinspektor Fund verlangten vergeblich Abtretung des Reichstags- oder eines Landtagsmandats an die nationalliberale Partei. Die genannten und der ebenfalls wiederholt von dem Herrn Vorredner bezeichnete Postdirektor aus Schneidemühl nebst einer Anzahl anderer Beamter fügten sich dem Beschlusse der

Generalversammlung nicht und gründeten einen selbständigen nationalliberalen Verein (Hört! hört! rechts); sie fügten sich dabei in erster Linie auf die Beamenschaft. Unter den 84 Unterschriften dieses Aufrufes befanden sich nicht weniger als 52 Namen von Beamten, größtenteils unter Bezeichnung des Amtes. Die Wahlbestimmungen wurden vom Gymnasialdirektor Braun und vom Postdirektor Fund, sowie von anderen Beamten mit dem Amittel bezeichnet, was nach parlamentarischen Gepflogenheiten als Wahlbeeinflussung gilt. (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Der Erfolg ist ja bekannt, der Kandidat des deutschen Wahlvereins kam in die Stichwahl mit dem Polen. Die Folge der nationalliberalen Sonderkandidatur ist gewesen, daß der deutsche Wahlverein im Kreise zunächst für die Zeit der Wahl ausgeschlossen und damit das Band zerrissen wurde, das gerade im kritischen Moment die im Kampfe gegen die Polen eng verbündeten deutschen Parteien hier wie in vielen anderen Wahlkreisen der Provinz Posen zusammenhalten sollte. (Hört! hört! rechts.) Dadurch ist in der Tat der nationale Bestand gefährdet worden. (Sehr richtig! rechts. Ob! bei den Nationalliberalen.) Es war bei dem erbitterten Wahlkampf sehr leicht möglich, daß den Polen außer den etwa 1000 sozialdemokratischen Stimmen, noch andere Stimmen aus dem veruneinigten deutschen Lager zuzufallen würden, z. B. wenn der Antisemit oder der evangelische Pfarrer in die Stichwahl kam.

Rum zu dem Verhalten der politischen Beamten. Die ganze verworrene Sachlage gab dem Oberpräsidenten Anlaß, den Regierungsrat Daniel, übrigens Vorstandsmittglied des nationalliberalen Vereins, zu beauftragen, die Angelegenheit mit dem Gymnasialdirektor Braun in Schneidemühl zu besprechen. Regierungsrat Daniel wies dem Gymnasialdirektor darauf hin, daß die nationalliberale Kandidatur doch keinen anderen Erfolg haben könne als den, die Ausschichten der Polen auf den Wahlsieg zu verhärteten. (Sehr richtig! rechts.) Von einem Druck auf die Wahlfreiheit, den der Herr Vorredner behauptete, ist dabei keine Rede gewesen. Regierungsrat Daniel hat ausdrücklich betont, daß den Beamten aus der Zugehörigkeit zur nationalliberalen Partei kein Vorwurf gemacht wird; er selbst sowie viele andere Beamte in Posen wären Mitglieder des nationalliberalen Vereins, aber der Posener Verein werde nie daran denken, eine Sonderkandidatur für Posen aufzustellen, sondern nur versuchen, im Wege der Verhandlungen mit den anderen deutschen politischen Vereinen auf die Aufstellung des Kandidaten Einfluß auszuüben. In dieser Weise müßten auch die Nationalliberalen in Schneidemühl vorgehen. Gymnasialdirektor Braun stimmte schließlich den Ausführungen des Regierungsrats Daniel zu und erklärte sich bereit, in diesem Sinne mit seinen politischen Freunden zu sprechen. Als er aber nicht lange darauf wiederum für die Sonderkandidatur öffentlich auftrat, hat ihn der Oberpräsident zu sich, um ihm seine Bedenken nochmals ans Herz zu legen. Von irgend einer Drangalierung ist bei dieser Gelegenheit keine Rede gewesen. Als weiter durch das Verhalten der Beamten die deutsche Wählerschaft zerplittert wurde, hat der Regierungspräsident in Bromberg dem Kreisinspektor Kugel eröffnet, daß es ihm gewiß vollständig überlassen sei, ob er den nationalliberalen Kandidaten wählen wolle oder nicht, daß aber durch sein agitatorisches Auftreten die Wahl des deutschen Abgeordneten in Frage gestellt wird. In einem Schreiben vom 15. August hat der Oberpräsident den Oberpostdirektor Fund auf den Zwiespalt im deutschen Lager hingewiesen und ihm

„anheimgegeben“,

die Beamten bei geeigneter Gelegenheit auf die Notwendigkeit eines einheitlichen Zusammenstehens der Deutschen in der Provinz Posen hinzuweisen. Endlich hat der Regierungspräsident in Bromberg, in dem Bestreben, wenigstens für die Zukunft den Bruderzwist unter den Deutschen im Wahlkreise Czarnikau nicht größer oder endlich gar unheilvoll werden zu lassen, den Postdirektor Fund in Schneidemühl nochmals darauf hingewiesen lassen, daß er zum wenigsten nicht durch Betonung seiner amtlichen Stellung öffentlich agitatorisch hervortreten möge. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.)

Wenn nun zum Teil durch die Interpellation und auch durch die Presse behauptet worden ist, es seien aus Anlaß des Eintretens von Beamten für die nationalliberale Partei noch nachträglich Maßregelungen vorgekommen, so ist das völlig aus der Luft gegriffen. Nur die Tatsache ist richtig, daß zeitlich nach der Wahl eine Versetzung und eine Verabschiedung stattgefunden hat von Beamten, die sich zur nationalliberalen Partei rechneten. (Lachen links.) Ein Gymnasialprofessor, den der Herr Vorredner genannt hat, ist am 1. April 1909, also anderthalb Jahre nach der Reichstagswahl, von Schneidemühl versetzt worden. Die Versetzung war

aus inberdienstlichen Gründen

erfolgt. Der Betreffende war als Mitspracher in Schneidemühl entbehrlich und ist ersetzt worden durch einen anderen, der die Fakultas für Deutsch, Englisch und Geschichte hatte. Uebrigens ist er, seinem persönlichen Wunsche entsprechend statt nach Frankfurt nach Bromberg versetzt worden. — Der Gymnasialdirektor ist am 1. Oktober 1909 — 1 1/2 Jahre nach dem Wahlkampf — auf seinen Wunsch unter Verleihung einer Auszeichnung in den Ruhestand versetzt worden, weil seine Kräfte den Anforderungen des Dienstes nicht mehr entsprechen. Er war 67 Jahre alt. Am 7. Februar 1910 hat er mir mitgeteilt, in Rücksicht darauf, daß sein Name gelegentlich der Besprechung der Interpellation hier genannt wird, daß bei der mündlichen Unterredung mit dem Regierungspräsidenten seines Auscheidens aus dem Amte mit keiner Silbe gedacht wurde. (Lachen links.) Sie werden mir zugeden, daß es etwas Gewalttames an sich hat, diese Vorgänge parteipolitisch auszubeden. (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Die gesamte Bevölkerung im Osten — ausgenommen die Polen — trotz dem Oberpräsidenten von Posen für sein Eintreten in den deutschen Interessen ganz besonderen Dank. (Beifall rechts.) Den betreffenden Beamten in der Provinz Posen ist das Wahlrecht nicht verweigert worden, von Maßregelungen kann man überhaupt nicht reden. Im vorliegenden Falle handelt es sich lediglich darum, daß der Oberpräsident und der Regierungspräsident sich um Aufklärung an einige Beamte gewandt haben (Lachen links), weil der deutsche Wahlverein, der die grundlegendste Organisation für das Deutschstum in Bromberg bildete, beiseite geschoben werden sollte. Im Osten liegt das Zusammenhalten aller Deutschen im wichtigsten Interesse des Staates. Politische Beamte der Ostmark können nicht (schweigen, wenn diese Interessen bedroht erscheinen, sie müssen Wetze bei Fuß stehen, um — ganz gleich ob gegen rechts (Heiterkeit links). Sie haben doch nichts dagegen, oder gegen links — für jene Interessen einzutreten. Den Ausbau der nationalliberalen Partei in der Provinz Posen zu hindern, liegt selbstverständlich nicht in der Absicht der Regierung. Ich erkläre ausdrücklich, daß es ungebührlich und unzulässig wäre, wenn die politischen Beamten die nationalliberalen Organisationen mit anderem Maße messen würden als die anderen Parteien. Es sind seit vielen Jahren in den von den Polen gefährdeten Wahlkreisen — das sind jetzt alle — deutsche Kompromisskandidaten aufgestellt worden unter Verzicht auf eigene Parteikandidaturen. Das fordert von jedem ein hohes Maß nicht nur der politischen Einsicht, sondern auch der Entsagung für Beamte und Nichtbeamte, für Konservativen und Nationalliberale. Mit der Verstärkung dieser Einigkeit läßt jede Partei eine ernste Verantwortung auf sich, die es unternimmt, einen Pfeiler aus dem Volkswort zu entfernen, so daß es schließlich in Gefahr kommt, ganz zusammenzubrechen. (Sehr richtig! rechts.) Es kann der nationalliberalen Partei, die von jeher eine treue Stütze der Ostmarkenpolitik der Regierung gewesen ist, nicht betragt werden, wenn sie sich Raum für ihre Entwicklung schaffen will, aber wir müssen hoffen und wünschen, daß auch in Zukunft das Bewußtsein von der Notwendigkeit, dem Deutschstum sein Schwergewicht zu erhalten, den Sieg davontragen

wird über Wünsche und Ansprüche der einzelnen Parteien. (Schäfer, Reichsrecht.)

Auf Antrag des Abg. Dr. Friedberg (nall.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Rogalla v. Bieberstein (konf.): Das Verhalten des Oberpräsidenten gegenüber der Bevölkerung des Reichslands verdient keinen Vorwurf, sondern höchstens Lob. Die angeführten Beamteneinrichtungen hat der Minister schon auf ihre wahre Bedeutung zurückgeführt. Wäre eine Maßregelung erfolgt wegen des Eintretens für die Nationalliberalen, so hätten auch wir das auf Schärfste gemißbilligt, denn wir sind der Überzeugung, daß den Beamten die Beteiligung für jede bürgerliche Partei freistehen muß. Aber diese Freiheit findet ihre Grenze an der Pflicht gegen die Nation, und es ist nichts Ungehöriges, wenn die Beamten in angemessener Form von den verantwortlichen politischen Beamten darauf aufmerksam gemacht werden. Redner verliest einen nationalliberalen Aufruf und betont bei Verlesung der Unterschriften die Titel der unterzeichneten Beamten. (Zuruf des Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Sie denunzieren!) Nein, das Denunzieren überlasse ich Ihnen und Ihrer Sippe. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Vorß ruft den Abg. Liebknecht wegen des Ausdrucks „denunzieren“ zur Ordnung. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich bitte, auch den Redner wegen des Ausdrucks „Sippe“ zur Ordnung zu rufen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rogalla v. Bieberstein (L.): Wenn ich mich mit dem Ausdruck „Sippe“ vergreifen haben sollte, so nehme ich ihn zurück. In bezug auf die Interpellation befinden wir uns in voller Übereinstimmung mit dem Minister.

Abg. Biersch (fr.): Das Vorgehen der Regierung richtet sich nicht gegen die Nationalliberalen, sondern gegen eine Aktion von Beamten, welche für schädlich für das Reichtum erachtet wurden, obgleich sie der nationalliberalen Partei angehören. Ich richte an alle Deutschen in den Ostmarken die Mahnung, treu zusammenzustehen, um den Ansturm der Polen aufzuhalten. (Bravo! rechts.)

Abg. Kronjahn (fr. Sp.): Beamteneinrichtungen mißbilligen auch meine Freunde, aber hier ist davon nicht die Rede. (Sehr richtig! rechts.) Ein einseitiges konservatives Parteiregiment ist in der Provinz Posen nicht vorhanden. (Bravo! rechts.) Die Regierung hat ja auch erklärt, daß sie gar nicht daran denkt, nationalliberalen Beamten Schwierigkeiten zu bereiten. Die heutige Verhandlung wird dazu beitragen, die Einigkeit des Reichstums in der Ostmark zu festigen und in diesem Sinne begrüße ich die Einbringung der Interpellation. (Bravo! rechts, Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist ein „Freisinniger“.)

Abg. Switalska (Pole) wendet sich dagegen, daß man die Beamten zu Dienern der Politik der Regierung mache.

Abg. Dr. Bell (B.): Wir stehen durchaus auf dem Standpunkt der Interpellation. Der Vorgang beweist, wie gefährlich es ist, wenn man der Regierung das Recht zugesprochen würde, auf die politische Betätigung der Beamten unter dem Vorwand der Vermeidung einer Gefährdung von Staatsinteressen einzuwirken. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Abg. Dr. Friedberg (nall.): Nach den Ausführungen des Abg. Kronjahn muß man annehmen, daß der ostdeutsche Verwaltungsapparat in schönster Ordnung ist. Ich nehme an, daß seine Parteifreunde sein Urteil, daß von Beamteneinrichtungen hier nicht die Rede sei, nicht teilen werden.

### Schlussantrag

wird hierauf angenommen!

### Zur Geschäftsordnung

bemerkt

Abg. Müller-Berlin (fr. Sp.), daß seine Freunde das politische Regiment auch in Polen als ein einseitiges Parteiregiment nach wie vor ansehen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Durch den Schluß der Debatte ist uns, als einzige Partei, bei dieser Sache das Wort abgeschnitten worden und die Möglichkeit genommen, im einzelnen nachzuweisen, wie die Nationalliberalen in der Ostmark in das eigene Messer hineingerannt sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird die zweite Beratung des Etats beim

### Etat der Räte und indirekten Steuern

fortgesetzt.

Der Etat wird noch unwesentlicher Debatte bewilligt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der zweiten

Lesung des Justizetats.)

Schluss 3 1/2 Uhr.

## Gewerkschaftliches.

### Neue Verhandlungen im Holzgewerbe.

Am 12. Februar sind nunmehr im Holzgewerbe 33 Verträge, die für rund 30 000 Arbeiter Geltung haben, zum Ablauf gekommen, und ist dieser kritische Zeitpunkt vorübergegangen, ohne daß es, wie zu erwarten war, zum Kampfe auf der ganzen Linie gekommen ist. Es ist das darauf zurückzuführen, daß im letzten Augenblick eine Verständigung zwischen den Zentralvorständen der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen erzielt wurde, die dahin geht, daß die Verhandlungen zunächst fortgesetzt werden sollen, und daß während der Dauer dieser Verhandlungen trotz des geschehenen Ablaufs der Verträge weder Aussperrungen noch Streiks in den in Frage kommenden Städten vorkommen sollen. Die Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen in der letzten Woche sollen, wie wir erfahren, schon in den nächsten Tagen ihre Fortsetzung finden. Ob es hierbei gelingt, einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden, läßt sich heute noch nicht sagen. Die Lage im Holzgewerbe bleibt also nach wie vor noch sehr gespannt, doch dürfte, falls nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, noch eine Zeitspanne vergehen, bevor die endgültige Entscheidung erfolgt. Welches Gewicht den fortzusetzenden Verhandlungen auf Seiten der Arbeitgeber beigelegt wird, beweist eine Notiz der Fachzeitung der Arbeitgeber. Dort heißt es:

„Das Schwerkriegs liegt in der Verhandlungen der Zentralvorstände und dort wird die Entscheidung fallen.“

Für die Holzarbeiter liegt das Schwerkriegs darin, daß sie heute erklären können, daß ihre Klagen auf der ganzen Linie beseitigt ist, daß sie über eine gut ausgearbeitete Organisation verfügen, und durch die Opferwilligkeit der Mitglieder den Klagen in den letzten Wochen ganz gewaltige Summen zugesichert worden sind. Die Holzarbeiter werden den weiteren Dingen also „Gedult bei Fuß“ entgegensehen!

### Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Berliner Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft ist für die Arbeiter erfolgreich beendet worden. Der Metallarbeiterverband suchte bald nach Ausbruch des Streiks Verhandlungen mit der Direktion anzuknüpfen. Nach Beginn der Verhandlungen erklärte sich die Direktion zu einigen Zugeständnissen bereit. Montag kam die Einigung zustande. Den Lohnarbeitern wurden, mit Ausnahme weniger, die erst kürzlich in den Betrieb gekommen sind, Lohnzulagen bewilligt. Die Ausständigen erklärten sich mit den gemachten Zugeständnissen einverstanden, befristeten den Streik aufzuheben und am Dienstag die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Organisation erlangt somit einen ganz beachtenswerten Erfolg.

Die in der Jalousiebranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen versammelten sich am Sonntagabend in Boelers Festsaal, um zu der Entwicklung der Dinge in den Kreisen der Jalousiefabrikanten Stellung zu nehmen. Das Unternehmertum dieser Branche hatte schon im Jahre 1905 eine Organisation, die sich über ganz Deutschland erstreckte, gegründet, die wohl als Preislenkunion anzupreisen war. Dem damaligen Bestreben der Unternehmer, der Schmutzkonkurrenz zu Leibe zu gehen, ließen die Berliner Jalousiearbeiter ihre Unterstützung, indem sie einer auf der Lohnbrücke beruhenden Konkurrenz durch Abschluß eines Tarifvertrages mit der Unternehmerorganisation entgegenwirkten. Die letztere sollte jedoch nicht von allzulänglichem Bestand sein; die Uneinigkeit der Fabrikanten und deren gegenseitige Preisunterbietungen machten ihrem Leben wieder ein rasches Ende. Der im Jahre 1905 mit den Arbeitern abgeschlossene Tarif kann aber trotzdem als weiterbestehend angesehen werden, da er weder von der sich auflösenden Unternehmerorganisation, noch von den einzelnen Arbeitgebern gelündigt worden ist und auch bis heute noch bei der Entlohnung der Arbeit allgemein zur Richtschnur genommen wurde. Nur die Firma Wohlfahrt u. Co. hat ihrerseits den Tarifvertrag gelündigt. Trotzdem muß wohl der gegenwärtige Zustand im Unternehmertum ein besonders tröstlicher sein, denn es macht sich jetzt wieder, wenigstens unter den Berliner Fabrikanten, das Bestreben bemerkbar, eine neue Organisation zu gründen. Eine kürzlich stattgehabte Unternehmerkonferenz hat hierzu bereits Vorkehrungen getroffen. Auch die nächsten Aufgaben dieser Organisation sollen bereits festgelegt sein. So soll zunächst dahin gewirkt werden, daß den Unternehmern die Fabrikate ihrer Industrie einen Reingewinn von 33 1/2 Proz. abwerfen. Dabei soll aber nur eine mäßige Preiserhöhung vorgenommen werden. Da nun heute die Fabrikate in der Jalousieindustrie selbst bei einer mäßigen Erhöhung der Preise, vielleicht von etwa 5 Proz., noch lange keine 33 1/2 Proz. Reingewinn abwerfen, so steht schließlich zu erwarten, daß die Unternehmer diesen durch eine nicht unwesentliche Reduzierung der Löhne zu erreichen suchen werden. Einer etwa nach dieser Richtung hin gegebenen Absicht wollen die Arbeiter entgegenwirken, indem sie den Arbeitgebern eine neue Tarifvorlage unterbreiten werden. Diese weist als hauptsächlichste Forderung eine Erhöhung der Zeit- und Akkordlöhne gegenüber dem Tarif von 1905, sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit von 52 auf 51 Stunden auf. Durch die Beseitigung der Heimarbeit glaubt man ebenfalls für die Interessen der Arbeiterschaft schädigenden Schmutzkonkurrenz unter den Unternehmern entgegenwirken zu können. Durch die Annahme einer Resolution beauftragten die Versammelten ihre Branchenleitung, möglichst bald die geeigneten Schritte zur Wiedereinführung eines Tarifvertrages zu unternehmen.

Der Streik in der Schuhfabrik von Jakobius Söhne, Bergstraße 33/35, dauert unverändert fort. Die in voriger Woche stattgefundene Verhandlung mit der Kommission des Fabrikantenverbandes ist gescheitert. Diese Kommission vertritt das Prinzip, daß die Fabrikanten den Profit von jeder technischen Neuerung reißlos schlucken sollen, und dem Arbeiter nur die vermehrte Mühe überlassen bleibt. Am Freitag wurden die Verhandlungen mit dem Fabrikanten selbst fortgesetzt. Sie hätten auch zur Beendigung des Ausstandes geführt, wenn der Unternehmer nicht die Bedingung gestellt hätte, daß von 30 Streikenden 15 nicht wieder eingestellt werden sollten. Diese Bedingung soll dem Fabrikanten von seinem Verbandsaufsichtsrat worden sein. Der Friedensschluß wurde durch diese Prätention der Arbeiterschaft vereitelt und ersuchen wir nach wie vor, den Jugzug fernzuhalten.

Verband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

Aktion, Stukkateure! Bei der Firma Schneider, Friedenau, Bau Rantstraße 21/23 haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt.

### Deutsches Reich.

#### Tabakarbeiter-Bewegung.

Die am Freitagabend in einer Fabrikbesprechung der Firma W. Herbst in Trebbin gewählte Kommission erzielte in der Verhandlung mit dem am Sonntagabend anwesenden Chef der Firma folgenden: Arbeiter werden nicht entlassen. — Die jetzige Woche wird voll gearbeitet, die darauf folgende Woche sehen alle aus und dann wird es sich regeln, ob durch Vollarbeiten und zeitweises Aussetzen oder durch Arbeitszeitverkürzung die Sache beigelegt wird.

Ueber die Maschinenfabrik von Schäffer u. Frick in Düsseldorf ist seitens der beteiligten Organisationen, Metallarbeiterverband und Gewerkschaft (G. u. V.), die Sperre verhängt worden.

Anfang Januar brach in diesem Betriebe wegen Akkordreduzierung ein Streik aus, der nach 14tägiger Dauer durch beiderseitiges Entgegenkommen beendet wurde. Die Firma hat aber den Frieden nicht gehalten. Organisierte wollte man nicht mehr einstellen. Auch bei der Reiser eine Neuerung, daß die am Streik beteiligten Gewerkschaften nach und nach entlassen werden sollen. Tatsächlich sind nunmehr seit Beendigung des Streiks, also in einem Monat, von etwa 50 in Frage kommenden Arbeitern nicht weniger als 8 entlassen worden. Man ging dabei in der Weise vor, daß man bei irgendeiner geringen Verfehlung die sofortige Entlassung verfügte. Vergehen, die auf anderen Werken mit einem Beweise oder mit 25 Pf. Strafe belegt werden, führten zur Entlassung. Es ist bereits versucht worden, durch eine Kommission mit dem Betriebsinhaber Herrn Schäffer zu unterhandeln und die Angelegenheit auf gütlichem Wege zu regeln. Herr Schäffer gab auch beruhigende Erklärungen ab; aber es blieb alles beim Alten. Einer nach dem andern wird von seinem Schicksal ereilt. Daß die Arbeiter nicht gewillt sind, ohne sich zu wehren, der Reihe nach über die Ringe zu springen, könnte auch ein Unternehmer begreifen. Es ist deshalb zunächst die Sperre verhängt worden. Wenn dieses Mittel die gewünschte Wirkung nicht haben sollte, ist ein neuer Streik unausbleiblich.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Düsseldorf.

Die Arbeiter der graphischen Berufe in Jülich und Aachen nahmen in zwei Versammlungen den Bericht über die Münchener Verhandlungen entgegen. Sie protestierten entschieden gegen die Verschleppungspolitik des Unternehmerratsverbandes. In beiden Versammlungen wurde einstimmig erklärt, daß die graphischen Arbeiter die Zurücknahme der Kündigung durch die Unternehmer für sich nicht als bindend anerkennen, bevor nicht die Differenzen wegen der Arbeitsordnung ebenfalls erledigt sind.

### Ausland.

#### Neue Aussperrungskündigung in Dänemark.

Der dänische Arbeitsmannsverband hatte den seinerzeit mit der Vereinigung dänischer Zementfabriken abgeschlossenen Tarifvertrag auf den 1. Februar dieses Jahres gelündigt. Ein neues Übereinkommen ist nicht zustande gekommen, und er wird nun vorläufig ohne Tarif weiter gearbeitet. Das paßt jedoch der dänischen Arbeitgebervereinigung nicht. Sie hat dem Verband der dänischen Gewerkschaften am Freitag mitgeteilt, daß demnächst eine allgemeine Aussperrung der Zementarbeiter über das ganze Land veranlaßt werden soll.

Die dänische Arbeitgebervereinigung spielte sich erst vor kurzem in einem Schreiben an den Gewerkschaftsverband als besonders friedliebend auf; man wollte mit Rücksicht auf die schlechte Konjunktur alles vermeiden wissen, was den Arbeitsfrieden stören könnte. Jetzt nun schon der Aussperrungsbeschluß in der Zementindustrie, wie es mit der Friedensliebe des dänischen Unternehmertums befehle ist, so liegt außerdem im Buchdruckgewerbe wieder einmal ein Beweis dafür vor, daß jene allgemeine Arbeitgebervereinigung in den einzelnen Berufen geradezu als Friedensstörer auftritt. Im Buchdruckgewerbe war im letzten Sommer für sämtliche Provinzstädte Dänemarks ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Bei den Verhandlungen darüber hatte der dänische Buchdruckerverband vergeblich darauf gedrungen, daß auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen durch

den Tarif geregelt werden sollten, die größtenteils im Buchdruckerverband organisiert sind. Die Buchdruckermeister erklärten jedoch, daß sie die Löhne der Hilfsarbeiter durch einen Landes-Larif nicht geregelt wissen wollten. Hieran den Tarifvertrag zu knüpfen, schien der Gewerkschaft bei der schlechten Konjunktur nicht angebracht. Der Buchdruckerverband suchte dann die Interessen der Hilfsarbeiter durch lokale Verhandlungen an den verschiedenen Orten wahrzunehmen. Man begann damit in Aarhus, und hier gelang es auch, zwischen der Prinzipalvereinigung und der Ortsabteilung des Verbandes einen Tarifvertrag für die Hilfsarbeiter abzuschließen. Der Vertrag wurde von den Parteien vorbehaltlich der Genehmigung ihrer Hauptorganisationen unterzeichnet. Die dänische Arbeitgebervereinigung weigerte sich, den Tarifvertrag gutzuheißen, und durch ihren Einfluß kam es dahin, daß die Landesvertreter der Buchdruckermeister schließlich erklärten, die Verhältnisse des Hilfspersonals könnten nicht ortswise, sondern nur zugleich für das ganze Land geregelt werden, wozu sie jedoch kein Mandat hätten. Es kam dann über diese Angelegenheit noch ein paar mal zu Verhandlungen, zuletzt am 7. Februar. Die Arbeitgeber erklärten hier, daß sie keinen Lohnarif für das Hilfspersonal durchführen wollten, solange der jetzt geltende Buchdruckerarif noch bestehe. Der in Aarhus abgeschlossene Tarif wurde von den Arbeitgebern einfach für hinfällig erklärt und konnte somit nicht in Kraft treten. Der Buchdruckerverband sowohl wie der Gesamtverband der Gewerkschaften haben sich weitere Schritte in dieser Angelegenheit vorbehalten, und wenn das Hilfspersonal in den Buchdruckereien demnächst versuchen sollte, durch Kampf geregelte Lohnverhältnisse zu schaffen, so trägt lediglich die Arbeitgebervereinigung die Schuld daran, die es den Buchdruckermeistern in Aarhus verbietet, ein Übereinkommen durchzuführen, das sie selbst unterschrieben haben.

### Streifbrecher, aber keine Ehrenmänner.

In Norwegen hat sich in der Rechtsprechung während der letzten zehn Jahre ein merkwürdiger Umschwung hinsichtlich der Bezeichnung vollzogen, die man den Streifbrechern beilegen darf. Im Jahre 1900 wurde der Verbandsvorsitzende W. Ormestad der Eisen- und Metallarbeiter vom höchsten Gericht verurteilt, weil er Streifbrecher als Streifbrecher (Streifbrecher) bezeichnet hatte. Damals ging die Arbeiterschaft dazu über, statt jenes Wortes den Ausdruck „Hadersmænd“ (Ehrenmänner) für diese Verräter an der Arbeiterschaft zu gebrauchen. Im Jahre 1909 aber war der Ortsvorsitzende der Zimmererorganisation in Kristiania angeklagt, weil er eine Liste der „Ehrenmänner“ bei der Baugemeinschaftsprüfung in Kristiania 1908“ herausgegeben hatte. Das Schöffengericht sprach die Angeklagten frei und verweigerte auch die beantragte Restitutions der Veröffentlichung, so daß die „Ehrenmänner“ es also nach wie vor wagen mußten, ihre Namen auf Aufzählungen und in der Arbeiterpresse gedruckt zu sehen. Der Kläger, ein Zimmerer Anton Hjerpe, dem die Arbeitgebervereinigung Rechtsbeistand gewährte, legte Berufung beim höchsten Gericht ein und dieses hat nun Ende der verfloffenen Woche, im Gegensatz zur Unterinstanz, die vier Vorstandsmitglieder wegen Verleumdung zu je 20 Kronen Geldstrafe verurteilt. Die Entscheidung wurde mit 4 gegen 3 Stimmen gefällt. Das höchste Gericht ist bei der Urteilsfällung eigentlich über seine Befugnisse hinausgegangen, denn die Entscheidung über die Schuldfrage soll lediglich Sache des Laiengerichts sein, während die aus Juristen zusammengesetzte höchste Instanz nur nachzuprüfen hat, ob in dem Prozeßverfahren Fehler gemacht sind. Aber das Urteil des höchsten Gerichts läßt sich nicht umstoßen, und die norwegische Arbeiterschaft wird nun wohl dazu übergehen, die „Ehrenmänner“ wieder mit dem richtigen Namen als Streifbrecher zu bezeichnen.

### Siegreicher Gasarbeiterausstand.

Paris, 14. Februar. Der Ausstand der Gasarbeiter in Lorient, welcher mehrere Tage dauerte, ist beendet worden, nachdem die Gasgesellschaft die Forderungen der Arbeiter angenommen hat.

### Kein Ausstand englischer Bergleute.

Das Referendum der Grubenarbeiter der Grafschaft Northumberland endigte mit der Ablehnung des befürchteten Ausstandes. Die Abstimmung ergab 14 078 für den Ausstand und 13 657 gegen den Ausstand. Der Ausstand kann jedoch nur dann proklamiert werden, wenn eine Zweidrittelmehrheit vorhanden ist.

Für die Verstaatlichung der Kohlengruben sprachen sich die amerikanischen Bergarbeiter auf dem Kongreß der United Mine Workers in Indianapolis aus, ein für die amerikanischen Gewerkschaftsverhältnisse sehr bemerkenswerter Beschluß. Der Kongreß nahm eine Resolution an, welche sich für die Übernahme der Bergwerke durch den Staat erklärt. Die Arbeiter sehen darin das wirkungsvollste Mittel zur Verminderung der zahlreichen Bergwerkskatastrophen und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, vor allem aber der geistigen Verächtlichkeit der Ansprüche auf gesundheitliche Einrichtungen im Grubenbetriebe. — Die Gewerkschaften sehen ein, daß sie nur wenig ausrichten können gegenüber der wachsenden Macht der Grubenbesitzer. Sie rufen den Staat zur Hilfe, der mit dieser Macht gleich im großen aufträmen soll.

Der Ausstand der Bergarbeiter des australischen Südbiers ist nach einer Meldung aus Sydney beendet; die Bergarbeiter des Nordbiers werden am 21. d. M. die Arbeit wieder aufnehmen.

### Soziale Geleitzentwürfe.

Dem Reichstag sind am Sonntagabend drei Geleitzentwürfe zugegangen, deren Inhalt nachstehend kurz wiedergegeben werden soll. Es sind das die Entwürfe eines Arbeitskammergesetzes, eines Hausarbeitsgesetzes und der Gewerbeordnung.

Bekanntlich war ein Geleitzentwurf über ein Arbeitskammergesetz bereits am 20. November 1908 an den Reichstag gelangt. Er wurde auch von einer Kommission durchberaten. Die weitere Beratung war durch den Schluß der Session unmöglich gemacht. In dem jetzigen Entwurf sind einige Umstände der Kommission berücksichtigt. So ist im § 8 in Übereinstimmung mit den in der Kommission geduldeten Wünschen den Arbeitskammern ausdrücklich zur Pflicht gemacht worden, auf Anrufen der Beteiligten beim Abschluß von Tarifverträgen mitzuwirken und die Einrichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen zu fördern. Auch ist bestimmt worden, daß die Arbeitskammern Untersuchungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbebetriebe in ihrem Bezirk selbstständig veranlassen können. Im § 7 Absatz 1 sind entsprechend einem Kommissionsbeschluß die Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker mit Rücksicht auf die Schwierigkeit ihrer Stellung in der Arbeitskammer von der Geltung des Gesetzes ausgeschlossen worden. Dagegen haben die Verbündeten Regierungen den Beschluß der Kommission, wonach die Verlegung der Arbeitskammern von der Landeszentralbehörde auf den Bundesrat übertragen werden sollte, keine Folge gegeben. Ebenso haben die Verbündeten Regierungen es leider abgelehnt, den Beschlüssen der Reichstagskommission über die Herabsetzung des Alters für die Wahlberechtigten und die Wahlbarkeit, die Ablehnung der Wahl zur Arbeitskammer, sowie denjenigen, welche die Wahl von Sekretären der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vereinigung ermöglichen sollten, beizutreten. Die Bestimmungen über das Wahlverfahren sind gemäß dem Kommissionsbeschluß vereinfacht und erleichtert worden, auch ist die Aufbringung der Kosten im wesentlichen so geregelt, wie es die Reichstagskommission vorge schlagen hatte. Endlich sind in Berücksichtigung der von der Kommission geäußerten Bedenken die Sitzungen der Arbeitskammer für nicht öffentlich erklärt worden.

Der Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes enthält eine Materie, die von der Kommission des Reichstages bereits durchberaten

worben ist. Durch den nunmehr vorgelegten Entwurf soll die Hausindustrie gefördert werden. Dabei sind die Vorschriften über die Lohnbücher ausgedehnt worden und lediglich die ausfalligsten der Hausarbeit betreffenden Vorschriften aufgenommen. Auf Grund dieses Entwurfs sollen auch, sobald der Gesetzesentwurf erlangt hat, Vorschriften zur Regelung der Zigarrenhausarbeit erlassen werden. Ursprünglich hatte man die Lohnbücher in solchen Gewerbebetrieben vorsehen wollen, die mit besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit und Stillschließung der Arbeiter verbunden sind. Die Kommission hielt ein Eingreifen in allen Gewerbebetrieben infolge der Gefahr, als sich aus der Art und Weise der Beschäftigung Gefahren für Leben und Gesundheit ergeben. Dieser Kommissionsbeschluss ist berichtigt worden. Im übrigen erweitert der Entwurf die Bestimmungen über die Bekämpfung der Gefahr der Beschäftigung mit gefährlichen Substanzen aus der Hausarbeit völlig ausgeschlossen werden können. Bezüglich des Schutzes der Sittlichkeit wurde dem Wunsche der Kommission entsprechend eine dem § 120a der Gewerbeordnung nachgebildete Vorschrift aufgenommen, wonach auf Gesundheit und Sittlichkeit der männlichen Hausarbeiter unter 18 Jahren und der Hausarbeiterinnen diejenigen besonderen Rücksichten zu nehmen sind, welche durch Alter und Geschlecht dieser Arbeiter geboten sind. Bezüglich der Kinderarbeit ist neu bestimmt worden, daß die Beschäftigung von eigenen oder fremden Kindern in der Hausarbeit von der Vollendung eines höheren Lebensalters abhängig gemacht oder ganz verboten werden kann. Für andere Hausarbeiter unter sechzehn Jahren kann Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit, sowie Dauer und Lage der Pausen vorgeschrieben, auch kann die Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen verboten werden. Dem Wunsche der Kommission nach Festsetzung eines hygienischen Normalarbeitsalters und nach Erlaß eines Verbots der Sonntagsarbeit hat der Entwurf keine Rechnung getragen. Der frühere Entwurf hatte die Bestimmung enthalten, daß der Ausschuss einer Tafel mit den jeweilig gezahlten Löhnen angeordnet werden könne. Bei den Kommissionsberatungen wurden Zweifel darüber geäußert, ob die Besonntgabe der Löhne durch den Ausschuss von Tafeln in allen Gewerbebetrieben durchführbar ist, und eine weitere Fassung der Bestimmung empfohlen. Dieser Anregung ist entsprochen worden. In dem vorliegenden Entwurf wird vorgeschlagen, dem Bundesrat die Befugnis zu übertragen, für bestimmte Gewerbe den Ausschuss solcher Verzeichnisse vorzuschreiben und die gleiche Befugnis auch den Landeszentralbehörden und zuständigen Polizeibehörden für den Fall zu erteilen, daß der Bundesrat von einem allgemeinen Vorbehalten absteht. Entsprechend einem Wunsche der Kommission ist ferner eine Vorschrift aufgenommen, wonach die zuständigen Polizeibehörden befugt sein sollen, auf Antrag der Gewerbeaufsichtsbeamten im Wege der Verfüßung für einzelne Gewerbebetriebe diejenigen Maßnahmen hinsichtlich der Einrichtung der Betriebsstätte und der Regelung des Betriebes in den in Betracht kommenden Räumen anzuordnen, welche zur Vermeidung einer durch die Natur des Betriebes nicht gerechtfertigten Zeitverlängerung der Hausarbeiter bei der Empfangnahme oder der Ablieferung von Arbeit erforderlich ist und nach der Natur der Anlage ausfindbar erscheinen. Endlich ist den Beschlüssen der Kommission Rechnung getragen, nach denen die Polizeibehörden weitergehende Befugnisse als bisher haben sollen, bei der Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln in der Hausarbeit, die im Interesse der öffentlichen Gesundheit notwendig erscheinenden Anordnungen treffen zu dürfen, und daß solche Anordnungen von der Polizeibehörde in allen Gewerben getroffen werden dürfen. Der Entwurf hat also selbst den so zahlreich beschlüssen der Kommission keineswegs hinreichend Rechnung getragen. Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Änderung der §§ 114 a u. v. der Gewerbeordnung enthält jene Bestimmungen des im Jahre 1907 dem Reichstag zugegangenen Entwurfs betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, welche in den darüber stattgehabten Kommissionsberatungen keine wesentlichen Änderungen erfahren haben, so daß, wie die Motive sagen, die Verbänden der Regierungen ohne längere Verhandlungen Stellung dazu nehmen konnten. Dies trat zu für die Bestimmungen über

die Lohnbücher und Arbeitszettel, die Bestimmungen über die Fortbildungsschulen, die Dauer der Arbeitszeit in den Gewerbetrieben, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird usw. Zurückgestellt wurden die Bestimmungen über die Rechte der Betriebsräte der Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker. Zu diesem Teile der Vorlage hat nach Ansicht der Regierung die Kommission so wesentlich abweichende Beschlüsse gefaßt, daß zunächst noch eingehende Verhandlungen darüber erforderlich werden, ob und inwieweit die Verbänden der Regierungen ihnen beitreten werden. Ferner hat die Kommission eine Reihe von Fragen in den Kreis der Erörterung gezogen hinsichtlich der keine Vorläge in der Vorlage enthalten waren. Die Verbänden der Regierungen behalten sich die Erwägung darüber vor, ob und inwieweit diese Beschlüsse zur Grundlage für eine gesetzliche Regelung genommen werden können. Bei den Bestimmungen betreffend die Lohnbücher und Arbeitszettel (§ 114 a) ist der Anregung, die Vorschriften über den Inhalt der Eintragungen weiter zu fassen als bisher, nicht entsprochen worden, weil diese Frage bei einer Abänderung des § 111 der Gewerbeordnung gelöst werden soll. Dagegen ist den Beschlüssen der Kommission, wonach Vorschriften gemäß § 114 a auch für bestimmte Bezirke durch Anordnung der Landeszentralbehörden oder durch Polizeiverordnungen erlassen werden können, Rechnung getragen worden.

Wir behalten uns vor, auf den durchaus ungenügenden Arbeitsentwurf des näheren einzugehen.

## Aus der Partei.

Von der Presse.

Am Sonntag hatte eine sehr stark besuchte Parteiversammlung des Reichstags-Wahlkreises Chemnitz über einen Antrag des Vorstandes und der Prekommission zu beschließen, den Monats-Abonnementpreis der „Vollstimme“ um 10 Pfennige, von 60 auf 70 Pfennige zu erhöhen. Der Antrag ist von den ärmsten ergebirglichen Kreisen des Verbreitungsbezirks der „Vollstimme“, u. a. dem 20. (Saxha-Marien-berg) und 21. Kreise (Annaberg-Schwarzenberg) schon angenommen worden.

Trotzdem und trotz des Umstandes, daß die erhebliche Verbesserung und Vergrößerung des Blattes in den letzten Jahren die Erschließung neuer Einnahmen dringend notwendig machen — hat doch das letzte Jahr nach einer langen Periode von Ueberflüssen zum ersten Male ein Defizit gebracht — lehnte die Versammlung die Erhöhung des Abonnementpreises ab. Weder der sachliche Bericht des Geschäftsführers Genossen Landgraf noch die Ausführungen der Genossen Koste, Goldt und der Prekommissionsmitglieder Zeißig, Niemann u. a. konnten die Mehrheit der Versammlung von der unbedingten Notwendigkeit der Preiserhöhung überzeugen.

Unsere Toten.

Einem von der alten Garde gaben die Chemnitzer Genossen am Sonnabend das Geleit zu dem letzten Ruhestätte, dem Krankenkontrollleur Genossen Emil Häble. Als blutjunger Mann hat er schon in den 70er Jahren für Partei und Gewerkschaft gewirkt und das Schandgesetz hat er mit durchgeführt, einige Zeit stand er in der ersten Reihe der Kämpfer. Drei Wochen Gefängnis und Maßregelung trafen ihn und dann hatte er recht schlechte Zeiten durchzumachen. Ein mitunter recht derber Humor ließ ihn aber alle bösen Lebenslagen hinweg. In den letzten Jahren war er Krankenkontrollleur. Reich war der Blumenfreund und die starke Beteiligung der Partei- und Gewerkschaftsgenossen, denen er durch Verfaß- und Agitationsarbeit nahe gestanden hatte, bei der Bestattung im städtischen Krematorium.

Verleumder de Jellco auf dem Rückzuge.

Rom, 10. Februar. (Fig. Ver.)

Die schamlosen Verleumdungen gegen Genossen de Felice, die auch die literale Presse des Auslandes mit so viel Befriedigung

breitgetreten hat, haben schon wieder ihre verdiente Brandmarkung gefunden. Genosse de Felice hatte ein Kolofblatt von Catania, „La Sicilia“, verlagst, das zuerst die phantastische Beschuldigung erhoben hatte, nach der de Felice wenige Tage nach dem Erdbeben in Catania mit den Hilfsgeldern Regien gefeiert hätte, während er tatsächlich in derselben Zeit auf den Trümmern von Messina sein Leben aufs Spiel setzte. Diefelben Beschuldigungen, die ein literales Witzblatt „Il Postone“ ausgeplachtet hatte, hatten schon in Rom zur Verurteilung dieses Blattes geführt. Deshalb hatten die Angeklagten der „Sicilia“ keine Lust, es noch einmal auf einen Prozeß ankommen zu lassen, und zogen in der folgenden Erklärung ihre ehrenrührigen Behauptungen zurück: „Wir erklären hierdurch, daß der Inhalt der unter Auflage gestellten Veröffentlichungen und durch persönliche Berichte zugehörten und in gutem Glauben veröffentlicht wurde. Die Verhandlungen vor dem römischen Strafgericht, die zur Verurteilung des „Postone“ führten, haben uns vollkommen überzeugt, daß die dargelegten Tatsachen unwahr sind und wir falschen Aussagen zum Opfer fielen“. De Felice zog daraufhin die Anklage zurück und seine Verleumder bezahlten die Kosten.

## Eingegangene Druckschriften.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 4. Nummer des 27. Jahrganges im Umfang von 16 Seiten erschienen. Sie hat folgenden Inhalt: Bilder: August Debel. Nach einer photographischen Aufnahme. — Andrea Costa. — Instruktion. — Finken. — Die rote Farbe. — Vom Streik der Blumenarbeiter in Rom. — Beim Fenster. — Der Hummer Reichsbahn. — Wermutstisch. — Der physiologische Koch. — Scherz-macher. — Volksgymnastik.

Legt: Unserm August Debel zum 70. Geburtstag. — Andrea Costa. — Odenburg-Ganushau (Ill.). — Von Tobias. — Romelien am Winterabend. — Ein Wahrheitsdenkmal. — Des arabe Ereignis (Ill.). — Die Braunschneidiger Kette! Von H. Fl. — Die Ein-stat. Eine moderne Legende. — Von Alfred Scholz. — Lieber Jacob! Von Notthilf Raute. — Der Segen. — Von P. E. — Dilemma. — Von T. — Frevel. — Von P. E. — Werte Reduktion! Von Claus Swartmann. — Die Fremde. — Von P. E. — Die Schleppe. — Dorf im Schnee. — Von Leo Heller. — Die wärende weisse Welt. — Straß. — Von A. T. — Neudänische Naturstudien. — Charitas. — Von A. T. Illu.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Grodenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist soeben Nr. 10 des 20. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: August Debel. — Von Alois Jellco. — Der politische Führer der deutschen Arbeiterklasse. — Von Rosa Luxemburg. — Debel als Mitbegründer und Förderer der freien Gewerkschaften. — Von Helene Grünberg. — Was Debel den Arbeiterinnen gab. — Von Luise Hey. — Otilie Baader und S. Köhler. — Debel's Einfluß auf die bürgerliche Frau. — Von Mathilde Wurm. — Persönliches über Debel. — Von Luise Kautsky. — Große sozialistische Frauen aus Desterreich, England, Ungarn, Italien, Schwert, Holland, Dänemark, Finnland und den Vereinigten Staaten. — Politische Rundschau. — Von H. A. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Die Tarifbewegung in der Holzindustrie. — Von H. — Aus der Zeitungsarbeiterbewegung. — Von H.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: In einem Wintermorgen, vor Sonnenaufgang. — Von Eduard Mörike. — Menschliche Kultur auf der Stufe der niederen Jäger. — Von Hanns Levin-Dosch. — See-fischerei im Arbeiterhaushalt. — Die Mutter als Erziehlerin. — Feuilleton: Aus Debel's Lebenserinnerungen. — Der Hohn. — Von Max Stempel.

Für unsere Kinder: Von einem Helben. — Von ed. — Arbeiterjugend. — Von Ludwig Leßing. (Beitrag). — Im Dunkel des Unhorowaldes. — Von Brand. — Der Vat auf gemeinschaftliche Kosten. — Von Friedr. v. Sallet. (Beitrag). — Die schwarze Kiste. Eine wahre Geschichte von Hebe. (Schluß). — Der Besuch von 1910. — Von Emma Döh. (Beitrag).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 55 Pf. Jahresabonnement 2.60 Mark.

Die ersichtlich, ist Nr. 10 der „Gleichheit“ zum großen Teil dem siebzehnten Geburtstag unseres August Debel gewidmet. Besondere Bestimmungen auf die in erhöhter Auflage gedruckte Nummer sind an Paul Singer's Verlag in Stuttgart zu richten.

„Himmel und Erde“. 4. illustrierte naturwissenschaftliche Monatschrift. Herausgegeben von der Gesellschaft Urania Dr. G. Schwabe, S. G. Teubner, Leipzig.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Straßauer Viertel.  
(Bezirk Nr. 226, Teil II.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Schloffer  
**Paul Krause**  
Wahlhauer Str. 49  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 16. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichshagen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 11. Februar verstarb unser  
Mitglied, der Steinbrücker  
**Otto Lix**  
Gornholmerstr. 93.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute,  
Dienstag, den 15. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedhofes der Gethsemani-  
Gemeinde, Nieder-Schönhaufen-  
Nordend, aus statt. 225/4  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Am 12. Februar verstarb in der  
Hgl. Charité zu Berlin der bei  
unserer Verwaltung angestellte  
Prizer 271/7  
**Paul Kersten.**  
Der Verstorbene war seit Er-  
richtung des Verwaltungsgebäudes  
in unseren Diensten und hat  
durch sein beschauliches Wesen sich  
die Zuneigung aller beteiligten  
Organe erworben.  
Wir werden sein Andenken in  
Ehren halten.  
Nirdorf, den 14. Februar 1910.  
**Allgemeine Ortskrank-  
enkasse für Nirdorf.**  
J. K.: Reumeler, Vorsitzender.

Nach schweren Leiden verstarb  
unser Kollege  
**Gottlieb Wildermuth.**  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 15. Februar, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, auf dem Thomas-  
Kirchhof statt. 691/8  
Die Kollegen  
der Pianofabrik Rich. Deicken.

Am Sonnabend, den 12. d. Mts.,  
verstarb nach langem schweren  
Leiden meine liebe Frau, unsere  
gute Mutter, Tochter, Schwägerin  
und Tante 4306/2  
**Klara Kießling**  
geb. Schulz.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 16. d. Mts., nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Philippus-Kirchhofes, Strö-  
hofes, Nollendorfstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Dankfagung.**  
Für die rege Beteiligung sowie für  
die kostbaren Kranzpenden bei der  
Beerdigung meines Bruders, unseres  
Schwagers und Onkels  
**Oskar Liedel**  
sage ich allen, insbesondere den Ver-  
wandtschaften von Alfreds Beerdigung,  
den Kollegen der Buchdrucker  
Gesamt-Kass. F. R. Weder, dem  
Sozialdemokratischen Wahlverein des  
2. Reichstagswahlkreises, dem Spar-  
verein „Gildt an“ sowie allen Freun-  
den und Bekannten meinen innigsten  
Dank. 679/9  
Die trauernden Hinterbliebenen  
**Adolf Liedel** nebst Frau u. Kind.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 13. Februar verstarb unser  
Mitglied, der Arbeiter  
**Hermann Hildebrand**  
Kdstr. 111.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 17. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Elisabeth-Kirchhofes,  
Uringen-Nieder, aus statt. 225/3  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Verband der Lithographen,  
Steindrucker u. verw. Berufe.**  
(Deutscher Sankelster-Bund.)  
Am Freitag, den 11. Februar,  
verstarb nach langer, schwerer  
Krankheit unser Kollege und Mit-  
glied, der Steinbrücker 233/7  
**Otto Lix**  
im Alter von 33 Jahren an Herz-  
leiden.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 15. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle des  
Gethsemani-Kirchhofes in Nieder-  
Schönhaufen-Nordend aus statt.  
Die Verwaltung der Filiale I.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungshalle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Rohrlinger  
**Paul Kersten**  
am 12. d. Mts. gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 16. d. Mts., nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Nirddorfer Ge-  
meinde-Friedhofes, Mariendorfer  
Berg, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
111/12 Die Ortsverwaltung.

Am 12. d. Mts. verschied nach  
langem, schwerem Leiden meine  
liebe Frau, unsere liebe Mutter,  
Tochter, Schwester, Schwieger-  
tochter und Schwägerin  
**Emma Bartels**  
geb. Teubner.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 16. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Thomas-Kirchhofes in  
Nirddorf aus statt. 4306/2  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Zentral-Kranken-Unterstützungs-  
verein der Schmiede und verwandten  
Gewerbe Deutschlands.**  
Berlin XI.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß am 12. d. Mts. unser Mit-  
glied Frau  
**Klara Kießling**  
verstorben ist.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 16. d. Mts., nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Philippus-Kirchhofes,  
Ströhofes aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
176/3 Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Anlässlich des Hinscheidens unseres  
lieben Sohnes und Bruders, des  
Polizers **Otto Regen** sagen wir  
dem Verband (Ortsverwaltung Berlin)  
für die lunge Anteilnahme unseren  
herzlichsten Dank. 689/9  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise der Liebe  
und Teilnahme bei der Beerdigung  
meines geliebten Mannes  
**Robert Weber**  
sage ich allen, insbesondere dem Ge-  
nossen Böhner für die trostreichen  
Worte und dem Gesangsverein  
„Männerchor Ch.“ meinen tief-  
gefühlsten Dank.  
Witwe Johanna Weber.

**Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Lagerarbeiter  
**Hermann Hildebrandt**  
am 13. d. Mts. im Alter von  
42 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 17. d. Mts., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Elisabeth-Kirchhofes,  
Uringen-Nieder, aus statt. 65/4  
Die Bezirksverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstagswahlkreises.**  
**Todesanzeige.**  
Am 12. Februar verstarb unser  
Mitglied, der Zigarrenmacher  
**Hermann Schwerdtfeger**  
Kdstr. 11.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 16. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle  
des Friedhofes der Gethsemani-  
Gemeinde **Nordend** aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung er-  
sucht  
128/14 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler,  
Sankierer, Ausstreicher usw.**  
Filiale Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied,  
**August Haase**  
(Bezirk Norden)  
am 11. Februar verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 16. d. Mts., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle  
des Friedhofes der Gethsemani-  
Gemeinde **Nordend** aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung er-  
sucht  
128/14 Die Ortsverwaltung.

Am 13. Februar verstarb nach  
kurzem, schwerem Leiden meine  
inniggeliebte Frau, unsere Tochter  
und Schwägerin  
**Frida Orchowski**  
geb. Kunsch.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Paul Orchowski u. Familie Kunsch.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,  
vom Krankenhaus Friedhofsbahn  
nach dem Lazarus-Kirchhof, Wä-  
hlfeldsberg, aus statt.

**Fruchtweine**  
kräftig und abgelagert  
sind billiger, wohlschmeckender und nahrhafter als  
**Branntwein!**  
**Johannisbeerwein,** herb und süß . . . 1/2 Flasche 60 Pf.  
**Heidelbeerwein,** herb und süß . . . 1/2 " 55 "  
**Stachelbeerwein,** süß . . . 1/2 " 55 "  
**Himbeerwein,** süß . . . 1/2 " 55 "  
**Kirschwein,** süß . . . 1/2 Flasche 70 Pf.  
**Brombeerwein,** süß . . . 1/2 " 45 "  
**Erdbeerwein,** süß . . . 1/2 " 45 "  
Zu haben in allen Geschäften, welche unsere Waren führen!  
**Fruchtweine**  
sind für Schankwirte zum Ausschänken aus dem Fass  
sehr vorteilhaft; Schankwirte und Wiederverkäufer erhalten  
bedeutende Preisermäßigung.  
**Hermann Meyer & Co. Akt.-Ges.**  
Berlin N., Watt-Str. 11/12. 4006L

**Dankfagung.**  
Allen denen, welche meinem lieben  
Sohn **Richard Liebelt** die letzte  
Leze erwiesen haben sowie für die  
schönen Kranzpenden sage ich hier-  
durch meinen herzlichsten Dank.  
Frau Marie Liebelt  
geb. Holmstädt.  
690/8

**Blumen- und Kranzbinderei  
von Robert Meyer,  
an der Mariannen-Strasse 2.**

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41,  
Moritzplatz,  
10-2, 3-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Blumen- u. Kranzbinderei**  
**Aug. Krause,**  
Wiener Straße 7,  
Telef. Berlin 12345 u. 5101/2

**Hermann Meyer & Co. Akt.-Ges.**  
Berlin N., Watt-Str. 11/12. 4006L

# Der Einsegnungsanzug

Die Fellen ändern sich. Wenn in früheren Jahrhunderten das Fest der Einsegnung heranrückte, beeilte sich Großmutter, am Spinnrocken für den Enkelsohn Stoff zu spinnen. Dieser wurde dann zu einem Anzuge geschnitten und derart bequem gearbeitet, daß ihn der Jüngling noch jahrelang tragen konnte. Waren jüngere Brüder vorhanden, so diente auch ihnen Großmutter's Gespinnst zum Festtagsstaat. Als mit den Fortschritten der Technik die Spindel der Spinnmaschine weichen mußte und mit dem gewaltigen Umschwunge auch auf anderen Gebieten die Bedürfnisse größer wurden und die Ansprüche mehr und mehr wuchsen, gemühten die groben Wolstoffe nicht mehr; es wurde ein glattes Tuch, schwarz oder dunkelblau, gewebt, auch der Schnitt verfeinerte sich, und ein Kleidungsstück in der Form des jetzigen Gehrodanzuges wurde dem Konfirmanden fertiggestellt. Diesen Zugus konnten sich aber nicht alle gestatten. Unbemittelte Leute haben sich damit ausgeholfen, daß Vaters Hochzeitsrod für den Jungen umgearbeitet wurde. Die Form des Gehrodes hat jetzt längst der praktischeren Form des Jadedts Platz gemacht. Die schwarze und vereinzelt auch die blaue Farbe des Einsegnungsanzuges hat sich aber bis zum heutigen Tage erhalten.

Wie auf allen Gebieten des Modewechsels erblickt die Firma **Baer Sohn** auch bei der Anfertigung von Einsegnungsanzügen eine ihrer Aufgaben darin, stets den Ansprüchen der Gegenwart Rechnung zu tragen. Neben den reichen Vorräten an Einsegnungsanzügen verdienen die in zahlreichen praktischen Mustern vorhandenen Prüfungsanzüge besondere Beachtung. Ebenso mag darauf hingewiesen werden, daß der Einsegnungsanzug bei Baer Sohn seine Vervollständigung durch Wäsche, Strawatten, Handschuhe usw. erfährt. Was die Preisbemessung der in den Geschäftshäusern Chausseest. 29-30, Brückenstr. 11, Große Frankfurterstr. 20 und Schöneberg, Hauptstr. 10 ausgelegten Waren anbelangt, so erübrigt es sich wohl, hierüber noch ein Wort zu verlieren.

(Nachdruck verboten!)

**Ich**



**verstehe nicht,**  
wie es nur möglich ist, bei den wirklich äusserst niedrig kalkulierten Preisen sowie der ganz vorzüglichen Qualität sämtlicher Waren wie:  
**Herrn-, Dam-, Kinder-Gard. Manufaktur- u. Weisswaren Möbel und Polsterwaren**  
noch solche überaus günstige und nicht mehr zu übertrumpfende Zahlungs-Bedingungen zu erwahren, wie das Kaufhaus auf Kredit  
**Für alle Welt**  
Schöneberg, Hauptstrasse 19  
am Kaiser Wilhelm-Platz  
Machen Sie dort einmal einen Versuch und sammeln Sie Annoncen dieser Firma  
Aufklärung erfolgt später



*Mit*

**Pulmonor**  
*einmal's des pflichtigen Litteraturot!*  
*„Pflanzung Litteraturot“*  
von **H. Schlinck & Cie. A. G.**  
Hamburg und Mannheim

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruchbänden, Leihbüchern, Geradenhalten, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Wiederum für Dets- und Hüls-Stranzenaffen.  
Berlin N.,  
jetzt Lothringer Straße 60.  
Alle Bruchbänder mit elastischen Belegen, angenehm u. weich am Körper.

**ROLLSCHUHE**  
Paar 1,65 RM., mit Kugellager 9,50 RM. Ein Post-Kugellager-schuh von einer Rollschuhbahn wenig gebraucht, 5 u. 7. W. 33.  
**Look, Goltzstr. 47**  
Vorsand nach Überall zu Fabrikpreisen.

**H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.**  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten zu Originalpreisen.**  
Amt 4, 3014.

**Leihhaus**  
Gelegenheitskäufe verfall. Gold- und Silberachen, Brillanten etc. Seit 25 Jahren **Prinzenstr. 28**

**Legehühner**  
1909 Frühbrut, fleißige Eierleger, heller Farbe, garant. leb. Ankunft, 18 Stk. 31 RM., 12 Stk. 23 RM., 6 Stk. 12 RM., alles m. Oahn.  
**Schneler, Myslowitz Nr. 2 O./B.**

**Drei Worte**  
sollten sich jedem Raucher fest einprägen, die ihm im gegebenen Fall immer Nutzen bringen werden.  
Wer sich derselben beim Einkauf von Cigaretten bedient, am stets

# JOSETTI VERA

**CIGARETTEN**  
zu verlangen, darf überzeugt sein, dadurch sein Interesse gewahrt zu haben. Er wird in diesem Falle stets Fabrikate von denkbar bester Qualität zu äusserst wohlfeilem Preise erhalten.  
Josetti Vera m. u. o. M. 10 St. 30 Pf.



**Geschenkt bekommen Sie**  
neben abgebildete und noch viele andere hübsche Gegenstände, wenn Sie  
**Gentner's Schuhcreme „Nigrin“**  
**Gentner's Seifenpulver „Schneekönig“**  
**Gentner's Sauerstoffwaschpulver „Joffa“**  
**Gentner's Metallputzpomade „Pascha“**  
**Gentner's flüssige Metallpolitur „Gentol“**  
in Ihrem Haushalt verwenden.  
Alleiniger Fabrikant für obige Artikel und des beliebten Vollensseifenpulvers „Goldperle“ mit hübschem Geschenk in jedem Paket  
**Carl Gentner, Göppingen.**



**Nein! Nie**



kann eine Medtzin Ihre Kopfschmerzen beseitigen, wenn diese, wie das sehr häufig der Fall ist, von schlecht sitzenden oder schlecht passenden Augengläsern herrühren.

Aber versuchen Sie das rechte Mittel dagegen, es hat schon vielen geholfen und wird auch Ihnen helfen. Tragen Sie

# nur Optal-Gläser

Optal-Gläser werden in allen erdenklichen Schärten und Kombinationen gefertigt. Auch für Ihre Augen sind die richtigen dabei! Ihre Sehkraft wird so genau und so sorgfältig geprüft, die Fassung wird Ihnen so korrekt verpaßt, dass ich volle Garantie übernehme; ja, ich verpflichte mich, Ihnen event. Ihr Geld zurückzahlen. Kommen Sie recht bald, Sie werden erstaunt sein, wie wohltuend Optal-Gläser wirken.  
Verlangen Sie meine neue Liste umsonst!

**Aerztliche Augen-Untersuchung kostenlos!**

Die Herren Augenärzte sind anzutreffen in meinen Geschäften:  
Am Alexanderplatz von 5 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr. — Linkstr. 1 von 11-1 und 5 $\frac{1}{2}$ -7 Uhr. — Friedrichstr. 100 von 9 $\frac{1}{2}$ -5, Brunnenstrasse 12 von 1 $\frac{1}{2}$ -5. — Chausseestrasse 72 von 10 $\frac{1}{2}$ -12 Uhr.

**7 Geschäfte in allen Stadtteilen:**  
Oranien-Str. 47 Friedrich-Str. 190 Brunnen-Str. 12 Link-Str. 1  
an der Luckauer Str. an der Kronen-Str. an der Invaliden-Str. an der Potsdamer Str.  
Am Alexander-Platz Chaussee-Str. 72. Turm-Str. 47  
neben Aschingers Bierquelle neben Warenhaus Stein. nahe Emdener Str.

# Optiker Ruhnke, Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Stierter Wahlkreis. Dienstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Restaurant Sanssouci, Kottbuser Straße 6, großer Lichtbildervortrag über: „Die badische Revolution“. Tickets a 10 Pf. pro Person sind an der Kasse und in der Expedition Langfurter Platz 14/15 zu haben.

Groß-Lichterfelde. Diejenigen Parteigenossen, die sich zur Erledigung der Vorarbeiten für die Gemeindevahl bereit erklärt haben, werden ersucht, sich heute abend bei Wahrensdorf, Backstr. 22, einzufinden. Der Wahlvereinsvorstand.

Tempelhof. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im „Wilhelmspark“, Berliner Straße 9: Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Stadtverordneten Döhl-Schöneberg über „Kommunale Aufgaben der Sozialdemokratie“. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl. Verschiedenes.

Brick-Baum. Heute abend 1/9 Uhr bei Schöneberg, Rudower-Straße 66 öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Die politische Lage“. Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Frauen, Männer, Gemeindevähler, erscheint in Massen. Der Vorstand.

Tempelhof-Baumgartenweg. Donnerstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr in der „Konfordia“ (Wangflic), Köpenicker Landstraße 257: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Gemeindevahl (Vortrag). Wahl von Delegierten zur Kreisgeneralversammlung und Groß-Berlin. Ergänzungswahlen zum Vorstand. Verschiedenes. Der Vorstand.

Adlershof. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokal von R. Kaul, Bismarckstr. 16 die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Jahresbericht unserer Gemeindevereiner. Referent Hildebrandt. Nominierung der Kandidaten zur Gemeindevahl. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen. Mittwoch, den 16. d. M., abends 7 1/2 Uhr, findet bei Wedhorn, Altes Schützenhaus, unsere Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom vorjährigen Parteitag. Referent: Gen. Groger-Misdorf. 2. Wahl von zwei Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. 3. Parteiangelegenheit und Verschiedenes.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Heute Dienstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Lindengarten“, Lindenstraße 43, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Unsere Gemeindevahl. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl. 3. Antrag des Kreisvorstandes: Erhebung eines Agitationsbeitrages. 4. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Potsdam. Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr: 3 Abende. 1. Bezirk bei Wegener, Alter Markt, Ede Kaiserstraße; 2. Bezirk bei Prusinska, Kaiser-Wilhelm-Straße; 3. Bezirk bei Lindemann („Viktorgarten“). — Die Frauenversammlung findet am Montag, den 21. d. M., im „Viktorgarten“ statt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Vom Stadthaushalt für 1910.

Der Magistrat hat seinen Entwurf des Stadthaushaltsetats für 1910 jetzt der Stadtverordnetenversammlung zugehen lassen, die nun darüber zu beraten und zu beschließen hat.

Das Bemerkenswerteste an dem neuen Etat ist die Notwendigkeit, zur Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Ausgaben und Einnahmen die Steuerlast zu erhöhen, bei der Gemeindevorkommensteuer von 100 Proz. auf 105 Proz., bei der Gemeinde-Grundsteuer und der Gewerbesteuer von 150 Proz. auf 155 Proz. Wir haben schon in voriger Woche darauf hingewiesen, daß die Finanzwirtschaft des Berliner Kommunalfreiwilligen, der es verstanden hat, der Stadt rechtzeitig neue Einnahmequellen zu erschließen, zuletzt diese bittere Pflanzel bringen mußte. Die Frage, ob nicht die Erhöhung der Steuerlast noch einmal vermieden werden kann, wird vermutlich für die Staatsberatung der rote Faden sein, im besonderen für die am Donnerstag dieser Woche vorzunehmende erste Lesung mit ihrer Generaldebatte.

Der Etat schließt diesmal in Einnahme und Ausgabe ab mit 300 Millionen Mark (genauer: 300 244 499 Mark) und zwar setzt sich zusammen der erwartete Einnahmebetrag aus 276 Millionen Mark ordentlichen Einnahmen und 24 Millionen Mark außerordentlichen Einnahmen, der vorgesehene Ausgabebetrag aus 273 Millionen Mark ordentlichen Ausgaben und 27 Millionen Mark außerordentlichen Ausgaben. Von den Werken der Stadt standen früher immer die Ueber- oder Zuschüsse in dem Stadthaushaltsetat, seit dem vorigen Jahre aber werden in ihn die gesamten Einnahmen und Ausgaben der Werke eingestellt, woraus sich die jetzt so bedeutende Höhe der Endsummen erklärt. In 1909 stellte sie sich auf 288 1/2 Millionen, in 1910 überschreitet sie die 300ste Million.

Auch der diesjährige Etat bringt wieder etwas äußerlich Neues, er verfaßt eine übersichtlichere Gruppierung und einheitlichere Zusammenfassung der zusammengehörenden Verwaltungsgebiete. Daß dadurch die Vergleichung der Zahlen des diesjährigen Etats mit denen des vorjährigen weniger bequem wird, ist nebenbei bemerkt. Einseitig wirkt die Maßregel, aus dem Hochbauetat diejenigen Ausgaben herauszunehmen, die sachlich zu einer Spezialverwaltung mit eigenem Etat gehören. So sind namentlich alle Aufwendungen für Schulbauten jetzt den außerordentlichen Ausgaben der Schuletats zugeteilt worden. Hierbei kam es dem Rämmerer auch darauf an, „der unrichtigen Verwertung unserer Etatsziffern in der Öffentlichkeit zu steuern“. Mit anderen Worten: er will künftig noch „großartigere“ Ziffern nennen können, wenn er der Öffentlichkeit erzählt, wieviel die Stadt Berlin für ihr Schulwesen, insbesondere für ihre Volksschule, tut.

Für die Verwaltungen, die Zuschuß fordern, sind diesmal 114 Millionen Mark Zuschüsse vorgesehen, nur 2 Millionen mehr als im letzten Etat. Hier sind zunächst zu nennen von den Werken die Kanalisation nebst Gütern, die Hofanlagen und jetzt auch die Markthallen, die bis zum vorigen Jahre noch bei den Ueberbauverwaltungen stehen wurden, aber in diesem Jahre zum erstenmal den Zuschußverwaltungen zugezählt werden müssen. Zuschuß fordern sodann, wie immer, die Kapitel Unterrietzweien, Armenwesen, Kranken- und Gesundheitspflege, Polizei- und Feuerlöschwesen, Fürsorge für Bekleidung und Pflege der Straßen

usw., Badewesen, Bibliotheken usw. usw. und schließlich das Kapitel Kapital- und Schuldenverwaltung.

Die Zuschüsse müssen gedeckt werden zum Teil aus dem Ertrag derjenigen Verwaltungen, die Ueberüberschüsse bringen. Hierher gehören von den Werken die Gaswerke, die Wasserwerke, der Vieh- und Schlachthof, die eigenen Straßenbahnen der Stadt. Hierher gehören ferner die Kapitel Grundeigentum und Berechtigungen (besonders Abgaben der Straßenbahnen, der Elektrizitätsgesellschaft usw.), ferner das Kapitel „Verschiedene Ausgaben und Einnahmen“, indem als „Einnahme“ besonders der im letztabgeschlossenen Etatsjahr 1908 noch einmal erzielte Ueberüberschuss aus dem Stadthaushaltsetat gebucht ist und zur Verfügung gestellt wird. Aber aus all diesen Quellen werden zusammen nur 26 Millionen Mark erwartet.

Alles Uebrigere muß durch Steuern gedeckt werden. Aus den „festen“ Steuern (Umsatzsteuer, Grundsteuer, Verbrauchssteuer usw. usw.) erwartet man einen Ertrag, der sich im ganzen nur auf 7 Millionen Mark beläuft, so daß erst für 33 Millionen Mark eine Deckung vorhanden wäre. Es bleiben noch über 81 Millionen Mark, die aus Einkommensteuer, Grund- und Gewerbesteuer herangezogen werden müssen. Aus diesen Einnahmequellen verpricht man sich aber in Anbetracht der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht mehr als zusammen 78 1/2 Millionen Mark, wenn an den bisherigen Sätzen, 100 Proz. bezw. 150 Proz., festgehalten wird. Um den noch fehlenden Betrag — 3 Millionen — heranzuschaffen, wird die Erhöhung auf 105 Proz. bezw. 155 Proz. nötig. Unter dieser Voraussetzung werden erwartet 43 1/2 Millionen Mark Einkommensteuer, 24 1/2 Millionen Mark Grundsteuer, 13 1/2 Millionen Mark Gewerbesteuer.

Man muß gespannt darauf sein, was in der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen werden wird, um die Erhöhung der Steuerlast noch einmal zu verhindern. Der Versuch, nicht auch für jene 3 Millionen Deckung zu beschaffen, sondern an den verschiedenen Verwaltungen so lange zu streichen, bis der Betrag „zusammengespart“ ist, wird diesmal schwer werden. Da hat der Magistrat schon so viel getan, daß ein Mehr nicht möglich ist.

Weihensee wider Berlin.

Der Prozeß betraf das Jahr 1899. Für dieses Jahr hatte Weihensee ursprünglich von Berlin 94 000 M. verlangt, im Laufe des Verfahrens aber den Anspruch auf rund 28 000 M. ermäßigt, indem die Gemeinde nur noch mit 680 Kindern solcher Väter rechnete, welche in Berlin arbeiten. — Der Bezirksausschuß wies aber Weihensee ganz ab. Er nahm eine Mehrbelastung Weihensees um 13 438 M. an, berechnete aber zugleich die Vorteile, die Weihensee aus der Nachbarschaft Berlins erwachsen, auf 23 066 M. Wegen Ueberwiegens der Vorteile falle der Anspruch. — Hiergegen legte Weihensee Berufung ein.

Der 7. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts erkannte Montag nach stundenlangem Verhandlung und Beratung auf Abweisung der Berufung. Senatspräsident Dr. Strub führte begründend aus: Es komme hier § 53 in der alten Fassung in Betracht. — Bei Anwendung des § 53 lasse sich ein gewisses Maß von billigem Ermessen nicht entbehren. Nicht überall könne strikte Beweisführung gefordert werden. Der § 53 stelle fünf Voraussetzungen auf. Es müssen Personen in einer Gemeinde wohnen, die in einer anderen Gemeinde in einem der im § 53 bezeichneten Betriebe arbeiten, und die wegen dieser Beschäftigung in dem Wohnort zugezogen oder in der Wohnortsgemeinde geblieben sind. Dann muß es sich um Betriebe handeln, die einem Besteuerungsrecht der Arbeiter-Wohnortsgemeinde nicht unterworfen sind. Ferner müssen Mehrausgaben durch Beschulung der Kinder jener Arbeiter usw. entstehen, welche im Verhältnis zu den ohne diese Betriebe für die Volksschulzwecke notwendigen Gemeindeausgaben einen „erheblichen Umfang“ erreichen. Und schließlich muß eine Ueberbürdung eintreten. — Zugabesen sei, daß in Weihensee Personen vorhanden waren, welche in Berlin in der im § 53 näher bezeichneten Art beschäftigt werden. Es könne Berlin nicht beigegeben werden in der Annahme, daß § 53 überhaupt nicht Anwendung zu finden habe, weil Berlin mit den Vorortsgemeinden eine wirtschaftliche Einheit bilde. Darauf komme es nicht an, sondern darauf, daß Berlin den anderen Gemeinden gegenüberstehe als selbständiges kommunales Gebilde. Was nun die Abgrenzung der Betriebe gemäß § 53 anlangt, so habe der Bezirksausschuß in einem Punkte geirrt, indem er nämlich einen Betrieb nicht berücksichtigt, der zwar eine Fabrik ist (§ 53), der aber nicht zur Gewerbesteuer veranlagt sei, weil ihm eine gefeßliche Befreiung zustehe. (Reichsdrucker.) Die Kinder der in der Reichsdruckeri beschäftigten Arbeiter wären auch in Betracht zu ziehen. Weiter habe Weihensee bemängelt, daß nur berücksichtigt seien die Arbeiter, die in Berlin länger als 6 Monate des fraglichen Steuerjahres in einem Betriebe gemäß § 53 festgestelltem arbeiten. Weihensee berufe sich darauf, daß auch innerhalb Berlins die Beschäftigung auswärts wohnender Arbeiter wechsle. Wenn aber Weihensee jene Feststellungen bemängelt, so hätte es den Nachweis erbringen müssen, daß die Personen, die nach den Feststellungen in Berlin bei einem Arbeitgeber weniger als 6 Monate arbeiteten, während der anderen Zeit des Jahres ebenfalls in Berlin in einem anderen Betriebe gemäß § 53 arbeiteten. Solch Nachweis sei nicht geführt. — Was ferner die Frage des ursächlichen Zusammenhangs zwischen dem Wohnen in einer Gemeinde und dem Arbeiten in einer anderen angehe, so gehe der Senat davon aus, daß nach aller Wahrscheinlichkeit Personen, die in einer Gemeinde wohnen und in der anderen beschäftigt sind, deshalb jenen Wohnort gewählt oder beibehalten haben, weil sie in der nahe gelegenen anderen Gemeinde ihre Beschäftigung finden. — Selbst wenn man nun aber die Zahl der Kinder in die Berechnungen einstelle, mit der jetzt noch Weihensee selber rechne, nämlich 680, so würde man doch nur eine Mehrausgabe von ein Sechzehntel bis ein Siebentel der Gesamtaufwendung für Volksschulzwecke herausrechnen können. Das sei aber nach Annahme des Senats nicht ein solcher Bruchteil, daß ein verhältnismäßig erheblicher Umfang im Sinne des § 53 des Kommunalabgabengesetzes angenommen werden könnte. Schon deswegen müsse der Anspruch Weihensees verworfen werden, da sämtliche Voraussetzungen des § 53 vorliegen müßten, um einen Anspruch daraus zu rechtfertigen.

Die Ansprüche von Weihensee für 1900 und 1901 wurden ebenfalls mangels verhältnismäßiger Erheblichkeit des Umfangs der Mehrbelastung Weihensees vom Ober-Verwaltungsgericht verworfen. 1900 betrug die Mehrbelastung Weihensees durch die Kinder der in Berlin tätigen Väter ein Sechzehntel und 1901 ein Zwölftel der Gesamtaufwendungen für das Volksschulwesen. — Für 1902, wo die Mehrbelastung auf ein Drittel berechnet wurde, verneinte das Ober-Verwaltungsgericht ebenfalls ein Anspruchsrecht Weihensees. Hierzu führte Dr. Strub noch aus: Der Gerichtshof habe geglaubt, auch bei einem Drittel noch nicht annehmen zu dürfen, daß die Bestimmungen des § 53 zur Anwendung kämen. Oder man müßte gerade annehmen, daß jede Nachbargemeinde einer größeren Gemeinde berechtigt sein solle,

von dieser Zuschüsse zu verlangen. Das ginge aber sicher über die Absichten des § 53 hinaus.

Von unterrichteter Seite wird berichtet, daß diese Siege Berlins im Hinblick auf die noch mit Vorortsgemeinden schwebenden Prozesse für Berlin 2 1/2 Millionen wert seien. —

Wahlrechtsdemonstration, Polizei und Militär.

Aus polizeilicher Quelle wird folgende Mitteilung verbreitet: „Berlin, 14. 2. Bei den gestrigen Demonstrationen sind in Nizdorf elf Personen wegen Verletzung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt bezw. Landfriedensbruchs, bei dem Zusammenstoß an der Kronprinzenbrücke drei Personen wegen Nichtbefolgung polizeilicher Vorschriften festgenommen worden. Uebrigens sind die Verletzungen, die bei diesem Zusammenstoß drei Personen erlitten haben, ganz leichter Natur.“

Eine andere aus gleicher Quelle schöpfende Notiz besagt: „Bei dem Zusammenstoß an der Kronprinzenbrücke wurden vier Personen so erheblich verletzt, daß sie auf der Rettungswache der Charité verbunden werden mußten. Nach Feststellung ihrer Personlichkeiten wurden sie entlassen.“

Also einmal sind die Verletzungen ganz leichter Natur, dann wieder sind die vier Personen erheblich verletzt worden. Das letztere trifft zu. In einem Falle sind einem Arbeiter drei Säbelhiebe über den Kopf mit der scharfen Klinge beigebracht worden, auch in einem anderen Falle sind einem zurückgehenden Arbeiter außer Schlägen auf der Hand mehrere Säbelhiebe auf den Hinterkopf zugefügt worden. —

Ueber militärische Maßnahmen wird berichtet: Am Sonntag hatte auch das militärische Oberkommando in Berlin die umfangreichsten Maßnahmen getroffen, um im Falle der Not sofort eingreifen zu können. Damit jedem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Militär in den Vormittagsstunden vorgebeugt werde, war — bisher einzig dastehend — der gesamte Garnison-Kirchdienst ausgefallen. Ferner war von der Kommandantur der Befehl ergangen, daß sämtliche Unteroffiziere und Mannschaften die Kasernen nicht verlassen dürften und sich in fester Bereitschaft zu halten hätten. Unter Hinweis auf den Befehl vom Januar 1908 anlässlich der Massenversammlungen am Tage des Ordensfestes mußten scharfe Patronen zur Verfügung an die Mannschaften zur Verfügung stehen. Urlaub wurde selbst für den späten Abend nicht erteilt. Auch den Offizieren war angeraten, das Betreten der Straße zu vermeiden.“

Fernsprechmarke haben wieder einmal bei Ralchem ihre Anwesenheit getrieben. Die dreizehn Spitzhaken zerstörten von den an der Chaussee befindlichen Fernsprechleitungen eine größere Anzahl und eigneten sich Bronzebricht in beträchtlichen Mengen an. Seitens der Postverwaltung ist für die Ermittlung der Täter eine Verhaftung ausgezettelt worden.

Eine zweite Millionenbrücke soll im Zuge der Vornholmer Straße über die Geise der Stettiner Bahn und Nordbahn und über die Straße 4b und die Rortweger Straße gebaut werden. Es handelt sich darum, einen Durchgangsverkehr zu schaffen für den im Norden Berlins geplanten und zum großen Teil schon ausgebauten großen Ringstraßenzug Ses., Kristiania, Vornholmer und Wiesbber Straße. Das in Aussicht genommene Bauwerk erhält eine Länge von 138 Meter. Die Kosten für die Brücke, abgesehen von der Straßenregulierung, sind auf 900 000 M. berechnet.

Eine Fußgängerbrücke über die Ringelisenbahn im Zuge der Greifenhagener Straße soll mit einem Kostenaufwand von 102 000 M. errichtet werden.

Als Senfherd der Maul- und Klauenseuche, die zur Sperrung des Berliner Viehhofes führte, war von verschiedenen Seiten Vommern beigezeichnet worden. Dorthin hat sich, wie die „Allg. Fleischer-Ztg.“ mitteilt, nun der Regierung- und Veterinärat im Landwirtschaftsministerium Nebermann am Sonnabend begeben, um an Ort und Stelle nähere Feststellungen zu machen. Der Mittwochmarkt findet unter denselben Bedingungen wie der letzte Sonnabendmarkt statt. Es ist anzunehmen, daß die Sperre für den nächsten Sonnabendmarkt aufgehoben wird.

Eine mehr als anberthaltstündige Störung im Straßenbahnbetriebe, durch die das Zentrum der Stadt besonders und der Suboffen stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, ereignete sich in der Nacht zum Montag. Infolge Kurzschlusses verbrannte das Wasserschaltwerk der Zentrale in der Rathausstraße, wodurch die sämtlichen Speisepunkte während der Zeit von 1.45 bis 8.20 Uhr sämtlich stromlos waren. Durch Zuschalten der benachbarten Zentralen Louisestraße, Nauener, Ballisadenstraße, Kopenen, und Rudolphplatz wurde die Störung behoben. Das Störungsgebiet umfaßte den Alexanderplatz, Alexanderstraße, König-, Spandauer Straße, Wollmarkt, Stralauer Straße, Schloßplatz, Breitenstraße, Rühlendamm, Getraudenstraße, Spittelmarkt, Leipziger, Jerusalemstraße, Hausdoigteplatz, Oberwall-, Jäger-, Werderische Straße, Werderscher Markt, Jüdenstraße, Greifswalder, Seidel-, Alte und Neue Jakobstraße, Dresdener, Köpenicker, Reander-, Prinzen-, Waldemar-, Adalbert- und Andreasstraße.

Ueberfahren und getödtet wurde am Sonntagmorgen ein vierjähriger Knabe, der sich in der Naumerstraße 20 bei seinem Onkel aufhielt. Der Knabe geriet unter dem Wagen des Viehhändlers Klantenburg aus der Gleimstraße 47. Die Mäder gingen dem Knaben über den Leib. Die Hilfswache in der Gaudhstraße ließ den Verunglückten nach dem Virchow-Krankenhaus bringen. Dort erlag er seinen Verletzungen.

In der Badewanne ertrunken. Von einem traurigen Geschehnis ist das 10jährige Dienstmädchen Gertrud Danzel, das bei dem Beamten Clouth, Donaustr. 109, in Stellung war, betroffen worden. Das junge Mädchen hatte abends ein Bad genommen. Vergeblich wartete die Herrschaft darauf, daß die D. das Badezimmer wieder vertlich. Man öffnete schließlich die von innen verschlossene Wabedür gewaltsam und fand nun die Unglückliche tot in der Wanne auf. Die D. war jedesfalls während des Bades von einem Unwohlsein betroffen worden und vermochte sich infolgedessen nicht aus der Wanne herauszuarbeiten. Hilfloß mußte die Aermste ertrinken.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet auch in diesem Jahre wiederum hygienische Vortragskurse, die, wie nachstehend aufgeführt, stattfinden. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist für jedermann unentgeltlich.

Am Donnerstag, den 17. Februar, sprechen in den Aulen der nachbenannten Gemeindefchulen über das Thema: „Ursache und Verhütung der Schwindsucht“ Herr Dr. R. Lehmann in der 247./252. Gemeindefchule, Rignar Straße 80/82, Herr Professor Dr. Th. Sommerfeld in der 240./251. Gemeindefchule, Waldenser Straße 25/26, Herr Dr. H. Rosen in der 117./178. Gemeindefchule, Eberwalder Straße 10, Herr Dr. J. Friedberg in der 115./137. Gemeindefchule, Salfthor Straße 55/56.

Am Freitag, den 18. Februar, sprechen über das Thema: „Verdaunung beim Gesunden und Kranken“ in der 91./101. Gemeindefchule, Gneiffenstraße 7, Herr Dr. Joseph. In der 81./109. Gemeindefchule, Küstler Straße 4/5, Herr Dr. Deuf. In der 118./127. Gemeindefchule, Rantstraße 17, Herr Dr. Ralfowall.

In der 228./279. Gemeindefchule, Poststraße 5, Herr Dr. Gumpert.

In Boghagen-Kummersburg, in der neuen Schule in der Marktstraße, spricht am Dienstag, den 15. Februar, Herr Dr. Brund über das Thema: „Hals-, Rachen- und Ohrenleiden“.

In Charlottenburg, in der 12. Gemeindefchule, Sophie-Charlottenstraße 60/70, spricht am Mittwoch, den 16. Februar, Herr Professor Dr. Albu über das Thema: „Nahrungsmittelvergiftung und deren Verhütung“.

In Köpenick, in der Stadttheater, Friedrichstraße 6, spricht am Dienstag, den 16. Februar, Herr Dr. J. Heideberg über das Thema: „Altsachen und Verhütung der Schwindfucht“.

In Lichtenberg, in der Gemeindefchule, Kronprinzenstraße 10, spricht am Donnerstag, den 17. Februar, Herr Dr. Hoffmann über das Thema: „Hygiene des Auges“.

In Pankow, in der 2. Gemeindefchule, Brunowstraße, spricht am Donnerstag, den 17. Februar, Herr Dr. Lewin ebenfalls über das Thema: „Hygiene des Auges“.

In Reinickendorf, in der 3. Gemeindefchule, Panfower Allee, spricht am Mittwoch, den 16. Februar, Herr Professor Dr. Brühl über das Thema: „Hygiene des Ohres, Nase und Hals“.

In Rigdorf, in der 9./10. Gemeindefchule, Kaiser-Friedrichstraße 4, am Hermannplatz, spricht am Freitag, den 18. Februar, Herr Dr. Schönfeldt über das Thema: „Halskrankheiten, Schwindfucht und ihre Verhütung“.

In Schöneberg, in der 10./11. Gemeindefchule, Feuerstraße 61/62, spricht am Dienstag, den 15. Februar, Herr Dr. Roth über das Thema: „Nierenkrankheiten“.

In Tempelhof, im Restaurant Heimann, Kaiserin-Augusta-Straße 1, spricht am Freitag, den 18. Februar, Herr Dr. Heil über das Thema: „Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung“.

In Weichensee, in der Gemeindefchule, Langhansstr. 120, spricht am Freitag, den 18. Februar, Herr Dr. Nisch über das Thema: „Wie haben wir und bei Verletzungen, Blutungen und Knochenbrüchen zu verhalten?“.

Sämtliche Vorträge beginnen pünktlich um 8 Uhr abends.

Gefundene Sachen. Beim Publikum herrschen vielfach unrichtige Ansichten über die Wiedererlangung verlorener Sachen. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß eine Anfrage, ob eine verlorene Sache als gefunden zur Anmeldung gelangt ist, im polizeilichen Fundbüro, Zimmer 22a im Polizei-Präsidium, in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags werktäglich zu halten ist. Es ist nicht erforderlich, daß der Verlierer oder Eigentümer selbst nachfragt, es wird vielmehr auch jedem Beauftragten eine kostenlose Auskunft erteilt. Die Ausfindung selbst erfolgt dagegen nur an den Verlierer oder Eigentümer selbst nach Vorzeigung einer Legitimation oder an seinen mit Vollmacht versehenen Beauftragten. Falls der Finder einen Finderlohn beansprucht, ist dieser bei Empfangnahme der Sache zu zahlen. Seine Höhe richtet sich nach dem derzeitigen Werte der Sache. Er beträgt bei einem Werte bis zu 800 M. 5 Proz., bei höherem Werte 1 Proz. des Wertes der Fundmasse.

Bei der Demonstration am Sonntag ist am Schlesiens Tor ein Exorzium gefunden worden. Der Verlierer kann sich in der „Vorwärts“-Expedition, Laufziger Weg 14/15, melden.

Reisengeld. Personen, die Zeuge waren, wie am Mittwoch, den 2. Februar, vormittags an der Schroeder Straße und Kastanien-Allee ein Mann von dem Notarwegen Nr. 2387 überfahren wurde — er ist jetzt seinen Verletzungen erlegen — werden um Angabe ihrer Adresse an Witwe Fischer, Kastanien-Allee 88, gebeten.

## Vorort-Nachrichten.

### Ueber die Wahlrechtsdemonstration

am Sonntag wird noch aus einer Anzahl Vororte berichtet. Aus allem geht hervor, daß nach Schluß der überfüllten Versammlungen unpopuläre Demonstrationen auf der Straße stattfanden.

In Friedrichshagen stellten etwa 1000 Personen die „Contrabsätze“, die dem Referat des Genossen Jul. Cohn lauschten. In der Diskussion nahm ein Herr Kühne von der Demokratischen Vereinigung das Wort, die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts unterstützend. Die sich an die Versammlung anschließende Demonstration verlief ohne Zwischenfall.

In Treptow versammelten sich 700 Personen im Restaurant „Jur Rennbahn“. Nach der Versammlung erfolgte eine imposante Straßendemonstration.

700 Personen demonstrierten in Köpenick-Waldhagen gegen die Wahlrechtsvorlage. Unter Abfingen der Marxstraße und Hödrufen auf das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht betrugte sich der Demonstrationen zum Bahnhof kommend die Schloßstraße entlang nach dem Versammlungsort, in welchem Genosse Eidermer unter großem Beifall das Nachwort der Regierung lenkte. Nach Abfingen der Marxstraße im Saal begab sich der Demonstrationen geschlossen zum Bahnhof. Die Polizei verhielt sich zurückhaltend, jedoch war angeblich die Feuerwehre selbstmächtig ausgerückt, um den vom Demonstrationen zug aufwirbelnden Staub zu säufen.

In Zehlendorf nahmen über 600 Personen an der Demonstration teil.

In Bruchmühle referierte vor imposanter Versammlung Genosse Wähler-Richternberg.

In Nieder-Schönhausen stellten über 400 Personen den Saal von Steffens. Das Referat hielt unter härmlichem Beifall Genosse Wiffel. Unter den Klängen der Arbeitermarxstraße verließen die Versammelten das Lokal und bewegten sich im Zuge durch den Ort, wobei Hordrufe auf das gleiche Wahlrecht ausgebracht und Arbeiterlieder gesungen wurden. Als sie von der Kaiser-Wilhelmstraße nach der Tischstraße einbiegen wollten, trat den Demonstranten ein braver Landgendarm mit blanker Waffe entgegen. Der Zug setzte sich fort, auch als die Polizeimacht auf vier Mann angewachsen war. Am Kirchplatz trennten sich die Demonstranten unter Hordrufen auf das allgemeine gleiche Wahlrecht.

Trebbin. Hier waren über 300 Personen anwesend, welche dem Referat des Genossen Drunkel folgten. Nach Schluß der Versammlung ging es in losem Zuge durch die Stadt bis zum Rathaus, wo sich dann die Menge zerstreute.

In Kallberg-Küdersdorf lauschten 450 Versammelte den ändernden Worten des Genossen Thurow-Rigdorf. In der Diskussion sprach sich der freisinnige Glasener Ringer wohl für das allgemeine gleiche Wahlrecht, jedoch gegen Straßendemonstrationen aus. Die Versammlung war indessen anderer Meinung.

In Waltersdorf referierte in gut besuchter Versammlung Genosse Siegang-Ober-Schönweide unter lebhaftem Beifall der Anwesenden.

### Schöneberg.

Erst gemischt und dann verboten wurde die am Sonntag im Garten der Schloßbrauerei geplante Demonstrationenversammlung. Schon nach einigen Stunden erhielt der Einberufer eine Verfügung, die das Abhalten der Versammlung untersagte. Das Verbot des hiesigen Polizeipräsidenten hat folgenden sonderbaren Wortlaut:

Der Ort der geplanten Versammlung ist unmittelbar an der „Hauptstraße“, der Hauptverkehrsstraße Schönebergs belegen und von dieser nur durch einen, den freien Durchblick gestattenden, hölzernen Stadetzang getrennt. Um die Versammlungszeit — Sonntags zwischen 12 und 1 Uhr mittags — findet auf der Hauptstraße ein sehr lebhafter Wagen- und Fußgängerverkehr statt. Es ist bestimmt anzunehmen, daß die Ungeüblichkeit zu erheblichen Ansammlungen von Menschen vor dem Schloßbrauerei-Grundstück auf der Hauptstraße führen und daß dadurch die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs auf der Hauptstraße, unter Umständen die Sicherheit von Leben und Gesundheit des Straßenpublikums gefährdet werden würde.

Chr. v. Rüdigerhausen.

Die Begründung des Verbots hat dem Polizeipräsidenten sicher einiges Kopfzerbrechen verursacht. Träfe das, was hier angeführt wird, zu, so müßte im Sommer auch jedes Militärkonert sowie das Abhalten von Vergnügungen der Klubbvereine untersagt werden.

### Rigdorf.

Der Magistrat beschloß in seiner letzten Sitzung, eine Kommission, bestehend aus dem Stadtbaurat Weigand, Stadtrat Nier, den Stadtverordneten Gröpler und Thurow und dem Direktor Voh, nach Stettin zu entsenden, um den Verbrennungsofen mit einem Schachtofen beizuwohnen. — Der Deputierte gab hierauf Kenntnis von der Genehmigung der Befolgsordnung für die höheren Anstalten durch die Luftschutzbehörde. — Die in der bei den Alten befindlichen Zusammenstellung enthaltenen Staatsüberlieferungen für 1908 wurden gebilligt und sollen der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden. — Der Magistrat erklärte sich grundsätzlich damit einverstanden, daß das bisherige Vertragsverhältnis mit der Polizeibehörde über die Erhebung der Ledestellengebühren für den Schiffstotalanal und Landwehrkanal zum 1. April 1910 gekündigt wird und beschloß die Erhebung durch städtische Beamte.

### Lichtenberg.

Warum die Polizei keine Zeit hat. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag haben Spitzbuben dem Geflügelbestand des Tierhändlers Kellner in der Blumenstraße 44 einen Bruch abgefaßt und dabei achtzehn Hühner, zwei Gänse und eine Ente erbeutet.

Als Sonntagmorgen der Besitzer der Kriminalpolizei telephonisch von dem Tatbestand Mitteilung machte, wurde er keiner Antwort gewärtigt, erst bei der persönlich gemachten Anzeige erfuhr er, warum kein Beamter zur Ermittlung der Diebe geschickt wurde; auf dem Revier erklärte man ihm, daß heute wegen der zu erwartenden Demonstration kein Beamter frei sei.

Deshalb konnte man auch am Sonntagmittag um 1/3 Uhr vor dem Hause Frankfurter Chaussee 155 eine Gruppe von sechs Beamten in Zivil stehen sehen, die ihre Erlebnisse beim Umzuge der Lichtenberger Genossen austauschten, etwa drei Meter feinswärts standen noch zwei dieser Herren.

### Mahlsdorf a. d. Ostbahn.

Zum Gemeindecart will der hiesige Hausbesitzerverein heute abend in einer öffentlichen Versammlung in dem der Arbeiterkassette nicht zur Verfügung stehenden Lokale von Anders Stellung nehmen. Der Vorstand des Vereines hält es für selbstverständlich, daß unsere Genossen dieser Versammlung fernbleiben.

### Weichensee.

Infolge nervöser Ueberreizung ist es, wie wir der „B. Ztg.“ entnehmen, im Hause des Direktors der hiesigen Realschule, des Herrn Prof. Dr. Kemfies zu einem Aufsehen erregenden Vorfall gekommen. Vor einigen Tagen schloß Prof. K. seine Familie in den Baderaum ein, verbarillierte die Tür, demolierte einen Teil der Wohnungseinrichtung und brachte sich eine Verletzung am Kopf bei. Ein Sohn des Prof. K. ließ sich an einem improvisierten Seile aus der ersten Etage auf den Hof hinab und holte polizeiliche Hilfe herbei. Unter dem Bestande von Hausbewohnern wurden die Familienangehörigen dann aus ihrer bedrängten Lage befreit. Herr Prof. K. ist bekanntlich schon häufig in die Öffentlichkeit getreten, so als Landtagskandidat und Begründer des Vaterländischen Arbeitsverbandes, als Vorsitzender des nationalliberalen Ortsvereins und als Mitglied der Psychologischen Gesellschaft zu Berlin. Auch der Sozialdemokrat am Ort ist Herr K. nicht unbekannt.

### Röpenick.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zur Verhandlung stand zunächst die Resolution der städtischen Arbeiter, welche einen Protest gegen die Behandlung der Arbeiterausführungsmittel anlässlich der Verhandlungen bei den Lohnforderungen enthält. Genosse Wolf hob hervor, daß ein Versteckspiel zwischen dem Arbeiterausführung und den einzelnen Kommissionen stattgefunden habe. Bürgermeister Brämers wandte sich gegen diese Ausführungen. Stadtv. Dr. Säulz (F. U.) erklärte, die Angelegten seien zufrieden, nur die Parteiorganisationen seien es, die die Arbeiter aufstacheln, namentlich die von Berlin. Erster Bürgermeister Dr. Langerhans machte darauf aufmerksam, daß in verschiedenen Fällen Lohnerböhung usw. eingetreten sei. Die Genossen Niels, Herbst und Wolf stellten in bezug auf die Anfertigung der Resolution fest, daß diese von den Arbeitern herrührt, wenn auch die Organisationen als Auftraggeber der Arbeiter diese eingereicht hätten. Die Debatte verlief nach 1/2 stündiger Dauer wie das Hornberger Schälchen. Dem vom ersten Bürgermeister Dr. Langerhans abgegebenen Verwaltungsbericht ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahre 1400 polizeiliche Störungen vorgekommen sind. Beim Gemeindecart lagen 138 Klagen zum Antrag; das Kaufmannsgericht erledigte 9 Sachen in 13 Sitzungen. Der Etat des städtischen Gaswerkes schließt in Einnahme und Ausgabe mit 306 601,95 M. ab. Der Stadtbauhaushalt weist in den Einnahmen 1 694 344,70 M. auf. Die einzelnen Werke sind hier nicht enthalten, da für diese besondere Etats laufen. Die wichtigsten Positionen sind: Allgemeine Verwaltung Einnahme 26 310 M., Ausgabe 183 278 M., Polizeiverwaltung 10 341 M., Einnahme, 72 106 M., Ausgabe, Die Schulverwaltung weist eine Ausgabe von 377 824,70 M. auf. Armenpflege 3850 M., Einnahme, 55 516 M., Ausgabe, Krankenhaus 7010 M., Einnahme, 18 813 M., Ausgabe, Kapitalien und Scaulden 528 351 M., Einnahme, 687 970 M., Ausgabe, Gemeindefteuern 933 567,70 M., Einnahme, 139 232 M., Ausgabe. Dem Reigen der Stadtrechner eröffnete Genosse Wolf. Den Etat habe man diesmal mit gemäßigten Verhältnissen entgegengenommen. Eine allzu große Sparsamkeit sei nicht zu empfehlen. An den Gemeindefchulen fehle bis jetzt immer noch die Einführung der Elektrizität. In den Armenetats müßten größere Mittel eingestellt werden. Obwohl der Plan zum Bau des neuen Krankenhauses schon lange fertig sei, gehe man nicht daran. Die Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes müsse unbedingt gefordert werden, da nur noch drei Gemeinden diese Beschränkung haben. Während Stadtv. Schneider (lib.) die Anschaffung eines Polizeihundes als seinen Staatswunsch bezeichnete, brachte sein Fraktionskollege Dr. Lehmann die Wählände beim Eingartierungswesen zur Sprache. Stadtv. Jakob (lib.) rief wieder sein Steckenpferd — Ausbau der Straßenbahn nach den Mägdebergen. Bei der Position „Gemeindefteuer“ beantragte Stadtv. Lehmann eine Erhöhung der Grundsteuer für unbedeute Plätze, sowie eine Erhöhung der Gewerbesteuer. Wegen dieser Vorschläge wandte sich Bürgermeister Dr. Langerhans. Erst in letzter Zeit sei die Wertzuwachssteuer eingeführt worden. Als ein Mittel zur Herabsetzung des Steuerfußes bezeichnete Stadtv. Cunig (lib.) die schon einmal früher angeregte Fabrikgewerbesteuer. Unter Hinweis auf die höheren Sätze in den Nachbarorten bezüglich des Marktstandgeldes schlug Stadtv. Mohr ebenfalls einen Aufschlag vor. Zum Schluß der hiesigen Geschäfte erklärte sich nach Stadtv. Jakob für eine Zillsteuer. Nach dem Vortragen der einzelnen Wünsche ging der Etat an den Stadtschulrat. Als weitere Arbeit erhielt der Ausschuss den Antrag der Rektoren und Lehrer an den Gemeindefchulen um Gehaltserhöhung zugewiesen. Der Magistrat hat mit Rücksicht auf die schlechten finanziellen Verhältnisse „zu seinem Bedauern“ sich veranlaßt gesehen, eine Erhöhung nicht einzutreten zu lassen, die Schulkommission nimmt den gleichen Standpunkt ein. Einem Antrag der Gemeindefbeamten auf Erhöhung des Gehalts hat der Magistrat aus denselben Gründe seine Zustimmung verweigert; auch im Besetzungsausschuß ist gleichfalls in diesem Sinne entschieden worden. Auf Antrag des Genossen Richter wurde auch dieser Antrag dem Stadtschulrat überwiesen.

### Treptow-Baumschuldenweg.

Aus der Gemeindeverwaltung. Wegen bauliche Verunstaltungen einiger Straßenzüge wurde der Gemeindevorstand beauftragt, ein Ortsstatut auszuarbeiten. — Als Armenvorsteher für den Berliner Ortsteil wurde der Drogeriebesitzer Heberlein, Gräßstraße 21—22 gewählt. — Die durch die Höherlegung der Görlicher Eisenbahn in der Eisen- und Bouchstraße notwendigen Aeserlegungs- und Pflasterkosten betragen nach einem Vorausschlag des Bauamtes 71 000 M.

und die Entwässerungskosten zirka 15 000 M. Auf Grund des § 9 des Kommunalabgabengesetzes sollen die Hausbesitzer der betreffenden Straßen zu den Pflasterkosten herangezogen werden. — Die in der neuen Hundesteuerordnung enthaltene Bestimmung, wonach nur diejenigen Personen, welche weniger als 3000 M. versteuern, auf Steuerfreiheit eines Hundes zu rechnen haben, ist von der Aufsichtsbehörde beanstandet worden. Mit dieser Streichung erklärte sich die Vertretung einverstanden, damit endlich die Ordnung in Kraft treten kann. — Die an den Hofstrassen zu treffenden Maßnahmen, welche in der vorigen Sitzung nach den Vorschlägen der Gesundheitskommission zur Besprechung gelangten, führten zu folgendem Ergebnis: Wenn die Brunnen rein wirtschaftlichen Zwecken dienen, sind sie anzuschließen, mit einem Schilde „kein Trinkwasser“ zu versehen und im Umkreise von 2 Metern zu pflastern. Durch Polizeiverordnung werden die Besitzer hierfür verantwortlich gemacht. Bei Renaturierungen und bei denjenigen Brunnen, welche sich für Trinkwasser und für Feuerlöschzwecke eignen, sind in einer Entfernung von 5 Meter Gully anzulegen und die Umgebung zu pflastern. Eine Petition des Grundbesitzervereins, welche verlangt, daß in den Laubensolonien an den Brunnen durch polizeiliche Anordnung daselbst verlangt werde, weil da in erster Linie durch Schmutzereien der Boden verunreinigt werden könne, wurde von der Vertretung als nicht zutreffend erachtet und diese Brunnen von der beschlossenen Maßnahme ausgeschlossen. Es sollen jedoch von der Gesundheitskommission öfter Revisionen in den Laubensolonien vorgenommen werden. — Gegen die Wichtigkeit der Wählerlisten lagen drei Einsprüche vor, welche die Aufnahme von 24 Personen verlangten. 13 davon wurden für begründet erachtet und 11 zurückgewiesen, weil die Bedingungen zur Aufnahme nicht vorhanden waren.

### Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Jugendausflug. Am Mittwoch, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr im Lokale von Exel, Markt 74: Öffentliche unpolitische Versammlung. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

### Trebbin (Kreis Teltow).

Berwunderung rief es in der letzten Stadtverordnetenversammlung hervor, als vor Eintritt in die Tagesordnung Genosse Richter an den Vorhänger das Ersuchen richtete, sein Amt vorläufig seinem Stellvertreter zu übertragen, da Beschwerden über ihn vorlägen. Richter führte zunächst Klage darüber, daß die Eingänge nicht der Reihe nach auf die Tagesordnung gesetzt würden. Des weiteren zog er die Unparteilichkeit des Vorsitzenden in Zweifel; sei es doch vorgekommen, daß der Vorsteher 48 Stunden vor der Stadtverordnetenversammlung die bürgerlichen Herren zu einer Sitzung nach seiner Wohnung geladen hätte. Genosse Richter brachte eine Resolution ein, in welcher das Vorgehen des Vorstehers auf das entschiedenste verurteilt wird. In der namentlichen Abstimmung wurde dieselbe mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Für die Resolution stimmten außer unseren Genossen noch die Stadtverordneten Ribbet und Samuel, gegen dieselbe die Stadtverordneten Haase, Wachner, Göbe, Schulze, Raab, Schulz, Grunert und Rütten. Für den Antrag auf Abschaffung des 18 M. betragenden Bürgerrechtsgeldes sprachen sich noch der Begründer durch unseren Genossen Richter auch die nachfolgenden bürgerlichen Redner aus. Der Antrag selbst wurde, da an dem aufgestellten Etat Änderungen nicht mehr vorgenommen werden können, einer Kommission überwiesen. Da bei der letzten Beratung der Grundsteuer als Hauptargument gegen dieselbe vorgebracht wurde, daß die Steuer besonders debaute Grundstücke treffe, die an sich schon keine Höherbelastung vertragen und auch auf Mietsausfälle keine Rücksicht nehmen, sah sich der Magistrat veranlaßt, eine Änderung dahin vorzunehmen, daß in dem Entwurf die unbedauten Grundstücke doppelt so hoch herangezogen werden, wie die bedauten. Die Vorlage wurde, nachdem sie noch längerer Debatte gute Aussichten auf Annahme hatte, von der Tagesordnung abgesetzt und einer Kommission überwiesen.

Die Bornumsetzung findet, wie das „Kreisblatt“ mitteilt, zum diesjährigen Erntegeld für Trebbin und die umliegenden Ortsteile am 1. und 2. März in Groß-Lichterfelde statt. Da diese Auflagen stets hierorts stattgefunden haben, soll durch eine Eingabe versucht werden, diese Bestimmung abzuändern.

### Nieder-Schönhausen.

Der Umzug der Amts- und Gemeindeverwaltung nach dem neuen Rathaus (Kaiser Wilhelm, Ecke Blücherstraße) findet für die Gemeindeverwaltung am 16. Februar, für die Amtsverwaltung am 18. Februar statt. Die Gemeindefische zieht am 19. Februar um. An den Umzugstagen werden nur die dringendsten Angelegenheiten erledigt.

### Vernau.

In der Stadtverordnetenversammlung wurden zunächst einige Erlaubnisse der einzelnen Kommissionen vorgenommen. Der Armendeputation gehört Genosse Salmann, der Kronen- und Armenhausdeputation Genosse Pohl und der Feuerwerkskommission Genosse Wänke an. Der Etat- und Rechnungs-Kommission pro 1910 gehören die Genossen Helbig, Wänke und Schierz an. Der Antrag unserer Genossen, betreffend die Anstellung eines Schularztes, wurde vom Genossen Helbig begründet. Redner verwies darauf, daß im vergangenen Jahre zum ersten Male vor der Einführung 29 Proz. Kinder durch den Kommunalarzt für nicht aufnahmefähig erklärt worden seien; er forderte daher die Untersuchung sämtlicher die Schule besuchenden Kinder in bestimmten Zwischenräumen. In der sehr lebhaften Diskussion wurde vom Bürgermeister die Ansicht vertreten, daß die Eltern die Pflicht hätten, für das körperliche Wohl ihrer Kinder zu sorgen. Von unseren Genossen wurde ihm entgegen, daß sich auch die Kommune dieser Pflicht nicht entziehen dürfe. Der Antrag wurde mit 16 gegen die 8 Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Desgleichen wurde der Dringlichkeitsantrag unserer Genossen betreffend die Abwendung einer Petition an das Haus der Abgeordneten wecks Ablehnung der Wahlvorlage gegen die Stimmen unserer Genossen als nicht zur Kompetenz der Stadtverordnetenversammlung gehörig abgelehnt. Zwei weitere Anträge unserer Genossen, deren einer die Einführung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert, der andere die Wertzuwachssteuer forderte, wurden vom Genossen Krüger damit begründet, daß in der letzten Zeit von einigen Stadtverordneten der Vermutung Ausdruck gegeben wurde, den Kommunalsteuerzuschlag auf 150 bis 160 Proz. zu erhöhen. Die Arbeiterkassette sowie die kleinen Gewerbetreibenden und kleinen Beamten seien bis auf den letzten Pfennig ihres Einkommens versteuert; dieses träfe aber bei den Grundbesitzern nicht zu. Es wäre daher Pflicht der Kommune, sich Einnahmequellen zu sichern, um eine Erhöhung des Kommunalzuschlages zu verhindern. Vom Bürgermeister sowie einigen Bürgerlichen wurde zugestanden, daß eine Erhöhung des Kommunalzuschlages für Vernau nicht angängig sei, ja die Entwidlung dadurch bedeutend gehemmt würde. Im übrigen balanzieren der Etat in diesem Jahre noch günstig, und wenn es not täte, könnte man sich noch nach anderen Steuern umsehen. Die Anträge verfielen ebenfalls gegen die Stimmen unserer Genossen der Ablehnung.

## Vermischtes.

Krankeüberfall. Wie aus Dresden gemeldet wird, wurde dort in der vergangenen Nacht gegen 9 Uhr die im fünften Stock des Hauses Rüdigerhof 3 wohnhafte Witwe Heinz, als sie in ihr Zimmer zurückkehrte, von einem Manne überfallen, der sich unter ihrem Zette verborgen hatte. Mit den Worten „Geld her oder das Leben!“ mürkte er sie am Halse und verletzete sie schwer, so daß sie heftig blutete und zu Boden sank. In ihrer Todesangst flehte die Frau um ihr Leben und holte ihre gesamten Ersparnisse im Betrag von 240 M. herbei. Mit diesem Gelde flüchtete der Räuber auf demselben Wege, wie er gekommen war; durch ein Fenster über die Dächer hinweg. Mit Hilfe eines gewandten Schornsteinfegermeisters gelang es der inzwischen herbeigeholten Polizei, den Kurs des Flüchtigen zu verfolgen. Er hatte sich über

mehrere Dächer in die Wohnkammer eines Hauses der angrenzenden Schiffergasse gesunken. Nach hartem Kampfe wurde er schließlich überwältigt und festgenommen. Das Geld fand man bei ihm vor, worauf er ein Geständnis ablegte. Der Räuber ist der einundzwanzigjährige Arbeiter Hehne. Die schwerverletzte Frau wurde ins Stadtfrankenhaus gebracht.

Zwei Kinder verbrannt. Aus Garmeln meldet der Draht: In der Küche der Wohnung des Gefängnisvorstehers Riehe fiel die brennende Hängelampe plötzlich von der Decke herab und explodierte. Von den in der Küche spielenden vier Kindern Riehes wurden zwei durch Brandwunden so schwer verletzt, daß sie noch in der Nacht starben; eine dreizehnjährige Tochter liegt hoffnungslos darnieder, während eine neunjährige Tochter und eine kleine Tochter des Dieners sich mit nur geringfügigen Brandwunden retten konnten. Die Eltern der verunglückten Kinder befinden sich auf Reisen.

### Zum Untergang des „General Chaney“.

Die Bergung der Ladung des gesunkenen „General Chaney“ hat, wie aus Marseille gemeldet wird, begonnen; einige Leichen sind ebenfalls aufgefunden worden. Die Rettungsmannschaften haben, wie es heißt, mehrere Boote, welche mit Frauen und Kindern besetzt waren, kentern sehen. Diese Meldung hat unter der Bevölkerung große Unruhe hervorgerufen.

Ein Telegramm aus Paris lautet: Zu dem Untergang des Dampfers „General Chaney“ wird aus Palma noch gemeldet, daß man auf offener See mehrere Rettungsboote und auch einzelne Menschen erblickt habe, die, mit Rettungsgürteln versehen, sich an Brettern über Wasser zu halten versuchten. Ein Boot mit Druckluftpumpen, das an Land geschwemmt worden ist, rief hart nach

Rauch, und man vermutet daher, daß auf dem Schiff auch eine Feuerbrunst ausgebrochen war.

Die Nachrichten über den Zustand des einzigen Geretteten bei der Katastrophe des „General Chaney“ lauten äußerst beunruhigend. Der Unglückliche hat Arme und Beine erfroren und die Kergie halten eine Amputation beider Hände und Füße für notwendig.

Wie ein Kommissar von Menorca telegraphiert, wird die Zahl der Leichen, die auf den Wellen treiben, immer größer. Ihre Bergung ist unmöglich, da kein Dampfschiff zur Verfügung steht und der Sturm neuerlich einsetzt. Eine einzige Leiche konnte bisher erkannt werden, da der Sturm die Körper gegen die Felsen schleudert und verstümmelt. In den Felsklippen hängen Gliedmaßen und Kleidungsstücke.

Schweres Orbenungsglück. Auf der Feste Westend des Phönix ging, nach einem Telegramm aus Duisburg, ein Teil des Hauptgeschloßes zu Bruch. Zwei Arbeiter wurden sofort getötet, zwei andere konnte man schwer verletzt retten.

Die Folgen der Ueberschwemmung machen sich, wie aus Paris gemeldet wird, noch immer sehr bemerkbar. Vorgestern abend stürzte ein Stück des Gewölbes der im Bau befindlichen Linie VIII der Untergrundbahn ein. In der darüber liegenden Rue Mirabeau bildete sich eine große Senkung, so daß die Straße für den Verkehr gesperrt werden mußte.

### Ein neues Schiffungsglück.

Aus der Magelhaensstraße (Südamerika) kommt die Kunde von einer neuen Dampferkatastrophe. Ein Telegramm

aus Santiago de Chile meldet, daß der Pacificdampfer „Lucia“ in der Magelhaensstraße gescheitert ist und als verloren gilt. Der englische Dampfer „Gathuinet“ nahm 205 Schiffbrüchige auf. 88 Personen blieben an Bord der „Lucia“, da es unmöglich war, sie zu retten. Der erste Steuermann und 50 Passagiere sind ertrunken.

Nach einer späteren Meldung aus Santiago de Chile ist der gescheiterte Dampfer vollständig verloren, dagegen sind die noch an Bord befindlichen Personen, 44 Passagiere und 38 Mann der Besatzung, anscheinend vollständig unversehrt. Der Dampfer „Yima“ befand sich auf der Ueberfahrt von Liverpool nach Callao.

Ein „Mittelalter“. Sonntag nacht verfuhr der 21jährige geistesfranke Schlosser Karl Bimler aus Cannstatt in das Königschloß in Stuttgart einzudringen. Er hielt ein großes Messer in der Hand und rief: „Jetzt habe ich dem König den Hals abgeschnitten!“ Der Mann wurde in eine Irrenanstalt gebracht.

Hilfe für die Ueberschwemmten. Der französische Finanzminister Cochery legte im Ministerrat einen Gesetzentwurf vor, der sich auf die Hilfeleistung für die Ueberschwemmten bezieht. Die Bank von Frankreich soll einen Vorschlag von 75 Millionen für fünf Jahre an kleine Kaufleute, Industrielle und Handwerker geben, mit dessen ratenweiser Rückzahlung nach zwei Jahren begonnen werden soll. 25 Millionen sollen für fünf Jahre dem Credit Foncier überlassen werden, der Vorschläge für den Wiederaufbau der Gebäude gewähren soll. Diese Vorschläge sollen ohne Zins gegeben werden oder gegen Zahlung von zwei Prozent für den Garantiefonds.

# Theater und Vergnügungen

**Dienstag, den 15. Februar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Carmen.  
Königl. Schauspielhaus. Der Familienstag.  
Neues königl. Opernhaus. Die Geächteten.  
Deutsches. Christinas Heimkehr.  
Kammerspiele. Der gute König Dagobert. (Anf. 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.  
Berliner. Pension Schöller.  
Löffing. Lantris der Karr.  
Neues Schauspielhaus. Der Herr Bertelshager.  
Neues. Der Philosoph von Sanssouci.  
Westen. Die geschiedene Frau.  
Königliche Oper. Zigeunerliebe.  
Neues Opernhaus. Der Graf von Luxemburg.  
Trianon. Theobore u. Cie.  
Kleines. Der große Rame.  
Reichens. Im Laubenschlag.  
Thealia. Die Dollarprinzessin.  
Schiller. O. Wäner - Leuter.  
Der Weindieb.  
Schiller. Charlottenburg. Geschäft in Geschäft.  
Friedrich. Wilhelmshöhe. Die Jungfrau von Orleans. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Volksoper. Die Africanerin.  
Luisen-Theater.  
Luisen. Vater und Sohn.  
Königliche Oper. Die geschiedene Frau.  
Königliche Oper. Zigeunerliebe.  
Neues Opernhaus. Der Graf von Luxemburg.  
Trianon. Theobore u. Cie.  
Kleines. Der große Rame.  
Reichens. Im Laubenschlag.  
Thealia. Die Dollarprinzessin.  
Schiller. O. Wäner - Leuter.  
Der Weindieb.  
Schiller. Charlottenburg. Geschäft in Geschäft.  
Friedrich. Wilhelmshöhe. Die Jungfrau von Orleans. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Volksoper. Die Africanerin.  
Luisen-Theater.  
Luisen. Vater und Sohn.  
Königliche Oper. Die geschiedene Frau.  
Königliche Oper. Zigeunerliebe.  
Neues Opernhaus. Der Graf von Luxemburg.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Dienstag, den 15. Februar, 8 1/2 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.  
Mittwoch nachm. 8 1/2 Uhr: Die Jungfrau von Orleans. Abends 8 1/2 Uhr: Blachmann als Gelehrter.  
**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr: Der dunkle Punkt.  
**Volksoper.**  
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 78. Abends 7 1/2 Uhr: Die Africanerin.  
**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr: Vater und Sohn.  
Lustspiel in 3 Akten von G. Schumann.  
Mittwoch: Der Weindieb.  
Donnerstag: Ich mich frei.  
Freitag: Vater und Sohn.  
In Vorbereitung: Was Gott zusammenfügt.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Kammer-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: Der Heldenbauern.  
Volksstück in 3 Akten von Ludwig Angenieder. Ende 10 1/2 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Viel Lärm um nichts.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Neue Jugend.  
Schiller-Theater (Charlottenburg). Dienstag, abends 8 Uhr: Geschäft ist Geschäft.  
Schauspiel in drei Akten von Octave Mirbeau. Deutsch v. Max Schömann. Ende 10 1/2 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Pfarrer v. St. Georgen.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Pfarrer v. St. Georgen.  
**Brauerei Friedrichshain am Königstor.**  
Größte Schenkwürdigkeit Berlins.  
Morgen Mittwoch: Elite-Tag!  
Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.  
Jeder Besucher erhält ein Los gratis.  
Gr. Bockbier - Jubel und Trübel „Auf der Alm“.  
Der berühmteste Festwitz.  
**Sehorsch Ehrengrubner**  
mit seiner Truppe (30 Wittwende) aus München.  
Vollkosten haben volle Gültigkeit.  
Anfang 8 Uhr. Entrée 20 Pf.

**Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114**  
Heute Dienstag, den 15. Februar 1910:  
Eiltetage! Im großen Saal: Eiltetage!  
**Bockbierfest in den bayerischen Alpen.**  
Prämierung des größten Dickkopfes.  
Abnormitäten ausgeschlossen.  
Preise 50, 30, 20 Mark.  
Anmeldung bis 10 Uhr abends an der Kasse.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Dienstag 8 Uhr:  
Im Firnenglanz des Ober-Engadin.  
Hörsaal 8 Uhr: Prof. R. Vater: Ueber Dampfturbinen.  
**Herrnfeld Theater**  
Kommandantenstr. 67. T. u. 4, 5083.  
Zum 7. Male:  
Eine Uebergangs-Ehe.  
Zum 106. Male:  
So muß man's machen  
mit Anton und Donat Herrnfeld.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.  
Sonntag nachmittag 4 Uhr:  
Meine-Deine Tochter.

**CIRCUS SARRASANI**  
Alter Botan. Garten Eingang Grunewaldstr.  
Täglich abends 8 Uhr: Gala-Vorstellung. — Mittw. u. Sonnabend, Sonntag und Festtage: 2 Vorstellungen mit durchaus gleich reichhaltig. Programm nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr. Zu den Nachm.-Vorstell. zahlen Kinder unter 14 Jahr. u. Militär b. z. Feldweibel halbe Preise.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132 Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.  
**Deborah.**  
Volkschauspiel in 4 Akten v. Mosenthal. Mittwoch: Maria Stuart.  
**Metropol-Theater**  
Hallo!!!  
Die große Revue!  
In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultze. Anfang 8 Uhr. Raucher gestattet.  
**Apollo Theater**  
8 Uhr: Die neuen Spezialitäten. 9 1/2 Uhr:  
**Der Liebeswalzer.**  
Operette in 3 Akten. Musik von G. W. Fiehrer. Konrad Dreher a. G.

**Lessing-Theater.**  
Dienstag, 8 Uhr: Lantris der Karr.  
Mittwoch, 8 Uhr: Das Konzert.  
Donnerstag, 8 Uhr: Das Konzert.  
**Berliner Theater.**  
Gente: Pension Schöller. 8 Uhr.  
Morgen: Gobe Poltitel.  
**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Der Philosoph von Sanssouci.  
Morgen und folgende Tage: Der Philosoph von Sanssouci.  
**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
Die geschiedene Frau.  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der seltene Bauer.  
**Neues Operetten-Theater.**  
Gente und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Graf von Luxemburg.  
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár. Sonntag 3 Uhr: Der Zigeunerbaron.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
Im Laubenschlag.  
Schauspiel in 3 Akten von Hennequin und Heber.  
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

**WINTERGARTEN**  
Das drollige Faschings-Programm ein großer Erfolg!  
**Robert Steidl!**  
Der Vampir-Tanz!  
Marionetten-Theater!  
(Schlecht!) sowie die Februar-Attraktionen!  
**Karl Haverland**  
Anfang Theater, präz. 8 U. 77/79 Kommandantenstraße 77/79.  
Das Neueste vom Neuesten bietet das Februar-Programm.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr.  
**Gussy Holl Lamborg Schneider Duncker**  
(prolongiert) und das neue Februar-Programm.  
14 Varietè-Attraktionen.  
**W. Noacks Theater**  
Dramenstr. 16, am Rosenfaler Tor. Zum letzten Male:  
Straßenbahnfahrer Franse.  
Lebensbild in 4 Akten.  
Mittwoch: Die Anna-We. Donnerstag: Extra-Vorstellung: Dorf und Stadt.

**Palast-Theater.**  
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau. Durgstraße 24, am Söhnhol Weg.  
Das brillante Februar-Programm!  
**14 Attraktionen ersten Ranges.**  
Der Ehemann vor der Tür, oder: Die überlistete Kantippe.  
Anfang 8 Uhr.  
Entrée: 50 Pf. bis 2 Mark.  
Vorzugsplätze überall zu haben.  
**Tonbild-Theater**  
Reinickendorfer Str. 26-27.  
Heute neues Programm.  
Herzorgende Darbietungen: 3. Akt 10 Pf. Kind. 10 Pf. o. n. Nachzahlung. Dauervorstell. v. 4-11 Uhr.

**Zirkus Schumann**  
Dienstag, den 15. Februar, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Vorstellung.**  
Letzte Neuheit.  
Theofranklin Filogondo Akrobaten.  
Bagonghi, der kleine Reittänzer, 20 J. alt, 15 Kilo schwer.  
Harry Lamore, der Komödiengaukler.  
Auftreten des Kommissionsrats Gustav Stensbeck als Gauk mit seinen neuen herborragenden Schulpferden.  
Um 9 1/2 Uhr: Ende 11 Uhr:  
**Die drei Rivalen**  
oder das mysteriöse Schloß in der Normandie.  
Große Ferie in 5 Akten aus der Augenottezeit.

**Zirkus Busch.**  
Heute Dienstag, den 15. Februar, abends 7 1/2 Uhr. präz.:  
**Großer Gala-Abend.**  
Auftreten von: Theresia Filla, James Leon Filla jun., Heinrich Filla in ihren Produktionen der hohen Schule.  
Sisters Curtis, Luftacrobaten-A. Me Danell Co. Skandinavischer Sport-Akt. Ski, Rodol und Rollschuhe. Herr E. Schumann, Meisterdress. Zwergclown Francis, Kunstr. Reiterfamilie Prosperit. 9 Uhr ca. Ende ca. 11 Uhr.  
Marja. Pantomime.

**Walhalla-Varieté-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr.  
Die eigenartigen Februar-Spezialitäten.  
Zunmi: Bockbierfest. Regimentkapelle. Schillerfest. Theaterbesuchern freier Eintritt!

**Folies Caprice**  
**Der Luftturner.**  
Neuer bunter Teil.  
Herr Wasserkropf.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.  
**Casino-Theater**  
Bohringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Nur noch bis 25. Februar:  
**Der Obergauer.**  
Sonabend, den 15. Februar: Zum 1. Male: Berlin der Nacht. Sonnt. 4 Uhr: Mutter Gräbert.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger  
Der Nachtwächter von Jerspenhufe. u. F. Meysel  
Anfang: 8 Uhr.  
Sonntag: 7 Uhr.  
Billets Netz 8 Tage vorher.

**Passage-Panoptikum**  
**Senegal in Berlin!**  
**50 wilde Weiber**  
Männer, Kinder.  
**Drei Negerdörfer**  
Ohne Extra-Entrée!

**Buddenhagen**  
am Moritzplatz  
8 Uhr.  
**Internationale Ringkämpfe**  
9 1/2 Uhr:  
L. delWolf, Belg. geg. Huber-Schwetz. Entscheidungskampf!  
Jha-Stuba gegen Zauerer-München. Entscheidungskampf!  
Geln-Berlin geg. Gambier-Frankreich  
Im unteren Saale:  
**Großes Bockbier-Kellerfest**  
mit Doppel-Konzert.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, den 17. Februar 1910:  
Zum 1. Male:  
Größter Schläger!  
**Charleys Tante.**  
Vaschpartoutis haben zu dieser Vorstellung keine Gültigkeit.  
**Voigt-Theater**  
Gastspiel in Puhmanns Theater, Schönhäuser Allee 148.  
Dienstag, den 15. Februar 1910:  
**Sherlock Holmes.**  
Detektivkomödie in 4 Akten.  
Kaffeeöffnung 7, Anfang 8 Uhr.  
**Trianon-Theater.**  
Gente und folgende Tage, 8 Uhr:  
Theodore & Cie.  
Sonntag nachm.: Pariser Wittiven.  
**Sanssouci,** Strada 6.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Sonntag, Montag und Donnerstag:  
Hollmanns Nordi. Sänger und Tanztruppen.  
Stets neues, hochst. Soler-Programm!  
Die drastischsten Schläger!  
Morgen Mittwoch: Theaterabend. Mutter u. Sohn.

**Königstadt-Kasino.**  
Goldmarktstraße 72.  
Täglich: Franz Sobanski. Neu: Kitty Wheat, Sorings-loubrette. The Watson, Kombinations-Akt. 4 Fernandos, Equilibristischer Akt. Matr. Fred, Stahl-Balance. Prologist: Witor, Ritter, Gelsch, Turf ufm.  
Solo Schwiogerator in apo. Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnab., Sonnt.: Tanzkränzen. Anf. 8 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr.

**ORPHEUM**  
50 BRÜCKENSTR. 2  
an der Jannowitzbrücke.  
**Deutschlands größte und vornehmste Lichtbühne**  
650 Sitzplätze  
Feenhalle Ausstattung  
Beginn:  
Wochentags 4 Uhr.  
Sonntags 2 ..  
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

# Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin.

Bureau: Anienstr. 215. Geöffnet von 9-1 u. 4-8 Uhr. Telefon: III, 939.

## Bezirks-Versammlungen

mit nachstehenden Tagesordnungen:

**Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr:**

**für Spandau** bei Fr. Böhle, Gabelstr. 20.

1. Vortrag des Koll. Rückert: Die Wirkung der Zollpolitik auf die Arbeiterklasse. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

**Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr:**

**für Südost u. Süden** bei Hahn, Saufher Platz 8.

1. Vortrag des Genossen K. Heilig: Großkapitalistische Wirtschaft. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

**Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr:**

**für Rixdorf** bei Gellert, Steinmetzstr. 93.

1. Vortrag des Koll. Bonowitz: Die Berliner Gewerkschaftsbewegung und ihre Kämpfe. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

**Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr:**

**für Norden** bei Kramer, Gutfenstr. 40.

1. Vortrag des Genossen K. Heilig: Preussische Wirtschaftspolitik. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

**Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr:**

**für Schönhauser Vorstadt** bei Rath, Schönhauser Allee 134a.

1. Wahl der Bezirksleitung. 2. Vortrag des Koll. Bruns: Die Entwicklung unseres Verbandes und die Zahlstelle Berlin. 3. Diskussion. 4. Bericht von der Generalversammlung. 5. Verschiedenes.

**Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr:**

**für Nordwest** bei Kirschkowski, Senfstr. 9.

1. Vortrag des Koll. Weiss: Unsere Agitation für das Frühjahr im Bezirk Nordwest. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

**Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr:**

**für Osten** bei Zietz, Warschauer Str. 61.

1. Vortrag des Genossen Zimmermann: Die Organisation der Kapitaleigentümer. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

**Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr:**

**für Schöneberg** bei Franz, Tempelhofer Straße 18a.

1. Vortrag des Koll. Müllitz: Wie schaffen wir eine stabile Mitgliedschaft? 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

**Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr:**

**für Weißensee** bei Content, Lehderstr. 5.

1. Vortrag des Koll. Menzel: Die Grundbedingung einer leistungsfähigen Organisation. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

**Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr:**

**für Charlottenburg** im Volkshaus, Rosinenstr. 3.

1. Vortrag des Koll. Sowkow: Pionierarbeit in der Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

**Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr:**

**für Ober-Schöneweide** bei Rabe, Wilhelmshofstr. 43.

1. Vortrag der Kollegin Frau Ehm: Wohlfahrtsleistungen. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

**Sonntag, den 20. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr:**

**für Adlershof** bei Kaul, Bismarckstr. 16.

1. Vortrag des Koll. Weiss: Die Wirkungen von Wirtschaftskrisen. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

**Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr:**

**für Tegel** bei Kalkes, Berliner Straße 92.

1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertreter zum Kartell. 4. Verschiedenes.

Für die Kunststeinarbeiter fällt die Versammlung anlässlich der Wandagitation für Februar aus.

Zahlreichen und pünktlichen Besuch ermahnen  
Die Bezirksleitungen.

## Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“ zu Berlin. (E. G. m. b. H.)

Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, in den „Ritterfäden“, Ritterstraße 75:

## Anherordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung. 2. Bericht der Revisoren und Genehmigung der Bilanz sowie Beschließung über die Verteilung des Gewinnes oder Verlustes. 3. Abänderung des Statuts (§ 10). 4. Antrag des Vorstandes betr. Einführung von Spararten zur Erwerbung von Schuldscheindarlehen. 5. a) Antrag des Genossen Stein betr. Erhebung eines Beitrages von 3 M. in der Angelegenheit St. b) Antrag des Genossen Höpfer betr. Einlegung einer händigen Agitationskommission. 6. Verschiedenes.

Genossen! Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden, zu erscheinen! Niemand darf fehlen! Nur Mitglieder haben Zutritt!

Ohne Mitgliedsbuch kein Einlass!  
Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung sind in der Geschäftsstelle Kottbuser Ufer 44 in den Raststunden vormittags von 8-10 und nachmittags von 4 1/2-7 Uhr einzusehen.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Der Vorstand.

G. Dörner. H. Bernide. P. Müller. 103/15

## Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Zweigverein Berlin.

Geschäftsstelle Berlin C. 54, Wulsdorfstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518

Dienstag, 15. Februar, abds. 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, großer Saal:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht vom 4. Quartal 1909. 2. Jahresbericht des 1909. 3. Wahl der gesamten Erbsverwallung und der Revisoren. 4. Organisationsangelegenheiten. — Mitgliedskarte legitimiert zum Eintritt. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. [42/5] Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 19. Februar, findet im Lokal „Neue Welt“, Hasenheide 103/114, unser diesjähriges Alpenfest statt.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Informatenverantwortl.: Th. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Soudw...

# Sechster Wahlkreis

Dienstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

## Öffentliche Frauen-Versammlung

in Joseph Frankes Festsälen, Badstr. 19.

Tages-Ordnung:

## Die preußischen Frauen im Wahlrechtskampfe.

Referentin: Frau Luise Zietz. — Freie Diskussion.

Der Vorstand. S. U.: Frau Johanna Waldbauer, Wiesenstr. 3.

## Verband der handgewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr:

## General-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Saal 1, Engelauer Nr. 15.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Abrechnung vom vierten Quartal 1909 und Bericht der Revisoren. 3. Ausschussanträge. 4. Verbandsangelegenheiten. In jedem Punkt der Tagesordnung findet Diskussion statt. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Einlass. Um recht rege Beteiligung erucht

Der Zweigvereinsvorstand. 29/5

## Zentral-Verband der Manrer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

### Sektion der Gips- und Zementbranche.

#### Gruppe: Fabrikpoker und Träger.

Dienstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal I).

#### Gruppe: Fabrikspanner.

Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr, bei Jannasch, Zusestr. 10.

### Zwei große Gruppen-Versammlungen.

Die Tages-Ordnung in beiden Versammlungen lautet:

1. Jahresbericht und Neuwahl der Gruppenvorstände. 2. Vorschläge zum Sektionsvorsitzenden. 3. Neuwahl des Zweigvereins-Vorstandes. 4. Die bevorstehende Lohnbewegung. 5. Verschiedenes. — Nicht jedes Kollegen ist es, seine Gruppen-Versammlung zu besuchen und für einen guten Besuch dieser Versammlungen zu agitieren. Der Sektionsvorstand.

Die Wahl des Zweigvereinsvorstandes erfolgt durch Stimmzettel. — Die Versammlungen dazu finden in den Zahlstellen und Bezirken an folgenden Tagen statt:

**Mittwoch, 16. Februar 1910, abends 8 Uhr:**

Groß-Lichterfelde, Kranoldplatz, „Kaiserhof“.  
Steglitz, Schloßstraße 117, Rohmann.  
Oranienburger Vorstadt, Schlegelstraße 9, Dams.

**Donnerstag, 17. Februar 1910, abends 8 Uhr:**

Weißensee, Königshaussee 38, Koffkopf.  
Friedrichshagen, Am Hundtoll, Lerche.  
Friedenau, Rheinstraße 31, Schönefeld.  
Pankow, Mühlentstraße 21, Schulz.  
Mariendorf, Chausseestraße 27, Löwenhagen.  
Westen, Willowstraße 58, Biemer.  
Südwest, Kreuzbergstraße 48, Gohmann.  
Teltow, Berliner Straße 16, Preuß.  
Alt-Grünitz, Köpenicker Straße 6, Witte.  
Süden, Admiralstraße 18a, „Rückfischer Hof“.  
Moabit, Baldstraße 8, Stark.  
Südost, Raunynstraße 6, Böhm.  
Wilmerdorf, Umlandstraße 106, Deon.  
Rixdorf, Kirchhofstraße 41, Wolf.  
Nordost, Georgenkirchstraße 65, Spät.  
Wedding, Papevaller Straße 3, Hoffmann.  
Norden I u. II, Swinemünder Str. 42, „Gesellschaftshaus“.  
Charlottenburg, Rosinenstraße 3, „Volkshaus“.  
Adlershof, Reher Straße 1, Bafchin.  
Osten I, Adreasstraße 21, Borgmann.  
Osten II, Frankfurter Allee 127, Schröder.  
Friedrichsfelde, Riquelstraße 70, Sommerfeld.  
Schöneberg, Reiningen Straße 8, „Neue Rathausäle“.

**Freitag, 18. Februar 1910, abends 8 Uhr:**

Lichtenberg, Scharnweberstraße 60, Biekenhagen.  
Pankow, Florastraße 90, Sterik.

## Sektion der Putzer.

Die Wahlen des Sektionsvorstandes sowie des gesamten Zweigvereinsvorstandes finden statt am

**Mittwoch, 16. Februar 1910, abends 8 Uhr, in den Bezirkslokalen.**

Die Kollegen werden ersucht, auf den Handzettel zu achten, welcher dem „Grundstein“ beigelegt ist. 136/10\*

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Am Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, bei Hoppe, Hermannstr. 49:

## Kombinierte Vertrauensmänner-Versammlung.

Am Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 Uhr, bei Hoppe:

## Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

Verbandsangelegenheiten und Wahl von 3 Delegierten zum Bundtag. Die Ortsverwaltung.

Inferatententverantwortl.: Th. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Soudw...

## Imposante Auswahl Möbelstoffe

(allerletzte Neuheiten)

Mocquett, Wolle, Plüsch

abgepaßt und meterweise.

Muster-Kollektion

bei näherer Angabe franko!

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158.

## Syphilis-Nachweis

in allen frisch u. veraltet zweifelhaft. Fall durch wissenschaftl. Untersuchung. (ser.) beagl. Darm- (Spez. auf Gonorrhoe-Fäden) u. Sputum-Analysen. Dr. Homoyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, am Kronen- und Köpenickerstr., L. 6724. Vert. Rüdpr. Möhr. u. Kostenl. Geöffnet von 8-8 Sonntags von 12-1.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col L. Amt 3, 1299. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1967.

Mittwoch, den 16. Februar, abends 5 1/2 Uhr:

## Versammlung

für alle in

Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen- sowie Kronenbetrieben beschäftigten

Eisen-, Metall- und Revolverdreher

in den

Musiker-Festsälen (unterer Saal), Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Schütte über: „Weltanschauung und Weltuntergang.“ 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß in Nieder-Schönhausen, Beuthstr. 16 bei Reinhold Babst eine Zahlstelle errichtet ist. Die Zahlstelle 85 wurde von Hülls, Rungestraße, nach Thielke, Bräudenstr. 4, und die Zahlstelle 73 von Kurzmann, Fürstberger Straße, nach Wilhelm Dentzer, Schwedter Str. 73 verlegt. 111/11 Die Ortsverwaltung.

IVO PAVONNY.

So wie die Palme das auf der Erde wandelnde Tierreich überträgt, so überträgt das aus ihrer Frucht gewonnene Pflanzenfett Palmin alle tierische Fette durch seine Reinheit und Güte. Palmin eignet sich gleich vorzüglich zum Kochen, Braten und Backen.

## Husten

5500 net. begl. Zeugnisse über Kaiser's Brust-Caramellen beweisen den vorzüglich. Erfolg bei Husten, Heiserkeit, Keuchhusten etc. Aoratl. erprobt. Paket 30 Pf. Dafür angebotenes weisse man energisch zurück.

Zu haben in Apotheken und Drogerien. Vertreter und Lager Richard Thiele, Berlin S. 63, Bärgwälderstr. 2. Tel.: IV, 19.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Dr. Schönemann

Spezialarzt für Haut- und Halsleiden, Frauenkrankheiten, Friedrichstr. 203, Ecke Schöneberg, Wochentags 10-2, 5-7.

## H. Pfau, Bandagist

Berlin Direksenstraße 20

zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volkshausprädium. — Amt VII, 19799.

Für Damen Frauen-Bedienung. \* Lieferant für alle Krankenkassen.

Gemeinsamer Verbandstag der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Leipzig, 12. Februar 1910. (Fig. Ver.)  
Dritter Verhandlungstag.

Die Statutenberatung wird fortgesetzt. Beim § 36, Streikunterstützung, schlägt die Kommission vor, dem Vorstandentwurf in den ersten Absätzen zuzustimmen. Demnach soll Streikunterstützung in jedem einzelnen Streikfall und an jeden einzelnen beteiligten Kollegen erst vom vierten Tage (ausschließlich Sonntag) der Arbeitseinstellung oder Aussperrung usw. an gezahlt werden. Ausgenommen sind nur partielle Streiks (Ausperrungen), die wegen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gegen einzelne Unternehmer geführt werden müssen. In solchen Fällen kann die Unterstützung vom ersten Tage an bewilligt werden.

Bei der Festsetzung der Höhe der Unterstützung hat die Kommission an der Vorstandsentwurf Änderungen vorgenommen. Sie ist dabei den länger organisierten Mitgliedern mehr entgegengekommen, als die Vorstände. Die Unterstützungshöhe sollen je nach der Mitgliedsdauer in der ersten Beitragsklasse 6 bis 12 M., in der zweiten 8 bis 15 M. und in der 12. (höchsten) 11 bis 21 M. betragen.

Bei Streiks, die in die Zeit vom 1. Dezember bis inklusive Februar fallen, ist die Unterstützung in allen Klassen um 2 M. niedriger. Verheiratete Kollegen erhalten außer den vorgenannten Unterstützungshöhen für jedes ihrer Kinder, das noch der obligatorischen Schulpflicht untersteht oder noch nicht schulpflichtig ist, wöchentlich 1 M. Wenn für einen Streikenden bei einer Unterstützungsauszahlung weniger als fünf Unterstützungstage in Betracht kommen, dann beträgt das Kindergeld 20 Pf. pro Tag und Kind; halbe Tage sind mit 10 Pf. zu berechnen.

In diesem Paragraphen liegen viele Anträge vor. Die Delegierten begründen diese. Der Verbandstag stimmt dann den Kommissionsvorschlägen zu.

Bei dem § 37, der die Krankenunterstützung bestimmt, werden keine weiteren Erörterungen mehr gemacht. Den Vorschlägen der Kommission wird zugestimmt (bezüglich der Krankenunterstützung wurde ja schon gestern beschlossen). Die Unterstützung richtet sich nach der Höhe der Beitragsleistung und der Dauer der Mitgliedschaft. Sie beträgt nach zweijähriger Mitgliedschaft und Zahlung von 80 Wochenbeiträgen: bei einem Beitrag von 35 Pf. 2,10 M. und bei einem Beitrag von 90 Pf. 5,40 M. pro Woche. Von zwei bis zwei Jahren erhöhen sich diese Sätze um je 30 Pf. pro Woche bis zum Höchstbetrage von 4,20 M. in der ersten Beitragsklasse und 7,50 M. in der zweiten Beitragsklasse. Die festgesetzten Sätze werden für das ganze Jahr bezahlt, doch soll in den beitragsfreien Monaten die Unterstützung um den dritten Teil herabgesetzt werden.

Bei der Sterbeunterstützung entspinnen sich keine weiteren Erörterungen. Die Erlangung der Unterstützung bedingt mindestens eine zweijährige ununterbrochene Mitgliedschaft und eine Beitragsleistung für 80 Wochen. Die Höhe der Unterstützung, die sich wie bei den anderen Unterstützungen, nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Beitragsleistung richtet, beträgt in der ersten Beitragsklasse (35 Pf.) 20 M. und in der höchsten Klasse 75 M. Nach vollendeter vierjähriger Mitgliedschaft beträgt die Unterstützung in allen Klassen 5 M. mehr und steigt von da an für jedes weitere Jahr um 2,50 M. bis zur Höhe von 70 M. in der ersten Beitragsklasse und 125 M. in der zwölften Beitragsklasse.

Der § 39 bestimmt über Haftregelung und Haft: Werden Mitglieder infolge ihrer Tätigkeit für den Verband aus der Arbeit entlassen (Haftregelung) oder geraten Mitglieder infolge eben dieser Tätigkeit in Haft, so können sie unterstützt werden. Eine Karenzzeit kommt für solche Unterstützung nicht in Betracht. Die Unterstützung für Inhaftierte und Gemahrgeliebte wird aus den Mitteln der Hauptkasse gezahlt, wenn dem Vorstandsvorsitz die bezügliche Anträge unterbreitet werden und dieser die Höhe der Unterstützung festsetzt hat. Andererseits trägt die Zweigvereinstante die Kosten. Die Höhe der Unterstützung für Gemahrgeliebte und Inhaftierte, sofern es sich um verheiratete Mitglieder handelt, soll in der Regel um 8 M. höher sein als die im § 39 vorgesehenen Unterstützungshöhe bei Streiks. Ist die Haftregelung und Haft von längerer Dauer als 14 Tage, dann kann für Verheiratete auch ein Zuschuß zur Wohnungsmiete gezahlt werden.

Nach kurzer Debatte wird der Paragraph angenommen. Bei der Beratung der Schlussbestimmungen des Statuts wird befürwortet, die Ehrenmitgliedschaft, wie sie bisher die Maurer hatten, in das neue Statut aufzunehmen. Die Kommission hat sich der Ansicht des Vorstandes angeschlossen, der die Ehrenmitgliedschaft nicht in das neue Statut übernehmen will. Es wird auch demgemäß beschlossen.

Beim Reglement für Lohnbewegungen und Streiks wird der Vorstandentwurf ohne Diskussion angenommen.

Bei der Beratung der Lohn- und Anstellungsbedingungen der Beamten entspinnt sich wieder eine längere Auseinandersetzung. Die für diesen Punkt eingesetzte Kommission schlägt für die Gauleiter und Ortsbeamten niedrigere Sätze vor, als die Vorstände. Für die Gauleiter soll der Anfangsgehalt 2100 Mark und der Höchstgehalt 2600 M. betragen. Die Zweigvereinsbeamten sollen in Berücksichtigung der einzelnen Orte Gehälter von 1800 M. bis 2000 M. bekommen. Diese Vorschläge gelten als Mindestsätze. Mit dem Vorstandsvorsitz der Vorstände befragt der im Zentralbureau dauernd beschäftigten Mitglieder ist die Kommission einverstanden. Das Anfangsgehalt soll 2400 M. pro Jahr betragen. Nach zweijähriger Beschäftigungsdauer soll das Gehalt dann um 100 M. jährlich steigen, bis zum Höchstgehalt von 3000 Mark.

Den Vorschlägen der Kommission wird zugestimmt. Das ganze Statut wird dann nach kleinen Änderungen durch die Redaktionskommission in bloc angenommen. Es tritt am Tage des Abtritts, am 1. Januar 1911 in Kraft.

In getrennter Sitzung machen dann beide Verbände Vorschläge für die zu wählenden Vorstandsmitglieder. Vorher wurde bestimmt, daß die Vorstandsmitglieder sich folgendermaßen verteilen: Die Maurer wählen den 1. Vorsitzenden, den 1. und 3. Kassierer und vier Sekretäre; auf die Bauhilfsarbeiter entfallen: der 2. Vorsitzende, der 2. Kassierer und zwei Sekretäre. Gewählt werden später Bömelburg als 1. und Behrendt als 2. Vorsitzender. Für den bisherigen Kassierer der Maurer, Köster-Hamburg, der in Anbetracht seines hohen Alters auf den Kassierertposten verzichtet, wird Robert-Hamburg als 1. Kassierer ernannt. Als 2. Kassierer wird Brandmohr-Hamburg und als 3. Buchführer gewählt. Zu Sekretären werden Köpfer, Panzer, Wöhl, Steinger und Dönnies, zu Redakteuren Winnig, Ellinger und Köste und zu Redaktoren Marg, Albrecht und Lesh ernannt.

Der Sitz des Vorstandes bleibt Hamburg, der des Ausschusses Berlin. Der Vorsitzende des Ausschusses bleibt Daehne-Berlin. Auf der Tagesordnung steht noch der Punkt

Lohnbewegung.

Wegen der vorgerückten Zeit wird in eine Beratung dieses Punktes nicht mehr eingetreten. (Die beiden Verbände haben ja schon in den Einzelsitzungen diese Frage ausgiebig erörtert.) Bömelburg schlägt vor, die Kasse bei der Lohnbewegung durch die Zentralvorstände bestimmen zu lassen. In gegebener Zeit solle der Verbandstag wieder zusammentreten und zur Situation Stellung nehmen. Dem wird zugestimmt.

Bömelburg geht dann auf die Sitzung des Arbeitgeberverbandes im preussischen Abgeordnetenhaus am 24. Januar ein. Er berichtet den offiziellen Bericht über diese Sitzung — den wir im Vorbericht wiedergaben — und erklärt:

Diese Mitteilung an die Presse ist eine öffentliche Mitteilung an die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen. (Sehr richtig!) Wir müssen darauf auch öffentlich antworten. Die Arbeitgeber sprechen die Hoffnung aus, daß die Arbeiterorganisationen den Anträgen der Unternehmer auf Abänderung des bestehenden Vertragsmusters zustimmen. Die Unternehmer hätten dann auch näher auszusprechen müssen, um was es sich bei diesen Anträgen der Arbeitgeberorganisation handelt. Das haben sie nicht getan. Sie täuschen die Öffentlichkeit. Ich muß deshalb nachhaken, was sie veräumelten. Die Arbeitgeberorganisation verlangt von den Arbeiterorganisationen, daß sie Bestimmungen in diesem Vertragsmuster aufnehmen, die einmal mit dem eigentlichen Tarifgebanen gar nicht im Einklang stehen, und die auch die paritätische Grundlage des Tarifvertrags vollständig verschieben. Wenn wir einen Vertrag schließen, dann wollen wir auch, daß der Vertrag auf vollständiger Parität beruht, daß beide Teile gleichberechtigt sind. Zweitens wollen wir, daß dann in diesem Vertrag die Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz präzise festgelegt werden, und daß es nicht in der Hand der einen Partei gelegt wird, sie zu bestimmen. Sie verlangen in den Tarif aufzunehmen: „Die Dauer der Arbeitszeit im Tiefbaugewerbe ist in Rücksicht auf die Eigenart derselben seitens der einzelnen Unternehmer mit ihren Arbeitern zu regeln.“ Was da die Arbeiter zu sagen haben, wissen wir aus Erfahrung. Die Arbeitgeber wollen das Recht haben, im Tiefbaugewerbe allein zu bestimmen, wie die Arbeitszeit sein soll. Sie verlangen in die Bestimmungen aufzunehmen: „Der Stundenlohn, Einheits-, Durchschnitts- oder Staffellohn beträgt für gelehrte tüchtige Maurergehilfen... gelehrte tüchtige Zimmergesellen... geübte tüchtige Bauhilfsarbeiter...“ Der bestimmt es, wer tüchtig ist? Das bestimmt der Unternehmer! Und der sagt natürlich, er habe gar keine tüchtigen Leute im Betrieb, und da für untüchtige Leute der Lohn nicht festgesetzt ist, hat er es in der Hand, nach Willkür zu bestimmen, welcher Lohn gezahlt werden soll. Weiter soll grundsätzlich der Lohn im Tiefbaugewerbe nicht höher sein als im Hochbaugewerbe. Wo er höher ist, soll er herabgesetzt werden. Hier sollen die Arbeiterorganisationen ihre Zustimmung geben, daß für große Massen der Arbeitslohn reduziert wird. Die Arbeiter sollen verpflichtet sein, falls sie bei Unternehmern arbeiten, die nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes sind, die vertraglich festgelegten Bedingungen einzuhalten. Also, nicht die Arbeitgeber übernehmen die Pflicht, gemeinsam mit den Arbeitern die Augenfelder zu zwingen, sondern nur die Arbeiter sollen die Verpflichtung haben. Die Bestimmungen über die Affordarbeit sind vollständig unannehmbar. Die Arbeitgeber fordern, daß wir anerkennen, daß auf den Baustellen auch während der Bauten nicht über die Organisation geredet wird. Das bedeutet weiter nichts, als daß man uns den Maulkorb anlegen will. Die Unternehmer wollen durch alle diese Dinge herbeiführen, daß die Arbeiterorganisationen nicht gestärkt, sondern geschwächt werden, um sie dann um so leichter unterzukriegen. Dann aber das Ständebüchlein „Die von den Arbeitgebern eingerichteten oder einzurichtenden Arbeitsnachweise sind anzuerkennen und ausschließlich seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu benutzen. Die Handhabung der Arbeitsnachweise erfolgt auf Grund der von dem Arbeitgeberverband hierfür festgesetzten Bestimmungen.“ Wir sollen also den Arbeitsnachweis anerkennen; wir sollen auch unsere Mitglieder verpflichten, daß sie nur durch ihn Arbeit übernehmen. Das Gegenteil wäre ohne weiteres Vertragsbruch. Dann soll die Vertragsdauer fünf Jahre sein. Weiter sollen wir anerkennen, daß in der Folgezeit, zunächst während der fünf Jahre, eine Arbeitszeit unter zehn Stunden in keinem Falle eintritt, selbst dort, wo diese Arbeitszeitverfügung schon zu einer brennenden Frage geworden ist.

Das sind die hauptsächlichsten Forderungen der Arbeitgeber. Und nun fordern sie uns öffentlich auf, wir sollen diesen Anträgen zustimmen! Unsere Unterhändler haben bei den Verhandlungen im November 1909 erklärt, daß sie nie und nimmer einem solchen Entschlusse nachkommen werden. Ich glaube in Ihrem Einverständnis zu handeln, wenn ich auch von dieser Stelle aus sage, daß wir nach wie vor das Ansehen der Unternehmer zurückweisen. (Lebhafter Beifall.)

Wie und nimmer

werden die deutschen Bauarbeiterorganisationen einem solchen Verlangen Folge leisten, möge kommen, was da wolle! Wollen die Arbeitgeber dem Gedanken des Tarifvertrags wirklich Rechnung tragen, dann müßten sie dafür sorgen, daß der Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage beruhen soll. Das lehnen sie ab, und damit beweisen sie, daß der Tarifvertrag ihnen nicht als ein Instrument des Friedens, wie er genannt wurde, sondern als ein Instrument der Anfechtung und Unterdrückung der Arbeiter dienen soll. Ich will auch von dieser Stelle aus erklären, daß die Arbeiterorganisationen unter keinen Umständen gewillt sind, von ihrer berechtigten Forderung der Arbeitszeitverkürzung unter zehn Stunden abzugehen, so wenig wie sie imstande sind, besonders nachdem die Lebensverhältnisse immer teurer geworden sind, auf eine angemessene Erhöhung der Arbeitslöhne zu verzichten. Die Arbeitgeber sagen in ihrem öffentlichen Schreiben: Wenn die Arbeiterorganisationen wider Erwarten die Anträge der Arbeitgeber ablehnen würden, dann sehen sie sich genötigt, ihre Geschäfte zu schließen. Das heißt, sie drohen mit der Aussperrung. Die Arbeitgeber scheinen und sehr schlecht zu kennen. Damit wollen sie uns einschüchtern! Ich glaube, die Arbeitgeber haben damit das Gegenteil herbeigeführt. Wenn sie glauben, daß die Arbeiterorganisationen zu Kreuze kriechen ob einer solchen Drohung, dann haben sie sich sehr geirrt. Wenn wir die Aussperrung greifbar vor uns haben, und die Arbeitgeber beharren auf ihren Anträgen, dann werden wir immer wieder nein sagen! Wenn das Arbeitgeberium sich dann diese Bestimmungen erkämpfen will, dann, so bin ich fest überzeugt, wird die deutsche Bauarbeiterkassette auf dem Posten sein! Dann kämpfen wir für unser Recht, für eine bessere Existenz; dann kämpfen wir um die Gleichberechtigung bei der Festlegung des Tarifvertrages. Die deutsche Bauarbeiterkassette wird kämpfen und sich so zeigen, daß die Arbeitgeber nicht zum zweitenmal die Luft verschärfen werden, in so feinvoller Weise einen Kampf vom Zaune zu brechen! Der deutsche Bauarbeiterkassette möchte ich zurufen: Die Russen gekämpft! Die Wölfe nach vorwärts gerichtet! Hüte dich zum Kampf! Wenn wir mit festem Willen an die Arbeit gehen, dann mögen unsere Unternehmer kommen, dann werden wir kämpfen, wie es sich für Männer gebührt! (Draufender Beifall.)

Die Arbeiten des Verbandstages sind nun beendet. Vorsitzender Silbermann-Berlin gibt ein Resümee des Verbandstages. Die Versammlung sei nicht aus dem bloßen Gefühl des Zusammenstehens heraus geschieden, aus ihr soll eine Steigerung der Kraft der Arbeiter entspringen. Wenn wir jetzt auseinandergehen, so habe er fort, so wollen wir nicht nur auf dem Gebiete unseres Lohnkampfes arbeiten. In Kreisen zumal erwarten und schwere und ernste Arbeiten. Wir dürfen wohl zum Ausdruck bringen, daß es unseren Erwartungen entspricht, und uns mit Stolz erfüllen würde, wenn wir und sagen könnten, daß in jenem Ringen des preussischen Volkes auch die deutschen Bauarbeiter ihren Mann stellen, daß man auch dort von ihnen mit Stolz und Achtung sprechen kann!

Silbermann-Berlin schließt seine Ausführungen mit einem Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband, in das die Delegierten begeistert einstimmen.

Der Verbandstag wird vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

Nach den an den „Arbeitsmarkt“ berichtenden Nachweisen betrug im Januar der Andrang auf je 100 offene Stellen 155,0 gegen 134,25 im Jahre 1909. Die Zahl der offenen Stellen nahm ziemlich erheblich zu. An den nämlichen Nachweisen betrug die Zahl der offenen Stellen im Januar dieses Jahres 83 704 gegen 72 620 im Vorjahre. Die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften ist von 40 728 im Januar 1909 auf 48 000 im Januar des laufenden Jahres gewachsen. Die Nachfrage nach weiblichen Personen stieg von 31 892 auf 35 695. Jedenfalls hat die Nachfrage im Vergleich zum Vorjahre eine größere Intensität gezeigt.

Die Zahl der Arbeitsuchenden hat gegenüber dem Vorjahre absolut abgenommen. Das Ueberangebot von männlichen Arbeitskräften sank von 105 955 im Januar 1909 auf 100 790 im Januar dieses Jahres. Der Andrang am Arbeitsmarkt für Weibliche stieg von 27 848 auf 31 494, so daß unter Berücksichtigung dieser Vermehrung das gesamte Angebot von 133 803 im Vorjahre auf nur 132 284 im Januar 1910 zurückging. Steigende Nachfrage bei sinkendem Angebot mußte aber den Andrang herabmindern und zwar stellte sich am Arbeitsmarkt für Mämlinge allein der Andrang auf 200,94 gegen 200,20 im Januar 1909 und am Arbeitsmarkt für Weibliche auf 88,23 gegen 87,06. Im Monat Dezember ist der Andrang von 168,9 auf 159,0 zurückgegangen.

Bei Würdigung dieser Ziffern muß aber berücksichtigt werden, daß die Vergleichbarkeit der Angaben durch zwei Elemente gestört wird. Einmal hat sich die Zahl der Tarife vermehrt, nach deren Festlegung die eintretende Arbeitslosigkeit, so weit es irgend geht, Entlassungen vermieden werden müssen, die Winderproduktion durch Arbeitszeiterkürzung auf möglichst alle Arbeiter eines Betriebes zu verteilen ist. Weiter aber, und das ist vielleicht von der größeren Bedeutung: mit dem Kampfe gegen die privaten Arbeitsvermittlungen, ist die Inanspruchnahme der öffentlichen Arbeitsnachweise jedenfalls in entsprechend starker Weise gestiegen! Das darf man nicht übersehen, sonst kommt man leicht zu einer nicht gerechtfertigt optimistischen Auffassung der Verhältnisse. Daß man lediglich von den Zahlen der Arbeitsmarkt-Berichterstattung ausgehend, die Lage zu günstig beurteilen kann, das ergeben die auf der Generalversammlung des Maurerverbandes mitgeteilten Ziffern über die Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder.

Berliner Baumarkt. Der Geschäftsbericht des Zentralfondes für Hintermauerungssteine spricht die Erwartung aus, daß, hervorgerufen durch den herrschenden leichten Geldstand, im Jahre 1910 eine vermehrte Bautätigkeit eintreten werde. Die Konventionsfrage, das heißt der Zusammenschluß sämtlicher Ziegeleien, sei im vorliegenden Geschäftsjahre noch nicht erreicht worden, aber der Vorstand des Märkischen Ziegeleibesitzervereins arbeite weiter an der Lösung dieses Problems.

Zuckerverkauf und Zuckerversteuerung der englischen Großhandels-gesellschaft. Die „Cooperative News“ veröffentlicht folgende Tabelle der von der Großhandels-gesellschaft an die Konsumenten abgesetzten und in den eigenen Werken bearbeiteten Mengen Zucker nebst dem alljährlich entrichteten Zuckerversteuerungsbeträgen:

Jahr	Menge des Zuckers	Steuerbetrag
1901	2 327 084 Zentner	6 490 880 M.
1902	2 806 019	9 608 400
1903	2 462 179	10 259 060
1904	2 664 673	11 090 720
1905	2 530 462	10 543 600
1906	2 707 298	11 280 400
1907	2 048 666	12 277 740
1908	2 915 187	7 980 700
1909	3 002 562	6 504 840

Die Zuckerversteuerung ist am 19. April 1901 in Kraft getreten und am 18. Mai 1908 von 4,17 M. auf 1,85 M. pro Zentner ermäßigt worden. In neun Jahren hat die englische Großhandels-gesellschaft 28 551 780 Zentner Zucker verbraucht und dafür 84 901 840 M. Steuern entrichtet.

Neugründung von Aktiengesellschaften in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Sofort man bei der im vorliegenden Jahre erfolgten Neugründung von Aktiengesellschaften in den Vereinigten Staaten von Amerika nur solche Neugründungen berücksichtigt, die in den Offizieren mit einem Aktienkapital von mindestens je 1 000 000 Dollar importiert worden sind, so stellt sich nach der „New Yorker Handelszeitung“ die Summe dieses Gründungskapitals auf 1 560 950 000 Dollar. Wie sich diese zu den Jahressummen der seit der Wende des Jahrhunderts veröffentlichten Jahre verhält, erhellt aus der nachfolgenden Auflistung:

Jahr	Gründungs-kapital	Jahr	Gründungs-kapital
1909	1 566 950 000 Dollar	1904	1 038 542 300 Dollar
1908	1 251 197 250	1903	1 654 058 000
1907	1 459 825 000	1902	2 617 478 650
1906	2 297 970 000	1901	3 714 105 000
1905	1 694 167 211	1900	2 361 976 000

Im vorliegenden Jahre außerhalb der Ost-Staaten vollzogene Gründungen erhöhen die Kapitalstärken für 1909 auf 1 920 380 000 Dollar, und zeigt man die Neugründungen des letzten Jahres in allen Teilen des Landes mit Aktienkapital von über 100 000 Dollar bis 1 000 000 Dollar mit in Betracht, so ergibt sich eine Gesamtsumme von 2 465 506 500 Dollar.

In den wichtigsten Neugründungen des letzten Jahres gehören die folgenden Gesellschaften: die Central Leather Co. (Central-Leder-Co.) mit 30 000 000 Dollar Aktienkapital, die United Dry Goods Co. (Manufakturwaren-Co.) mit 61 000 000 Dollar, die Continental Telephone u. Telegraph Co. mit 50 000 000 Dollar, die International Rubber Co. (Kautschuk-Co.) mit 40 000 000 Dollar, die Union Typewriter Co. (Schreibmaschinen-Co.) mit 20 000 000 Dollar, die Union R. R. Gas u. Electric Co. mit 19 000 000 Dollar, die International Agricultural Corp. (Wärbau-Korporation) und die Hoqui Land u. Water Co. mit je 15 000 000 Dollar, die Stiegel Stores Corp. (Lager-Korporation) mit 10 275 000 Dollar, sowie die United Cigar Stores Co. (Zigaretten-Lager-Co.) und die Public Service Telegraph Co. (Öffentliche Telegraphen-Verkehr-Co.) mit je 10 000 000 Dollar Aktienkapital.

Wetterverhältnisse vom 14. Februar 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe über Meer	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer-höhe über Meer	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Amsternbe	766,5	SW	2	10	Capraroda	759,5	SW	6	bedeckt
Bamberg	764,0	SW	2	10	Veresburg	772,5	SW	2	bedeckt
Berlin	769,0	SW	2	bedeckt	Wetzlar	758,5	SW	4	bedeckt
Frankfurt a. M.	764,0	SW	1	10	Worms	747,5	SW	2	bedeckt
Hannover	763,5	SW	2	bedeckt	Wuppertal	760,0	SW	1	wolkig
Hildesheim	760,0	SW	1	bedeckt					

Wetterprognose für Dienstag, den 15. Februar 1910.

Ein wenig wärmer, ziemlich trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

